C 9479 E



Nr. 3 – Sommer 2003 – Sonderbeilage zu ak – analyse + kritik

magazin für linke debatte und praxis – 4,50 €



WAR RELOADED





die Globalisierung die Linke der Krieg

In diesem Heft:

War reloaded. Die Globalisierung, die Linke, der Krieg. *Fantômas* 3

Nur wenige IdeologInnen haben sich gründlicher blamiert als die Propheten eines „Endes der Geschichte", die zu Beginn der 90er Jahre ein *global village* immerwährenden Friedens und umfassenden Wohlstands heraufziehen sahen. Zwar fielen mit dem staatssozialistischen Block die Grenzen, die dem Kapitalismus westlicher Prägung in der Oktoberrevolution gezogen worden waren. Doch erweist sich die Entgrenzung des Kapitals zum weltgesellschaftlichen Verhältnis für die Mehrheit der Menschen als Globalisierung eines Gewaltverhältnisses. In diesem wirkt Gewalt einerseits als strukturelle Gewalt einer vielfältig ausdifferenzierten Ausbeutung, andererseits als wörtlich zu nehmende Gewalt einer in wachsendem Maß barbarische Züge annehmenden Überlebenskonkurrenz. Davon handelt dieses Heft.

Der Krieg gegen den Irak war dabei für uns nur der Anlass, und er stellt auch nur einen, wenn auch wichtigen Aspekt der Gewaltform des Weltkapitalismus dar. Dass die mit den Kategorien der klassischen Imperialismustheorie nicht zureichend verstanden und durch den klassischen „Antiimperialismus" nicht überwunden werden kann, ist die These nicht nur unseres eigenen, den anderen Artikeln vorangestellten Beitrags, sondern auch des Positionspapiers der Redaktion von *DeriveApprodi* und des Interviews, das Tom Binger mit Thomas Seibert führte. Was dabei angerissen wird, führen die Beiträge des Blocks *Krieg und Globalisierung* weiter aus. Volker Böge, Helmut Dietrich und Klaus Ronneberger untersuchen im Blick auf die sogenannten „neuen Kriege", auf die weltweite Migration und auf den Zusammenhang von internationalem, nationalem und lokalem Sicherheitsregime, inwiefern staatliche Gewalt weniger Strategien der Eroberung und der Aneignung, als vielmehr solchen der Kontrolle und der Ausgrenzung folgt. Gaby Zipfel zeigt in ihrem Beitrag, dass und wie diese Gewalt immer auch sexuelle Gewalt impliziert - und damit eine Brutalisierung von Geschlechterverhältnissen, die weder Exzess noch Ausnahme, sondern unmittelbare Kriegslogik selbst ist. Alexander Flores untersucht am Beispiel der Hamas Geschichte und Kontext des islamistischen Terrors als des momentan wohl prominentesten „Feindes", den das globale Sicherheitsregime unter Kontrolle zu bringen sucht.

In den Verwerfungen, die dessen Durchsetzung auch und gerade in der Linken auslöst, ergreifen die Artikel des zweiten Blocks *Der Krieg und die Linke* prononciert Partei, in dem Jens Renner, Werner Rätz, Moe Hierlmeier und Andreas-Thomas Vogel zum Bellizismus, zur Friedensbewegung und zur Geschichte der Stadtguerilla Stellung beziehen. Den radikalen Widerstand gegen jede Gewalt artikuliert zum einen das Portrait des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann von Theo Bruns und Stefanie Graefe, zum anderen die am Ende des Hefts dokumentierte *Hamletmaschine* Heiner Müllers. Um Zeugnis ablegen zu können vom unermesslichen Leiden an der Herrschaftsgeschichte und der Notwendigkeit, zuerst und zuletzt ihren Opfern eine Stimme zu verleihen, sei sein Platz, so schrieb der 1995 verstorbene Dramatiker, immer auf beiden Seiten der Front gewesen.

Redaktion *Fantômas*

Die Bilder dieses Heftes und ihre kritische Kommentierung im grau unterlegten Feld der jeweiligen Seite verdanken wir Otto Karl Werckmeister. Er geht dabei dem Verhältnis von Öffentlichkeit und Geheimhaltung in den militärischen und terroristischen Bildstrategien der Globalisierungskriege nach und untersucht zugleich, wie die Kontrolle über die Bildinformation mit der zunehmenden videoelektronischen Kontrolle des gesellschaftlichen Alltags zusammenhängt.
Wir laden euch ein, das Heft einmal auch in der Folge der Bilder und Bildkommentare zu lesen.

Grenzziehungen auf umkämpftem Gelände

Die Linke, der Bellizismus und die Friedensbewegung nach dem Krieg im Irak

„Die Bewegung der Multituden hat den Krieg nicht verhindert" – kurz und bündig markiert der Satz der GenossInnen von *DeriveApprodi* die Grenze, die die globale Antikriegsbewegung und ihre Linken nicht überschreiten konnten (vgl. ihre Thesen in diesem Heft). Dass dem so war, hing nicht allein von den Linken ab und muss insofern als strukturelle Voraussetzung der eigenen Handlungsmöglichkeiten hingenommen werden. Nicht hingenommen werden darf dagegen der Rückstand in Theorie und Praxis, der uns noch von diesen Möglichkeiten trennt. Denn Grenzen, die man im Augenblick nicht überschreiten kann, können verschoben, an einzelnen Stellen durchbrochen, an anderen unterminiert werden. Deshalb müssen wir uns mit dem Feld vertraut machen, auf dem sie gezogen werden. Das schließt ein, selbst Grenzen zu setzen: Unterscheidungen zu treffen, Distanzen zu schaffen, Brüche zu vollziehen. Darin besteht das Geschäft der Kritik, ohne die es weder Nähe noch Ferne noch Veränderung gibt.

I.

Nachdem der drohende Krieg weltweit über Monate hinweg jede politische Auseinandersetzung überdeterminierte und die massenmedial produzierte Öffentlichkeit während des Krieges vollständig von den Geschehnissen im und um den Irak beherrscht war, ist das Thema schon jetzt nahezu weg vom Fenster. Zum Ereignis wird, was die Medien dazu machen: Auf Genua folgt der 11. September, dann Afghanistan, dann die Flutkatastrophe in Ostdeutschland, dann die Bomben auf Bagdad, jetzt die Agenda 2010. In der Hitparade der Katastrophen, Krisen und Skandale reduziert sich *bürgerliche Öffentlichkeit* – zumindest dem Anspruch nach der offene Raum der demokratischen Debatte – auf das von der „Expertenrunde" im jeweils letzten „ZDF-Spezial" gesetzte Niveau. Das ist für Linke nicht nur deshalb von Bedeutung, weil die bürgerliche nun einmal die herrschende Öffentlichkeit ist. Schlimmer ist, dass davon überall auf der Welt allein populistische Politikformen profitieren, d.h. die politische Rechte. Fatal aber ist, dass die katastrophische Wirklichkeit des kapitalistischen Weltsystems der sozialen Erfahrung in den Metropolen letztlich äußerlich bleibt: Die Barbarisierung der Verhältnisse findet immer anderswo, nicht hier statt. Das verstärkt die Abwehrreflexe bei denen, die sich zwar noch auf der „sicheren Seite" wähnen, doch immer deutlicher spüren, dass sie im Fortgang der Globalisierung selbst zum Opfer systematischer Verelendung und Entrechtung werden können. Der auf Sicherung des Eigenen zielende Affekt führt zur Sammlung der untereinander Gleichen in der vom weltpolizeilichen Gewaltmonopol geschützten Zitadellenkultur des globalen Nordens. Sichtbar wurde dies gerade nach dem 11. September, als der von Bush, Blair, Schröder und Chirac damals noch unisono erlassene Aufruf zur „Verteidigung *unserer* Lebensweise" bis in die Linke hinein zum metropolengesellschaftlichen Konsens wurde. Der vertieft bei den ausgeschlossenen Anderen des jeweiligen Südens das Ressentiment des Gedemütigtseins, von dem die nationalistische, ethnizistische oder „fundamentalistische" Regression oder einfach die unmittelbar verwilderte Gewalt lebt. Die Rechte kulturalisiert die Solidarität der untereinander Gleichen zum *clash of civilizations*, die Antwort der Linken, die *Internationale*, ist zur Umkehr des Prozesses derzeit nicht in der Lage.

II.

Die Feststellung, dass die sozialen Bewegungen den Krieg nicht verhindern konnten, ist allerdings so richtig wie ungenau. Denn erstens ist die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung noch immer ungebrochen, und zweitens ist es jedenfalls im Ansatz gelungen, die Bewegungen gegen den Krieg mit denen gegen die neoliberale Sozial- und Biopolitik zu verschränken. Das fand seinen Niederschlag am weltweiten Anti-Kriegs-Tag des 15. Februar, an dem sich eine historisch so noch nie da gewesene Globalisierung sozialen Protests manifestierte. Die Linke agiert insofern – auch im Vergleich zur Epoche des Mai 68 - zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einem Zyklus sozialer Bewegung, für den die *Internationale* – so schwach sie auch ist – nicht erst ein Ziel, sondern bereits den Ausgangspunkt darstellt. Zu erproben bleibt, ob die globalen und kontinentalen Sozialforen und die um sie herum verwobenen Kommunikationsprozesse Räume einer Öffentlichkeit öffnen können, die die Solidarität der untereinander Gleichen sprengt.

III.

Der schnelle Sturz des irakischen Regimes und die damit einher gehende Enttäuschung gewisser „antiimperialistischer" Hoffnungen war nicht nur Folge der Übermacht des Koalitionsmilitärs. Vielmehr resultierte der Zusammenbruch der baathistischen Herrschaft auch aus der massenhaften Desertion nicht nur der regulären irakischen Truppen, sondern vor allem der Zehntausenden von Irakis, die vor Kriegsbeginn in paramilitärische

Kampfverbände gepresst worden waren. Besonders deutlich wurde dies in Tikrit, das vom Regime zur letzten Bastion auserkoren, dann aber klammheimlich von denen verlassen wurde, die sich dort opfern sollten und noch wenige Stunden vor dem Fall der Stadt die dazu eingeforderten Jubelbekenntnisse abgegeben hatten. Die Massendesertion war umso erfolgreicher, als sie sich nicht nur der ideologischen Anrufung des Regimes, sondern auch den Eroberern widersetzte und dabei dem „niederen Materialismus" folgte, der Bert Brecht zufolge die Weisheit der Armen artikuliert. Das hat die amerikanische Besatzungsmacht übrigens besser begriffen als der Teil ihrer linken Kritiker, der ihr die „Unordnung" oder gar das „Chaos" im Nachkriegsirak zum Vorwurf macht. Bleibt zu hoffen, dass die plebejische Widerspenstigkeit sich nicht funktionalisieren lässt und den außerstaatlichen Zustand als temporären Möglichkeitsspielraum zu nutzen weiß. Die Desertion aus jeder auferlegten Verpflichtung und die Migration aus geschlossenen Räumen bleiben die primäre Praxis der *Internationale*, die als „unpolitisch" nur missachten kann, wer soziale Autonomie den Ansprüchen bürgerlicher Moral oder bürokratischer Disziplin unterstellt.

IV.

Die erste Grenzziehung, die angesichts dieser Möglichkeiten von links her und nach links hin vorzunehmen ist, ist die zum „linken" Bellizismus. Wie am Beginn des 20. liegt auch am Beginn des 21. Jahrhunderts die durchaus dogmatisch zu handhabende Minimaldefinition dessen, was „links" ist, in der kompromisslosen Gegnerschaft zum imperial(istisch)en Krieg. Das führt zum Problem der Solidarisierung der untereinander Gleichen zurück, die hierzulande in der antideutschen Publizistik ihren stärksten Fürsprecher fand. Ihr gegenüber bleibt die Kritik der *eigenen* sozialen Position das Alpha und Omega linker Politisierung; Metropolenlinke sind darin in jedem Fall gefordert, sich in den weltgesellschaftlichen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen prinzipiell in die Perspektive der Peripherien zu stellen. In der aber kann die Auseinandersetzung mit dem Bellizismus keine „innerlinke", sondern nur eine Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sein. Dabei handelt es sich – wie Marx sagt – „nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen" (MEW 1, S. 381). Anders gewendet: Jede Transformation des Imperialismus – und einer solchen wohnen wir ohne jeden Zweifel bei – erneuert die Notwendigkeit einer Spaltung der *Internationalen*, in der sich die Linken von denen trennen, die – wie Lenin sagt – zu „labor lieutenants of the capitalist class" geworden sind (Werke Bd. 22, S. 198).

V.

Allerdings resultiert die „linke" Zustimmung zum imperial(istisch)en Krieg auch aus einem Erschrecken vor Formen extremer Gewalt, das auf das Sicherheitsbedürfnis der Besitzenden nicht zu reduzieren ist. Für Linke kann es diesem Schrecken gegenüber keine einfache Lösung geben, sondern nur die Übernahme des Widerspruchs, sich prinzipiell dem unauslöschlichen Skandal der Gewalt entgegenzusetzen und doch nicht jeder Macht zuzustimmen, die solche Gewalt – etwa die des irakischen, des Taliban- oder des serbischen Regimes – aktuell einzudämmen vermag. Dieser Widerspruch ist umso schmerzlicher, als er Affekt und Reflexion, Praxis und Theorie, Moral und Politik trennt und dabei einen Primat der Politik, der Theorie und der Reflexion einfordert, dem Linke nachkommen müssen, ohne sich mit ihm abfinden zu können oder zu dürfen. Den Widerspruch zu übernehmen heißt, dem imperial(istisch)en Krieg unter allen Umständen die Zustimmung zu verweigern und sich zugleich von Herzen über den Sturz zuletzt des irakischen Regimes zu freuen. In der Praxis kommt dann alles darauf an, mit wem und für wen man sich freut.

VI.

Die Schwäche der Linken und der Antikriegs- bzw. Friedensbewegungen entspringt aber nicht nur der massenmedial reproduzierten Solidarität der Gleichen, sondern auch ihrer Verhaftung an imperialismustheoretische Altlasten, die vor der komplexen historischen Realität nahezu vollständig versagen. Sagen wir es offen und direkt: Ein Verständnis dessen, was sich im „Fortschritt" eines tendenziell deterritorialisierten und deshalb von seinen nationalstaatlichen Einhegungen freigesetzten Kapitalismus seit einigen Jahren als imperiales Projekt der global vernetzten Metropolen abzeichnet, ist mit den von Lenin ererbten Kategorien ebenso wenig zu erzielen wie mit deren Fortschreibung in der auf den Mai 68 folgenden Epoche. Deshalb ziehen wir die erst noch zu bewährende Hypothese eines auf die Sicherung des Gesamtprozesses kapitalistischer Globalisierung bedachten Empire den eingeschliffenen, aber längst leerlaufenden Ableitungen eines „Antiimperialismus" vor, für den Kriege, wenn nicht unmittelbar um Öl, dann allein um die geostrategischen Kalküle nationalstaatlicher Raub- und Ausdehnungskonkurrenz geführt werden. Tatsächlich wird sich eine linke Opposition gegen den auf Dauer gestellten Weltordnungskrieg von der bellizistischen Legitimation metropolitaner Herrschaft ebenso absetzen müssen wie von der Donquichotterie einer „Friedens-" und „Völkerfreundschaft", die sich umgekehrt zur Verteidigung nationalistischer, ethnizistischer oder „fundamentalistischer" Regression aufschwingt. Der Weg, den die *Internationale* sucht, ist der Weg ins Freie. Die Beiträge dieses Heftes suchen nach LeserInnen, die wie wir auf diesem Weg ein Stück vorankommen wollen.

Redaktion *Fantômas*

krieg und globalisierung.

in imperialen polizeiaktionen wie in warlordisierten bürgerkriegsökonomien materialisiert sich die souveräne gewalt der globalisierten welt-kriegsordnung.

- ☐ *böge* zur logik und praxis „neuer“ kriege.
- ☐ *dietrich* über die internationalisierung von „flüchtlingskrisen“.
- ☐ *ronneberger* zum imperialismus innerer und äußerer sicherheit.
- ☐ *flores* über islamismus und den terror der hamas.
- ☐ *deriveapprodi* über die antiimperiale potenzialität der menge.
- ☐ *seibert* zur funktion des krieges in der imperialen weltordnung.
- ☐ *zipfel* über sexualisierten terror als reguläre kriegspraxis.

Irreguläre, diffuse und asymmetrische Gewalt

Kriege am Beginn des 21. Jahrhunderts

Von Volker Böge

Die Aufmerksamkeit, die die Öffentlichkeit, internationale Politik und links-friedensbewegte Protestbewegungen in den letzten Monaten dem Irakkrieg widmeten, hat ihren Grund. Denn dieser Krieg wird Auswirkungen haben – nicht nur auf die betroffene Region, sondern auch auf den künftigen Einsatz militärischer Macht im Weltmaßstab und damit auf Weltpolitik. Dennoch zeugt die Konzentration der Perspektive auf den Krieg im Irak auch von einer Blickverengung. Denn zeitgleich wurden im gesamten Erdenrund 44 weitere kriegerische Konflikte ausgetragen, denen seit ihrem Beginn mehr als sieben Millionen Menschen zum Opfer fielen. (1)

Die meisten dieser Kriege finden statt in den Armuts- und Krisenregionen des Südens, im Schatten weltöffentlicher Aufmerksamkeit. Auf den ersten Blick haben sie nichts gemein und wenig zu tun mit dem Irakkrieg. Handelte es sich bei diesem um eine Meere und Kontinente überspannende Operation, in der eine gigantische Militärmaschinerie auf dem avanciertesten Stand moderner Militärtechnik zum Einsatz kam, hat man es bei jenen in der großen Mehrzahl mit regional begrenzte Konflikten zu tun, die logistisch relativ anspruchslos sind und mit vergleichsweise einfachen, ja primitiven Tötungsinstrumenten ausgetragen werden. Gleichwohl sind dies zwei Seiten *eines* Zusammenhangs.

Krieg als Strafexpedition

Weder der Irakkrieg noch die Mehrzahl der Gewaltkonflikte in den Krisenregionen des Südens entsprechen dem herkömmlichen, aus dem 19. und 20. Jahrhundert überlieferten Bild des Krieges: Denn der klassische Krieg war ein zwischenstaatliches Geschehen. Zwischenstaatliche Kriege aber sind heutzutage die Ausnahme. Schon in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts überwogen ganz deutlich die innerstaatlichen Kriege, d.h. gewaltsame Auseinandersetzungen in den Grenzen eines spezifischen Staatsgebiets, zwischen der Regierung und ihren Sicherheitskräften auf der einen und einer innerstaatlichen bewaffneten Opposition auf der anderen Seite. Bei diesen Kriegen geht es um die Macht im Staat, um einen Wechsel der Staats- und Gesellschaftsform oder um die Sezession bzw. Autonomie eines spezifischen Staatsteils und seiner Bevölkerung. Und auch diese innerstaatlichen Kriege verändern sich z.Z. derart einschneidend, dass manche Beobachter von „neuen Kriegen" reden. Darauf wird später genauer einzugehen sein.

Aber auch der US-Krieg gegen den Irak war kein herkömmlicher, also zwischenstaatlicher Krieg. Näher liegt die Analogie zu den Indianer"kriegen" im Wilden Westen der USA während des 19. Jahrhunderts oder zu Strafexpeditionen der europäischen Kolonialmächte gegen unbotmäßige Völkerschaften im Hinterland ihrer überseeischen Besitzungen. Von einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zumindest einigermaßen vergleichbaren Kräften, die sich wechselseitig auch als Gleiche anerkennen (2), konnte seinerzeit und kann heute im Falle des Irakkriegs nicht die Rede sein. Clausewitz' Kennzeichnung des Krieges als „erweiterter Zweikampf" trifft diese Konstellationen

nicht. Die heute gegebene militärische und waffentechnologische Überlegenheit der USA gegenüber dem Irak ist sogar noch größer als jene der US-Kavallerie gegenüber den Indianern oder der europäischen Kolonialarmeen gegenüber „ihren" Kolonialvölkern. Im Irak wurde einmal mehr eine asymmetrische „Krieg"führung eines unerreichbar hoch überlegenen Akteurs gegen einen militärisch hoffnungslos unterlegenen Gegner vorgeführt – wobei das „unerreichbar hoch" durchaus wörtlich zu nehmen ist: Vornehmliches Kriegsmittel sind Luftangriffe, die die eigenen Verluste minimieren, den – ob des Fehlens eigener Luftwaffe und Luftabwehr wehrlosen – Gegner aber zermalmen. Dasselbe Muster prägte bereits die Kriege gegen den Irak 1991, gegen Jugoslawien 1999 und gegen Afghanistan 2001. Diese Form der Kriegführung ist einer Strafexpedition nicht nur in der militärischen Durchführung weit ähnlicher als einer zwischenstaatlichen Auseinandersetzung, sondern auch in den Gründen, Absichten und Zielen.

Lektion Irak-Kampagne

Der Irak Saddam Husseins hatte die Hegemonialmacht USA herausgefordert – mit seinem Anspruch auf regionale Vorherrschaft, ohne Bereitschaft zur Unterordnung unter die USA und zur Einordnung in eine von den USA bestimmte Weltordnung. Die USA mussten dieses regionale Vormachtstreben unterbinden, zumal es sich bei der Region nicht um irgendeine, sondern um die an Erdöl reichste Region der Welt handelt. Es galt ein Exempel zu statuieren. Dass man hierfür militärische Mittel wählte, erfolgte vor allem zum Zwecke der Demonstration überlegener Macht. Die Strafexpedition richtete sich daher nicht allein gegen den unmittelbaren Gegner, sondern in der politischen Zielsetzung an eine ganze Reihe weiterer Adressaten: zuallererst an alle jene Regime, die versucht sein könnten, den „irakischen Weg" zu gehen. Ihnen wurde drastisch vorgeführt, wo das endet. Die Drohungen gegen Syrien und Iran nach erfolgreichem Abschluss der Kampagne gegen den Irak sprechen eine deutliche Sprache. Mit dem Irak hatte man sich ja (anders als etwa im Falle Afghanistans) ein Opfer ausgesucht, dass – obzwar bereits durch den Krieg 1991 erheblich geschwächt – immer noch als militärisch relativ gut situiert galt, im Verhältnis zu den allermeisten anderen Staaten der Dritten Welt. Wenn man sogar diesen Irak innerhalb von drei Wochen erledigen konnte, und das ohne dabei gezwungen zu sein, seine volle militärische Kraft einzusetzen, dann können sich andere Regime ausrechnen, wie es ihnen im gleichen Falle ergehen würde. Sollte also eine Strafexpedition gegen unbotmäßige Indianerstämme oder Kolonialvölker früher vor allem den anderen Stämmen eine Lektion erteilen, so ist auch die Strafexpedition gegen den Irak eine Lektion darin, was andere im Falle der Unbotmäßigkeit erwarten können.

Dieser Einsatz militärischer Macht ist also nicht zuletzt eine Investition in künftige nicht-militärische Erfolge in der Absicherung hegemonialer Ordnung. Der Sieg ist nicht zuletzt ein psy-



Das Bild ist eine der wenigen veröffentlichen Fotografien aus dem Irakkrieg, die entgegen der Verabredung zwischen US-Militär und den zugelassenen Bildberichterstattern einen gefallenen amerikanischen Soldaten zeigen. Allerdings ist der Gefallene gar nicht das Thema der Fotografie, die vielmehr die erste Station seiner ordnungsgemäßen Überführung in die Heimat zeigt. Wäre er nicht durch eine orangene Decke als Toter identifiziert und würden die Lebenden ihn beachten, könnte man ihn für einen Verwundeten halten.

chologischer: Insbesondere der arabisch-muslimischen Welt (aber nicht nur dieser) ist die US-Macht als unüberwindbar vorgeführt worden; Demütigung, Resignation und Unterwerfung sind die Folge. Weil man demonstriert hat, dass man seine militärischen Drohungen wahr machen kann, reicht in Zukunft und in den meisten Fällen die Drohung. Darum ist ein unmittelbar anschließender Krieg gegen Syrien oder Iran auch eher unwahrscheinlich.

Hin und wieder aber wird es zu neuen Kampagnen kommen. Das Gesetz des Handelns liegt ganz und gar beim Hegemon: Wo und wann er zuschlägt, bestimmt allein er – was die Unsicherheit der potenziellen Opfer erhöht. Insofern ist die Bush-Administration auch nicht misszuverstehen: Sie sieht den Irakkrieg nicht als in sich abgeschlossenes Geschehen, sondern als eine Phase im „Krieg gegen den Terror". Dieser ist prinzipiell nach Ort und Zeit unbegrenzt. Die US-Regierung allein bestimmt, wo er geführt wird und wann. Auch insofern war der Irakkrieg kein klassischer zwischenstaatlicher Krieg, sondern als Strafexpedition eine Kampagne im Rahmen eines zeitlich und örtlich viel umfassenderen Krieges.

Hegemonialer spill-over

Auch den (potenziellen) Rivalen und Konkurrenten (Russland, VR China) sowie den „Freunden und Verbündeten" (die europäischen NATO-/EU-Staaten, Japan) hat der Irakkrieg unmissverständliche Botschaften übermittelt: Einzig und allein die USA sind in der Lage, eine Welt„ordnung" nach ihren Vorstellungen militärisch durchzusetzen und abzusichern; keine andere Macht – weder einer der europäischen NATO-Staaten allein oder diese im EU-Verbund, noch Russland oder die VR China – wären zu einer solchen Kampagne fähig gewesen. Dass die USA in der „Koalition der Willigen" auch andere Staaten haben mitmachen lassen, hatte mit Öffentlichkeitsarbeit, nicht aber mit militärischen Erfordernissen zu tun. Ebenso wie der Krieg gegen Afghanistan, der nominell von einer breiten Koalition getragen wurde, oder der Krieg gegen Jugoslawien, der nominell ein NATO-Krieg war, war auch dieser Krieg wieder ein militärischer Alleingang der USA. Militärisch werden die anderen nicht gebraucht.

Ihre auf unabsehbare Zeit nicht einzuholende militärische Überlegenheit spielen die USA in der Konkurrenz mit Rivalen und „Freunden" (die zugleich ja auch Konkurrenten sind) aus. Ihnen muss an der Militarisierung der internationalen Politik, zu der notwendig auch gelegentliche Strafexpeditionen gehören, gelegen sein, weil sie auf dem militärischen Feld – und nur auf diesem – einen tatsächlich uneinholbaren Vorteil haben. Durch die Betonung der militärischen Komponente bewirken sie Übersprungseffekte auch auf die anderen Felder der Konkurrenz, so dass sie auf diese Weise ihre Hegemonialposition insgesamt festigen können. Die US-Administration setzt unverhohlen auf unilaterale Machtpolitik.

Zwar fordert sie damit die Gefahr der Gegenmachtbildung heraus, wie die im Gefolge des Jugoslawienkriegs und des Irakkriegs verstärkten deutsch-französischen Bemühungen um die Fortentwicklung der EU zu einer Militärmacht zeigen. Doch glaubt sie diese Gegenmacht in Schranken halten zu können. Den anderen Mächten bleibt daher nicht viel anderes übrig als relativ hilflos auf Völkerrecht, Vereinte Nationen, Multilateralismus, gemeinsame Verantwortung angesichts der ökonomischen und ökologischen Weltprobleme usw. zu pochen und diese Handlungsdimensionen stark zu machen als Gegengewicht gegen die militarisierte US-Hegemonialpolitik. Dazu gehört auch das Lamento, die USA mögen zwar den Krieg gegen den Irak militärisch rasch gewonnen haben, politisch sei der Friede damit aber noch lange nicht gewonnen.

Schock, Resignation und Demütigung

Diese neunmalklugen Einwände, der Irak könne in Folge des Krieges entlang religiös-ethnischer Spaltungslinien auseinander brechen, statt demokratischer Verhältnisse könnten das Chaos oder neuerliche Diktatur herrschen, die USA hätten zwar den Krieg ausgezeichnet geplant, hätten aber keine vernünftigen Pläne für die Nachkriegsordnung etc., lassen die US-Administration kalt. Denn sie hat mit ihrem militärischen Sieg auch ihre politischen Ziele erreicht – selbst wenn sich heraus stellen sollte, dass es gar kein „richtiger" Sieg war, weil es zu länger anhaltenden Gewaltkonflikten niedriger Intensität im Irak kommt:

Ein den USA nicht genehmer Aspirant auf eine regionale Vormachtstellung in einer weltpolitisch bedeutenden (Erdöl-)Region wurde zerschlagen, die USA haben sich in dieser Region militärisch festgesetzt (wie zuvor schon in Zentralasien im Gefolge des Krieges gegen Afghanistan) und können von dieser verbesserten Ausgangsposition den Nahen und Mittleren Osten nach ihren Vorstellungen ordnen, der arabisch-muslimischen Welt wurde durch den raschen und glatten Sieg ihre Ohnmacht vor Augen geführt, ein Gefühl von Schock, Resignation und Demütigung wurde dort verbreitet, der Demonstrationseffekt zur Einschüchterung anderer unsicherer Kantonisten („Schurken") wurde ebenso erreicht wie der Demonstrationseffekt gegenüber dem Rest der Welt. Was schert es da, wenn es nicht zu stabilen – gar „demokratisch" stabilen – Verhältnissen im Irak kommt, wenn das Land erneut unter die Knute einer Diktatur von US-Gnaden gerät oder im Chaos interner Gewaltkonflikte versinkt. Letzteres ist nur insoweit einzuhegen, wie es die ökonomischen und (vornehmlich ressourcen-)politischen Interessen der USA erfordern. In dieser Hinsicht waren die letzten Kriegstage in Bagdad symbolträchtig: Alle Ministerien und öffentlichen Einrichtungen wurden vom US-Militär dem plündernden Mob überlassen, allein das Ölministerium wurde massiv militärisch geschützt ...

Was an den „neuen Kriegen" (nicht) neu ist

Nicht auszuschließen ist, dass nun im Irak ein Gewaltkonfliktgeschehen ansteht, das in der Form den eingangs erwähnten zahlreichen Kriegen in den Krisenregionen des Südens entspricht, wenn nämlich verschiedene Gruppen der Bevölkerung, die sich nach ethnischen und/oder religiösen Kriterien sortieren (Kurden, Araber, Turkmenen ... – Sunniten, Schiiten, Christen ...) und auf lokale traditionale Vergesellschaftungsformen (Clans, Stämme, Dorfgemeinschaften ...) rückbezogen sind, aufeinander losgehen. Dann käme es zu dem, was im aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskurs modisch als „neuer Krieg" bezeichnet wird. (3)

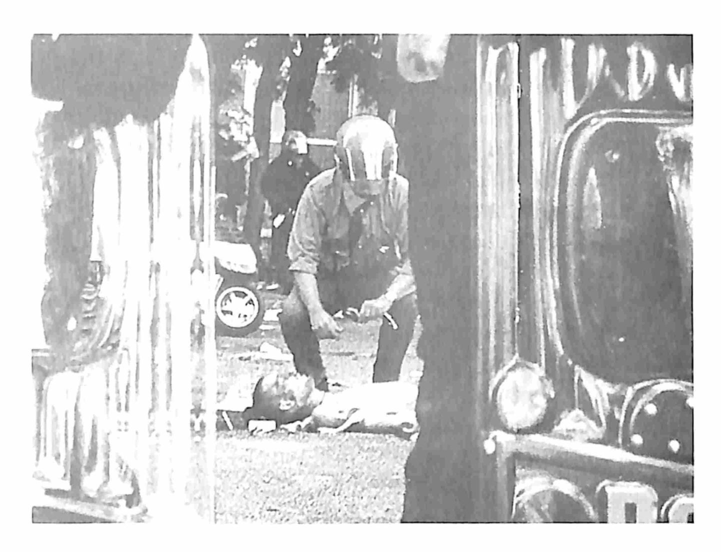
Neue Kriege schließen an die vorherrschende Kriegsform der letzten Jahrzehnte, also an den innerstaatlichen Krieg, an. Die Kennzeichnung als „innerstaatlich" wird zahlreichen zeitgenössischen Gewaltkonflikten allerdings nicht mehr gerecht. Denn „innerstaatliche" Kriege heute greifen oft über, meist aus der Kolonialzeit stammende Grenzen auf Nachbarstaaten über, Nachbarstaaten und sub-staatliche Akteure aus benachbarten Staaten wiederum wirken in sie hinein. Kriegsflüchtlinge und -vertriebene überschreiten Grenzen, grenznahe Flüchtlingslager in Nachbarstaaten werden zu Rückzugs- und Rekrutierungsbasen für die bewaffnete Opposition, und Regierungstruppen nehmen bei deren Verfolgung keine Rücksicht mehr auf Staatsgrenzen. Die Folge sind „regionalisierte" bzw. „internationalisierte" (innerstaatliche) Kriege im Rahmen eines mehrere Staaten umfassenden regionalen Konfliktsystems. (4) So ist der Krieg (genauer: die Kriege) in der Demokratischen Republik Kongo, in den mehrere Nachbarstaaten und eine ganze Reihe sub-staatlicher Akteure aus benachbarten Staaten involviert waren, kaum mehr als „innerstaatlich" zu qualifizieren. Am Horn von Afrika sind Teile der Territorien mehrerer Staaten durch die Zirkulation von Waffen, grenzüberschreitende Aktivitäten von Rebellengruppen und ebenfalls grenzüberschreitende traditionale Gewaltformen (z.B. Viehdiebstahl) in eine regionale Konfliktkonstellation eingebunden. Und auch das Kriegsgeschehen in den westafrikanischen Staaten Sierra Leone, Liberia und Guinea lässt sich nicht mehr sinnvoll entlang der Trennung von Staatsgrenzen erfassen.

Aber nicht allein die Einbeziehung von Nachbarstaaten lässt den Terminus „innerstaatlich" obsolet erscheinen.„Innerstaatliches" Kriegsgeschehen ist heute zumeist „untrennbar in seine internationale Umwelt eingebunden. Seien es die Überweisungen von Exilanten, die Veräußerung von Bodenschätzen und anderer Kriegsbeute zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt oder die internationale *moral economy* der Hilfsorganisationen – jeder Krieg ist auf vielfältige Weise in internationale politische und ökonomische Konstellationen eingebettet." (5)

Regionalisierung, Internationalisierung, Kommerzialisierung

Neben Regionalisierung und Internationalisierung innerstaatlicher Kriege ist weiteres Wesensmerkmal die grundlegend gewandelte Stellung des Staates in den neuen Kriegen: Staaten werden zu Gewaltakteuren unter anderen, sie „haben als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt". (6) Von einem – wenn auch umkämpften, zumindest rudimentären – staatlichen Gewaltmonopol kann in zahlreichen Krisenregionen nicht (mehr) die Rede sein; Staaten sind schwach, gescheitert oder gar völlig zerfallen (wie in den Fällen Afghanistan und Somalia), wobei Schwäche, Scheitern und Zerfall sowohl Ursache als auch Folge von gewaltsamem Konfliktaustrag sind bzw. sein können. Der Krieg dreht sich häufig gar nicht mehr um die Eroberung der Staatsmacht oder um die Etablierung neuer sezessionistischer staatlicher Strukturen. Vielmehr treten an die Stelle solcherart politischer Ziele andere, vor allem kommerzielle Zwecke. Daher lässt sich nicht allein auf Grund der involvierten Akteure, sondern auch wegen der von diesen verfolgten Ziele von einer „Entstaatlichung" bzw. „Privatisierung" der Kriege sprechen. Wobei diese Redeweise ebenso wie jene von den „neuen" Kriegen begrifflich unscharf ist, ist „privat" doch auf den Kontext entfalteter bürgerlicher Gesellschaft bezogen und dort Gegenbegriff zu öffentlich und staatlich – für Gesellschaften, die immer noch sehr stark von traditionalen Verhältnissen, in denen es eine gesonderte „private" Sphäre nicht gibt, geprägt sind, ist dieser Terminus wenig griffig – Stammesälteste, warlords, Milizionäre sind keine, bzw. nicht nur „Privatleute". Das wiederum lässt die Unterscheidung zwischen Krieg und organisierter (Gewalt-)Kriminalität, und damit zwischen Krieg und „Frieden", ebenso verschwimmen wie jene zwischen innerstaatlichen und internationalen Dimensionen des Gewaltgeschehens.

Internationalisierung und Privatisierung des Kriegsgeschehens verändern auch die Formen der Kriegführung. Sie richtet sich nicht mehr so sehr gegen ein bewaffnetes Gegenüber, sondern gegen die Zivilbevölkerung. Es fehlen klare Frontverläufe. An die Stelle von Schlachten treten Massaker, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen. Ursprünglich einheitliche bewaffnete Gruppierungen spalten sich im Verlauf des Krieges in diverse, sich auch unter einander bekämpfende Fraktionen auf. Warlords und ihre Klientel aus größtenteils jugendlichen irregulären Kombattanten sorgen aus persönlichem Profit- und Machtstreben mit für die quasi unendliche Perpetuierung von Kriegen und die Aufrechterhaltung von Kriegsökonomien. Staatliche Sicherheitskräfte sind ebenfalls fraktioniert und stehen häufig nicht völlig unter der Kontrolle ihrer jeweiligen Regierungen, die sie nur schlecht, unregelmäßig oder gar nicht besolden (können), sie führen daher oft auf eigene Rechnung Krieg zum Zwecke des Beutemachens. Fragmentierte staatliche Sicherheitskräfte und sub-staatliche Gewaltakteure gehen





prekäre Allianzen ein. Das Wechseln der Seiten und der Allianzen wird zur Regel. Die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten hinfällig. Kurz: Die neuen Kriege sind durch ein hohes Maß von Irregularität, Diffusion und Asymmetrie gekennzeichnet; Clausewitz' Charakterisierung des Krieges als „erweiterter Zweikampf" gilt auch für sie nicht mehr.

Jenseits von Clausewitz

Die privaten Gewaltakteure mit vorrangig kommerziellen Interessen reproduzieren sich über Plünderung, Raub, Geiselnahme, Schutzgelderpressung und Schmuggel. Sie sind in die (Schatten-)Globalisierung eingebunden, also mit dem Weltmarkt verbunden. über die Produktion von und den Handel mit Drogen und Bodenschätzen wie Diamanten, Gold, Erdöl oder Tropenholz sowie den Menschen- und Waffenschmuggel. Aus diesen Geschäften beziehen sie die Ressourcen, die ihnen eine Weiterführung des Krieges möglich machen und lukrativ erscheinen lassen. Externe private Akteure mit kommerziellen Interessen wie internationale Söldneragenturen und private Sicherheitsfirmen steigen zusehends in das Geschäft mit dem Krieg ein und stellen ihre Dienste in Bedrängnis geratenen Regierungen, transnationalen Konzernen mit dem Interesse am Schutz ihrer Ressourcenprojekte in Krisenregionen oder auch beliebigen anderen zahlungskräftigen Parteien zur Verfügung.

In mancher Hinsicht gemahnen die neuen Kriege in ihrer Erscheinungsform an Gewaltkonflikte, wie sie im Übergang zum Kapitalismus vor der Herausbildung des europäisch-internationalen Staatensystems in der Frühen Neuzeit gang und gäbe waren. Und in der Tat: Ein Paradoxon der angeblich neuen Kriege besteht darin, dass wesentliche Merkmale ihrer „Neuheit" gerade aus einer Kombination von modernen und vor-modernen, traditionalen Ursachen, Beweggründen und Konfliktaustragungsformen rühren. Nicht allein, dass unter dem Dach oder der Decke moderner Kriege häufig traditionale Konflikte mit ausgetragen werden – zwischen Stämmen, Clans, erweiterten Familien, Geheimgesellschaften oder anderen vor-modernen sozialen Einheiten. Daraüber hinaus verschränken sich moderne und traditionale Interessen in zeitgenössischen Gewaltkonflikten derart, dass gerade hierdurch das „Neue" der neuen Kriege entsteht, welches mithin auch Resultat der Wirkungsmacht des Traditionalen ist. Die Führer von (Stammes-)Milizen sind nicht nur am Profit interessierte Gewaltunternehmer in Gewaltmärkten, sondern auch Patrone im Kontext traditionaler Sozialbeziehungen, die durch Versorgung ihrer Klientel das soziale Kapital von Einfluss und Ehre anhäufen. Ihre jugendlichen Gefolgsleute sind nicht nur an Sonnenbrille und Nike-Turnschuhen interessierte (verhinderte) Konsumenten einer westlich geprägten globalisierten Kulturindustrie, sondern auch auf das soziale Kapital der Ehre erpichte traditionale Krieger. Bewaffnete „Bürgerkriegs"gruppierungen sind nicht nur rackets, also bandenförmige Überlebenseinheiten, die an die Stelle anderer, total zerstörter sozialer Bindungen treten, sondern auch rückgebunden an vormoderne Vergesellschaftungsformen in Dorf, erweiterter Familie, Geheimbund. Traditionale Sozialbeziehungen und traditionale Akteure wie Älteste, Häuptlinge, Zauberer und Familienoberhäupter haben im Kontext der neuen Kriege erheblichen Einfluss auf Gewaltausübung.

Ausgrenzung versus Großmachtintervention

Die neuen Kriege sind zu verorten im Grenzgebiet zwischen vorkapitalistisch-traditionaler und kapitalistisch-bürgerlicher Vergesellschaftung, in ihnen setzt sich Kapitalismus gewaltsam durch. Als ein mixtum compositum von modern-kapitalistischen und traditional-vorkapitalistischen Zielen, Beweggründen und Verlaufsformen bestätigen sie die These, wonach der „kapitalistische Umwälzungsprozeß vor- bzw. nicht-kapitalistischer Lebensverhältnisse" die „dem weltweiten Kriegsgeschehen bis heute strukturell unterliegende Konfliktlinie" ist. (7) In ihnen geht es um ursprüngliche Akkumulation und um

Das Bild zeigt den von der Polizei erschossenen 23jährigen Demonstranten Carlo Giuliani. Er liegt entkleidet auf dem Asphalt, mit einer Lederbinde um den Arm, die den Blutfluss stoppen sollte. Der Polizeikordon hindert einen Fotografen daran, sich der Leiche zu nähern. Doch hat er die Polizisten überredet, mit ihren Panzerglasschilden auseinander zu rücken. So bekommt er den aufrecht hockenden Polizisten und wenigstens den Oberkörper des Toten ins Objektiv. Auch hier ist das Thema nicht der Tote, sondern die Polizei, die sich seiner bemächtigt und ihn dem Fotografen entrückt. An diesen einfachen Beispielen der regulierten Vorführung eines politisch relevanten Todes lässt sich abschätzen, mit welchen Bedingungen die Kritik zeitgeschichtlicher Fotografien zu rechnen hat.

die Herausbildung von Gewaltmonopolen in gewaltsamen „Ausscheidungskämpfen“ (Norbert Elias). Sie sind Indiz dafür, dass die Durchkapitalisierung und Durchstaatung der Gesellschaften der Dritten Welt immer noch unvollendet ist, dass vor- bzw. nicht-kapitalistische Vergesellschaftungsformen immer noch nicht vollständig zersetzt sind, dass sich vielmehr im Kontext fragmentierter Globalisierung hybride, von Gewalt durchtränkte soziale (Un-)Ordnungen bilden. In der Dritten Welt haben wir es bis heute weder mit entfalteten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften noch mit den entsprechenden (National-)Staaten zu tun. Die mit der Entkolonialisierung entstandenen Staaten waren weitgehend formale Hüllen ohne Inhalt. Wenn jetzt im Zusammenhang mit den neuen Kriegen vom „Staatszerfall“ die Rede ist, führt das insofern in die Irre, als nur zerfallen kann, was einmal bestand. Statt vom „Nicht mehr“ intakter Staatlichkeit ist jedoch vom „Noch nicht“ einer solchen auszugehen. Die „nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit“ (Jens Siegelberg) aber ist augenscheinlich ein weithin gewaltsamer Vorgang.

Eine direkte Verbindung der beiden Sphären zeitgenössischen Kriegsgeschehens, der Strafexpeditionen und der neuen Kriege, erfolgt nur in Ausnahmefällen. Die Strafexpeditionen dienen der Absicherung einer bestimmten Form kapitalistischer Globalisierung, nämlich einer kapitalistischen Weltordnung unter Hegemonie der USA. Die neuen Kriege sind hingegen die Form, in denen sich kapitalistische Globalisierung in hybriden Übergangsgesellschaften durchsetzt. Die Regel ist, dass die neuen Kriege sich selbst überlassen werden. Sie werden als „vergessene“ Kriege ausgefochten im Windschatten der Weltpolitik. Das Imperium überlässt die Völker an der Peripherie ihrem Schicksal; sie werden aus der hegemonialen Ordnung ausgegrenzt. Ob sie Aufmerksamkeit finden, hängt allein an der Definition der Interessen der interventionsfähigen Mächte. Nur wenn diese es geboten erscheinen läßt, werden die Ausgegrenzten zum Objekt von – Strafexpeditionen. Das können Interessen an der Abwehr von Flüchtlings- oder Drogenströmen ebenso sein wie Interessen an der gesicherten Zufuhr von Erdöl und anderen Ressourcen.

Allerdings erwächst der Hegemonialmacht (und den kapitalistischen Metropolen generell) aus den ausgegrenzten Sphären der neuen Kriege eine neue Gefahr. Denn unter den Bedingungen zerfallen(d)er Staaten und florierender Gewaltmärkte finden terroristische Organisationen relativ sichere Zufluchtsräume und materielle Reproduktionschancen – und Anhänger. Die durch Ausgrenzung und Strafexpeditionen Gedemütigten, denen ihre hoffnungslose militärische Unterlegenheit immer aufs Neue vorgeführt wird, greifen ihrerseits zu einer anderen Form asymmetrischer und entgrenzter Kriegführung. Der 11. September 2001 hat gezeigt, wie aus der Kombination von Teppichmessern und Zivilflugzeugen Massenvernichtungsmittel werden können, die die Hegemonialmacht in ihrem Zentrum treffen. Zu einer solchen Herausforderung „passt“ die gigantische Hightech-Militärmaschinerie der USA nicht. Die Antwort – Krieg gegen Afghanistan – war entsprechend unpassend. Es ist zu befürchten, dass die absehbare Zukunft durch eine solche „Kriegführung“ (die eben gar keine „Krieg“führung mehr ist) „aneinander vorbei“ geprägt sein wird: Strafexpeditionen wann und wo die Hegemonialmacht es will, Terror wann und wo es transnationale Terrornetzwerke vermögen. Beide Seiten haben deutlich gemacht, dass dieser „Krieg“ keine räumlichen, zeitlichen, ethischen, rechtlichen Grenzen kennt.

Anmerkungen:

1) Vgl. Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF): Das Kriegsgeschehen 2002. Opladen 2003.

2) Diese wechselseitige Anerkennung der Staaten als souveräne Einheiten, die sich gegenseitig das Recht zum Krieg zubilligen und im Krieg in ein spezifisches Rechtsverhältnis zu einander treten, war wesentliches Kennzeichen des modernen Staatensystems und des zwischenstaatlichen kriegerischen Verkehrs, wie sie sich im Gefolge des Westfälischen Friedens in Europa herausgebildet hatten.

3) Vgl. dazu Münkler und Kaldor, andere sprechen von „wilden“ Kriegen (Sofsky) oder „kleinen“ Kriegen (Daase) oder Kriegen der „dritten Art“ (Holsti) oder „Netzwerkkriegen“ (Duffield). Weil sich die Rede von den „neuen Kriegen“ öffentlich durchzusetzen scheint, wird im folgenden zunächst an diesen Sprachgebrauch angeschlossen, um schließlich aber die Unzulänglichkeit des Begriffs zu belegen. – Wichtige Beiträge zur Debatte um die neuen Kriege: Daase, Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden 1999; Duffield, Mark: Global Governance and the New Wars. London – New York 2001; Eppler, Erhard: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Frankfurt/M. 2002; Holsti, Kalevi J.: The State, War, and the State of War. Cambridge 1996; Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege. Frankfurt/M. 2000; Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek 2002; Sofsky, Wolfgang: Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. Frankfurt/M. 2002.

4) Debiel, Tobias: Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden?, in: Ders. (Hg.): Der zerbrechliche Frieden. Bonn 2002, S. 20-63, hier: S. 21f.

5) Schlichte, Klaus: Neues über den Krieg?, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 9. Jg., 2002, H. 1, S. 113-137, hier: S. 126.

6) Münkler 2002: S. 7.

7) Siegelberg, Jens: Kapitalismus und Krieg. Münster – Hamburg 1994, S. 7.

Volker Böge *lebt in Bonn und ist Mitglied im Vorstand des Komitees für Grundrechte und Demokratie.*

Im Windschatten der Bomber

Kriegsziel Flüchtlingsbekämpfung: Kosovo, Afghanistan und Irak

Von Helmut Dietrich

1990/91 flohen wegen des Zweiten Golfkriegs über drei Millionen Menschen aus dem Irak, aus Kuweit und den Nachbarländern. Knapp 800.000 Menschen gingen 1999 im Zuge des NATO-Kriegs um das Kosovo außer Landes. Hunderttausende oder gar weit über eine Million Menschen retteten sich 2001/02 während des US-alliierten Angriffs aus Afghanistan. Vor dem Krieg gegen den Irak rechnete man mit der Flucht von rund zwei Millionen Menschen. In allen diesen Kriegen kam zum Durchbruch, was die internationale Flüchtlings- und Migrationspolitik seit längerem schon umtreibt: aktive Remigrationspolitik ist selbst zum Kriegsziel geworden.

Die Zahl der auf der Flucht in Lagern internierten und nach Kriegsende organisiert „zurückgeführten" Menschen stieg vom Zweiten Golf- bis zum Afghanistankrieg kontinuierlich an, laut UNHCR war „die Rückkehr nach Afghanistan die größte Aktion ihrer Art seit drei Jahrzehnten." Mit ihnen geraten auch diejenigen unter Rückkehrdruck, die früher schon die Kriegsgebiete verlassen haben, die Millionen AfghanInnen etwa, die seit langem in den Nachbarländern leben. Eng wird es dabei ebenfalls für die irakischen, kosovarischen und afghanischen Communities in Westeuropa, Nordamerika und Australien: Ein Teil der Flüchtlinge aus diesen Ländern wurde interniert, anschließend wurde eine umfassende Abschiebepraxis eingeleitet. Die Kriege beseitigen formalrechtliche Abschiebehindernisse: In Verfolgerstaaten darf nicht abgeschoben werden, wohl aber in Protektorate.

Die meisten der – laut UNHCR – weltweit 12,1 Millionen Flüchtlinge kommen aus Afghanistan, gefolgt vom Irak und Kosovo/Jugoslawien. Diese Länder gerieten in den letzten Jahren zunehmen ins Visier einer Eindämmungspolitik. Die bürgerrechtliche Aufnahme im Ankunftsland wird ihnen in der Regel verweigert, zurück können und wollen sie nicht. Verweigerte Immigration, aber Abschiebehindernisse – diese Konstellation ist das große Dilemma der offiziellen Flüchtlings- und Migrationspolitik. Die einseitige Verlagerung der Ursachenanalyse von Flüchtlingskrisen in die Herkunftsländer legitimiert eine Politik, die das Fluchpotenzial schon vor Ort präventiv erkennen und kontrollieren und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder so verändern will, dass die Rücknahme der Unerwünschten durchsetzbar wird.

Zahlreiche Regierungen haben auf diesen Wechsel in der Flüchtlingspolitik hingewirkt und mit finanziellem Druck auch die internationalen Organisationen auf Linie gebracht. Das Papier „UNHCR Strategy towards 2000" (Genf 1997) markiert den konzeptionellen Wechsel des UNHCR. Ging es früher um ein gemäßigt-kritisches Monitoring gegenüber den Ausländerbehörden in den Industriestaaten, so beteiligt er sich heute an kriegsbegleitenden Lagerverwaltungen für Flücht-

linge. Etwas anders liegt der Fall bei der International Organization for Migration (IOM), deren Geschäft schon immer die als „freiwillige Rückkehr" kaschierte Abschiebung war. Gestützt auf ein politisch-soziales Kontaktnetz in den meisten Ländern der Welt konzentriert sie sich nun ebenfalls auf die Lagerpolitik am Rand der Kriege. Im Unterschied zum UNHCR wird sie von keinen UN-Strukturen kontrolliert. Von den USA vor über fünfzig Jahren als Instrument des Kalten Kriegs gegründet, dient sie deren migrationspolitischen Interessen auch in den offenen Kriegen der letzten Jahre.

Internationalisierung der Flüchtlingskrisen

Die Nachbarstaaten des Irak, des Kosovo und Afghanistans sehen sich durch die Flüchtlinge und MigrantInnen in ihrem nationalen Zusammenhalt herausgefordert. So marschierte die türkische Armee in den 90er Jahren mehrmals in die autonome kurdische Zone des Nordirak ein. Als die iranische Regierung im August 1998 200.000 Soldaten an der Grenze zu Afghanistan zusammenzog und umgekehrt die Taliban mit dem Abschuss von Raketen drohten, wurden zwei Millionen afghanische Flüchtlinge, die erheblich zum Wirtschaftsboom Irans beigetragen hatten, zum Sündenbock.

Rassistische Übergriffe häuften sich, auf dem Höhepunkt der Spannungen 1998/1999 schob der Iran über 50.000 afghanische Flüchtlinge ab. Faustpfand fremder Interessen sind auch die bis zu vier Millionen AfghanInnen, die seit zwei Jahrzehnten teils kontinuierlich, teils fluktuierend in Pakistan leben. Nacheinander dienten sie als Basis des antisolords und schließlich der Taliban, die alle mehr oder minder der pakistanischen Regierung verpflichtet waren.

1998/99 wandeln sich allmählich die internationalen Beziehungen in den Regionen rund um den Kosovo, den Irak und Afghanistan. Die bilateralen Konflikte wurden zu internationalen Flüchtlingskrisen umdefiniert. Experten großer Organisationen und mächtiger Regierungen kamen als Berater und sitzen bei Flüchtlingskonferenzen mit regionalen Regierungsvertretern an einem Tisch. Ziel war ein länderübergreifender Ansatz, der die gemeinsamen Interessen *aller* Staaten gegen die Flüchtlingsbewegungen in den Vordergrund stellt.

Ähnliche Überlegungen fanden sich in den flüchtlingspolitischen Aktionsplänen der EU, in denen alle Regierungsressorts auf eine energische Vorgehensweise gegenüber ausgewählten Herkunftsländern verpflichtet werden. Der vom EU-Rat am 26.01.1998 angenommene erste Aktionsplan zielte auf den „Influx of migrants from Iraq and the neighbouring region", die fünf folgenden auf Kosovo/Albanien, Afghanistan, Somalia, Marokko und Sri Lanka. Weil vor allem Irak, Afghanistan und Kosovo/Jugoslawien als Länder „mit hohem Risiko illegaler Wanderungsbewegungen" eingestuft werden, sollte die legale Ausreise aus diesen Ländern erschwert, ein Cordon Sanitaire in den Nachbarstaaten aufgebaut, eine generelle Visapflicht eingeführt wurden. In der Folge werden Grenzkontrollen intensiviert, Ausländergesetze verabschiedet, Ausländerregister aufgebaut. Razzien und Sanktionen treiben die Papierlosen in den sozialen Untergrund.

Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den flüchtlingspolitischen Verhältnissen um das Kosovo, um Afghanistan und den Irak. Die Menschen haben keinerlei Bande untereinander, ihre Situation ist stark von den jeweiligen Landesverhältnissen bestimmt, in denen sie ich aufhalten. Empirisch überprüfbare Parallelen ergeben sich erst durch die Kriege. Der internationale Tross, der die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge kriegsnah begleitet, zieht von Südosteuropa (1999) nach Zentralasien (2001/2002) und von dort in die Nachbarregionen des Irak (2003). Die Vorratsbestände an Zelten, Decken und Transportmitteln wandern mit. Wie entwickeln sich die Lagerrealitäten, wie unterscheiden sie sich in den drei Kriegen?

Flüchtlinge stören Kriegsrouten

Obwohl ein Netz kosovo-albanischer Bevölkerungsgruppen in allen größeren zentraljugoslawischen Städten die Flüchtenden hätten stützen können, schafften es während des Kriegs nur wenige Flüchtlinge, selbstständig über bosnische, kroatische oder ungarische Routen zu fliehen. Das lag zum einen an zentraljugoslawischen Polizeitruppen, die die Wege nach Norden verstopften, zum andern an verstärkten Kontrollen und Fahndungen der Transitstaaten. Auf südosteuropäischen Ministerkonferenzen hatte Westeuropa die Transitstaaten auf diese Abschottungspolitik verpflichtet, schon vor Kriegsbeginn verschärfte der Bundesgrenzschutz die Überwachung der deutsch-tschechischen Grenze. Deshalb fuhren die meisten Flüchtlinge Richtung Süden und Westen, nach Mazedonien, Albanien und in geringerem Umfang nach Montenegro. Damit kamen sie den anrückenden NATO-Militärs auf für die Militärlogistik kriegsrelevanten Überlandstraßen und Verkehrswegen in die Quere. Zwischen Rest-Jugoslawien und den anrückenden NATO-Bodentruppen entstanden nun riesige improvisierte Camps. Wer sich dieser Verwaltung nicht entziehen konnte, wurde ab Ende April 1999 zum Objekt einer ausgereiften internationalen Lagerpolitik. Die IOM verteilte von Blace aus die Flüchtlinge in die mazedonischen Großlager, die die NATO errichtet hat. Umgeben von Stacheldraht und Polizei, abgeschnitten von Besuch und Versorgung, kam es zu vereinzelten Revolten. Praktisch gab es aus diesen Großlagern keinen regulären Weg in die Freiheit. Ende Mai 1999 lebte über ein Drittel der 680.000 Kriegsflüchtlinge in Mazedonien und Albanien in von der NATO errichteten Lagern.

In Albanien war zum selben Zeitpunkt ungefähr die Hälfte der dortigen 440.000 Flüchtlinge in den kleinen und mittelgroßen Lagern untergebracht. Militärs haben bei der Errichtung der dortigen Lager die Zusammenarbeit mit NGOs (Nichtregierungsorganisationen) gesucht. Da der albanische Staat in den Jahren zuvor zusammengebrochen war, suchten die Mili-

tärs, der UNHCR und die NGOs das Bündnis mit den bewaffneten Lokalmächten. Dabei entstanden Mikroprotektorate mit einer Doppelherrschaft von Lagerverwaltung und Lokalherrschaft, unter dem Direktorium der NATO, der Koordination des UNHCR und der Mithilfe der NGOs. Die Lager hätten bei einem Bodenkrieg im Handumdrehen in Truppenstützpunkte umgewandelt werden können. Die Lagerbewachung wurde in Albanien freier gehandhabt. Allerdings gehörten die Straßen und Häfen Albaniens zur Zeit des Kriegs de facto der NATO. Im Unterschied zu Montenegro brach der Fluchtweg aus Albanien über die Adria während des Kriegs zusammen.

In Italien entstanden halbspontane Hilfsbewegungen. Unter dem Namen Arco Baleno (Regenbogen) firmierte nicht nur eine Spendenkampagne, sondern auch eine Art Jugendbewegung, die den geflüchteten KosovarInnen vor Ort helfen wollte. Gleichzeitig strebte in Italien der Rassismus gegen AlbanerInnen und Kosovo-AlbanerInnen seinem Höhepunkt zu. Praktisch wurden die italienischen Hilfsfreiwilligen, die nach Albanien übersetzten, dort zu Lager-Mitverwaltern in einer ehemals italienischen Kolonie, und die pazifistisch Angehauchten verwandelten sich vor Ort in zivile Mitarbeiter der kriegführenden NATO. Der UNHCR charakterisierte die Entwicklung, an der er selbst mitgewirkt hatte, Mitte Mai 1999 als „stärkste Militarisierung von Flüchtlingslagern seit 25 Jahren".

In den letzten Kriegstagen hatte die IOM begonnen, die Lagerbevölkerung systematisch zu erfassen. Vor Ort sollten den Flüchtlingen behelfsmäßige Ausweise ausgestellt werden, die zugleich zum Bezug der Lebenshilfe nötig waren. Doch es kam zu Mehrfachregistrierungen und massenhaften Nichtregistrierungen. Die Lager wurden zum Teil zur Personenerfassung abgeriegelt, doch dann brachen die Leute einfach auf. Die OSZE übernahm viel später dann im UN-Protektorat des Kosovo die biometrische Personenerfassung der KosovarInnen. Die Emigration nach Westeuropa hielt nach dem Krieg an, doch gab es in den folgenden Jahren keine offiziellen Reisepapiere mehr für KosovarInnen.







Unabhängige Bildreporter sind sich dessen bewusst. Der Fotograf Tyler Hicks fotografierte die Hinrichtung eines gefangenen Taliban-Kämpfers. Doch klafft in der Bilderserie eine Lücke, die auch der Begleittext verschweigt. Denn zwischen der Entdeckung und der Hinrichtung des Taliban hat man ihm die Hose heruntergezogen und ihn rituell kastriert. Hicks hat die grausige Episode entweder nicht aufgenommen oder nicht veröffentlicht. Er fotografierte allerdings, wie ein Feldkommandeur der Nordallianz aus dem Hintergrund herbeiläuft und die Aufnahme zu verhindern sucht.

Lager-Universum in Pakistan

Seit zwei Jahrzehnten gibt es afghanische Flüchtlingslager in Pakistan und im Iran, und die Flüchtlingssituation ist nur schwer mit der südosteuropäischen vergleichbar. Hunger und Ausmergelung haben seit jeher die dortige afghanische Armut gezeichnet. In Pakistan soll die Hälfte der schätzungsweise vier Millionen afghanischen Flüchtlinge dauerhaft in Lagern leben, im Iran fünf bis zehn Prozent der zwei Millionen.

Das Lager-Universum entwickelte sich in Pakistan bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre auf vielfältige und widersprüchliche Art. Manche Lager unterstanden der Fuchtel von afghanischen Warlords. Andere Lager erlebten einen regelrechten sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung. Einschnei-dend war die Veränderung, die auf die Auflösung der Blockkonfrontation folgte: Der UNHCR schaffte nach dem Zusammenbruch der afghanischen Regierung 1992 das Bezugskartensystem für die Lebensmittelvergabe ab und zwang damit einen Großteil der Männer zum Auszug aus den Lagern und zur Lohnarbeit in den Städten. – Während des US-alliierten Angriffs schloss die pakistanische Regierung die meisten historischen Lager. Die Neuankömmlinge wurden in Plastic-Cities, direkt neben den alten Lagern, gehalten. Das waren Flüchtlingsmassierungen auf dem bloßen Boden, ohne jegliche Infrastruktur, in denen die Menschen dem Wasser- und Lebensmittelmangel und der Witterung unmittelbar ausgesetzt waren. Die neuen Camps, die rasch auf jeweils über hunderttausend Menschen anwuchsen, wurden bald als „Todeslager" bezeichnet. Nach dem US-alliierten Angriff kamen die Planierraupen, alte und neue Lager wurden niedergemacht, und weit über eine Million Flüchtlinge aus Pakistan in Abschiebelager in den Grenzregionen oder direkt nach Afghanistan zurückgebracht.





Bereits Ende der 1990er Jahre hatten Pakistan und auch der Iran zusammen mit internationalen Organisationen darauf gedrängt, Abschiebelager entlang der afghanischen Grenzen zu errichten. Flüchtlinge aus Afghanistan sollten noch dort aufgefangen werden. Die langansässigen Flüchtlinge im Iran und in Pakistan sollten zunächst in diese Grenzlager abgeschoben werden, bis sie dann „freiwillig" in das afghanische Landesinnere gingen. Auch den Taliban kamen diese Vorschläge zu Pass, sie wollten auf diese Weise die Flüchtlinge unter politische Kontrolle bekommen. Nachdem Pakistan die Talibanregierung anerkannt hatte, war im Jahr 2000 die Zeit für konkrete Lagerplanungen in unwegsamen afghanisch-pakistanischen Wüstenregionen und Minenfeldern gekommen. Wie aus Texten der Europäischen Union hervorgeht, geschah dies nicht nur im Einverständnis mit dem UNHCR und anderen internationalen Organisationen, sondern vielmehr auf ein gemeinsames, sozusagen globales staatliches Drängen hin.

Die internationale Verständigung darüber, dass man regional gegen die afghanischen Flüchtlinge vorgehen wollte, zeigte sich zuerst in der Schließung der Grenzen zu Afghanistan, die im Herbst 2000 von der GUS, Pakistan und Iran vollzogen wurde. In der Folge stauten sich in allen Grenzregionen die Flüchtenden, allein vor der iranischen Grenze ungefähr 300.000 Flüchtlinge. Mit anderen Worten: Vor dem 11. September 2001 und vor dem US-alliierten Angriff auf Afghanistan hat sich in der Region die Flüchtlingssituation dramatisch zugespitzt. Zum ersten Mal probierten die Länder der Region einen wenn nicht koordinierten, so doch gleichgerichteten Angriff aus: Grenzschließung und Abschiebelager hingen unmittelbar mit der Internationalisierung der afghanischen Flüchtlingskrise zusammen.

Tag für Tag ein Massensterben

Die Abschottung wurde durch eine innerstaatliche Ausländerpolitik flankiert, die bis dato kaum existierte. Die iranische Regierung verschlechterte Ende der 1990er Jahre die Aufenthaltsmöglichkeiten für afghanische Flüchtlinge. 1999 unterzeichnete der Iran mit dem UNHCR ein Aide Memoire mit dem Ziel, jährlich 120.000 AfghanInnen zur „freiwilligen Rückkehr" nach Afghanistan zu bewegen und sie dabei zu unterstützen. Noch im Jahr 2001 erfassten die iranischen Behörden die Personendaten von 2,3 Millionen AfghanInnen im Lande, einschließlich Fingerabdruck. Auch die pakistanische Bundesregierung verstärkt seit 1998 den Druck auf die „illegalen Immigranten". Zu den Maßnahmen gehörten stärkere Grenzkontrollen, Razzien gegen die nichtgenehmigte Arbeit von „Illegalen" und mehr Verhaftungen. Nachdem ein Verhafteter auf einem Revier starb, trugen die Flüchtlinge ihren Protest gegen die Razzien auf die Straße.

Dies war die Lage, als eine neue afghanische Flüchtlingskrise „gemacht" wurde. Seit 1998 suchte eine große Dürre das Land heim. Die internationalen Lebensmittellieferungen hielten nicht Schritt. Hunderttausende verließen Monat für Monat das Land. Anfang 2001 kam es zu einer regelrechten Hungerkatastrophe in den aufgestauten, überfüllten Lagern von Herat. Die Hilferufe der internationalen Organisationen verhallten ungehört. Es gab prak-

Derartige Abwägungen zwischen dem, was gezeigt werden kann, und dem, was verborgen werden muss, sind heute die Voraussetzungen für die Konstitution der informativen Bildersphäre. Im Bild eines vermutlich in gleicher Weise geschändeten Taliban verdunkeln die Schatten dichtgedrängter Zuschauer den Unterkörper des Toten. Die Abbildung des Sehens verdeckt die des Gesehenen, der subjektive Reflex den objektiven Tatbestand.

tisch keine Versorgung und keinen politischen Druck auf die Nachbarländer oder gar auf Westeuropa und die USA zur Wiedereröffnung der Grenzen und zur Aufnahme von Flüchtlingen. Stattdessen registrierte man Tag für Tag ein Massensterben.

Internationale Gelder flossen stattdessen ab Dezember 2000 in neue Strukturen der IOM in Afghanistan. Bisher war dort landesweit das Internationale Rote Kreuz der größte Auftraggeber gewesen. Die IOM schaffte es, innerhalb von zwei Jahren, auch während des Kriegs, das Land mit Büros und zuarbeitenden Firmen zu überziehen. Zunächst übernahm sie die Lagerwaltung in den westafghanischen Grenzgebieten. Sie schloss diese Lager für Neuankömmlinge, versorgte die Internierten und begann ab November 2001 mit der Personendatenerfassung der Lagerbevölkerung. Gegen Ende des US-alliierten Kriegs reduzierte sie in Abstimmung mit den internationalen Organisationen die Lebensmittelversorgung und versprach den Rückkehrwilligen eine Versorgung vor Ort. Nach dem Ende des Kriegs organisierte sie zusammen mit dem UNHCR den Rücktransport der Flüchtlinge.

In Pakistan geschah Vergleichbares. Ein großer Teil der alten Lager wurden in den letzten beiden Jahren platt gemacht. Die BewohnerInnen wurden in ein Dutzend neue Transitlager in der unwegsamen, verminten Grenzregion befördert (es hätten 70 Lager werden sollen) und anschließend zum Teil nach Afghanistan gebracht. Viele Flüchtlinge aus den alten Lagern weigerten sich, „freiwillig" zu gehen. Reporter berichteten, dass sie nicht in die Grenzlager gehen wollen, in denen ihnen nur rationiertes Wasser und knappe Lebensmittel zustünden, fernab von Dörfern und Städten, ohne Transportmittel. Dort hätten sie ein permanentes Ausgehverbot zu erwarten, an eigenes Einkommen sei dann überhaupt nicht mehr zu denken. Kann man diese Camps als „Konzentrationslager" bezeichnen, fragte der Journalist dann Rupert Colville, einen verantwortlichen UNHCR-Vertreter in Pakistan. „Man kann es so sehen", antwortete er. Das Ziel sei es, in Afghanistan rasch neue Verhältnisse zu schaffen und die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. (NZZ 04.10.2001)

Während des Krieges der US-Alliierten gegen Afghanistan scheiterte der Versuch der internationalen Organisationen, die Flüchtlinge in Auffanglager einzusperren. Es kam zu einer „Flüchtlingskrise ohne Flüchtlinge". Die internationalen Organisationen gewannen keine Kontrolle über die Fliehenden. Das Konzept, das im Kosovo halb improvisiert, halb notgedrungen funktioniert hatte, war gescheitert. Doch so offen gestand sich das niemand ein.

In diesen Monaten kann man in der Erfolgsbilanz der internationalen Organisationen lesen, sie hätten im Nachkriegsafghanistan ihr umfangreichstes Rückkehrprogramm seit 30 Jahren durchgeführt. Doch nach Zeitungsberichten sind im letzten Winter über 300.000 Menschen wegen des Zusammenbruchs der Versorgung in Afghanistan wieder nach Pakistan zurück geflüchtet.

Seit Herbst 2002 haben der UNHCR und die IOM die transportablen Lagerbestände aus Afghanistan und den Nachbarländern zusammengepackt und nach und nach rund um den Irak wieder aufgestellt. Zwei Dutzend Zeltstädte sind vor allem an der irakisch-iranischen und irakisch-türkischen Grenze entstanden, mit an die 600.000 Plätzen in den unwegsamen Regionen in der Wüste und im Gebirge, im Minengürtel alter kriegerischer Auseinandersetzungen. Zahlreiche Teams der Hilfsorganisationen sind dort in Stellung gegangen. Doch die Flüchtlinge sind, ein zweites Mal, nicht gekommen.

Voller Ungewissheit aufs Land

In der aktuellen Fachliteratur ist von einem Dreischritt zu lesen: Kosovo sei das Modell für die internationale Lagerpolitik gewesen, dem man rund um Afghanistan und Irak gefolgt sei. Tatsächlich handelt es sich um die gleichen Denkweisen, Materialien und Fachleute, die den Kriegstross begleiten. Von Mal zu Mal wird die Vorbereitung verfeinert, mehr HighTech zu Lagerverwaltung und -erfassung eingesetzt, die Beziehungen zum Militär werden enger und professioneller. Es entsteht ein regelrechtes Lager-know-how im Windschatten der Bomber und Bodentruppen. Während nach dem Beginn des Kriegs gegen Jugoslawien noch ein Monat ins Land gegangen ist, bis die Lager errichtet waren, war der Irak bereits vor Beginn der Bombardierungen von Lagern umstellt.

Doch die Flüchtlinge, denen am Rande des Kosovo nichts anderes übrig blieb, als zu Hunderttausenden die Hilfsleistungen in den Lagern in Empfang zu nehmen, meiden inzwischen die militarisierten Lager. Trotz größerer Überwachung weiss man eigentlich nicht so recht, wo sie abbleiben. AfghanInnen tauchten Dutzende von Kilometern jenseits der Grenze am Rande der Millionenstädte auf, irakische Flüchtinge gingen, so hieß es voller Ungewissheit, eher „aufs Land".

Wenn wir voller Genugtuung konstatieren können, dass das Konzept der Auffanglager womöglich längst gescheitert ist, aber die Verantwortlichen das sich nicht so recht eingestehen möchten, so sollten wir doch im Auge behalten, dass die Internationalisierung der Flüchtlingskrisen unumkehrbar geworden ist. Die Bulldozer von Jalozai und Nasir Bagh, die Abschiebelager, die die Lagerbauer Konzentrationslager nennen, und die Erpressung der Flüchtlinge – Lebensmittel gegen Rückkehr – zeigen an, dass die Brutalisierung fortschreitet.

Bleibt schlussendlich daran zu erinnern, dass nach den jeweiligen Kriegen die Abschiebeaktionen folgen, aus Berlin, Frankfurt, Hamburg, aus London und Paris. Der Kampf ums Bleiberecht für Kosovoflüchtlinge geht bis heute, die Abschiebung von 100.000 AfghanInnen haben die EU-Innenminister bereits angekündigt. 500.000 Irakis sollen weltweit in aller Kürze in den Irak zurückgebracht werden, hieß es sofort nach Kriegsende. Verbinden wir den Kampf ums Bleiberecht mit der Antikriegsbewegung!

Helmut Dietrich *lebt in Berlin und arbeitet bei der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM). Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Harald Glöde „Kosovo – Der Krieg gegen die Flüchtlinge" im Verlag Libertäre Assoziation.*

Die Abbildung der Toten in Kriegen und Katastrophen stellt den Extremfall eines Problems dar, das die zeitgeschichtliche Bildinformation insgesamt betrifft. Denn in ihrer Kriegs- und Katastrophenform vollzieht sich die Zeitgeschichte außerhalb der Grenzen der demokratisch-kapitalistischen Staatenwelt, obwohl sie in der Politik dieser Staatenwelt ihren Ursprung hat.

Schurkenstaaten und gefährliche Klassen

Zur Dialektik zwischen äußerem und innerem Feind im globalen, nationalen und lokalen Raum

Von Klaus Ronneberger

Der „Krieg gegen den Terrorismus" militarisiert nicht nur die internationalen Beziehungen, sondern formiert die kriegführenden Gesellschaften auch nach innen. Im weltweiten Ausnahmezustand werden Kontrollregime durchgesetzt, die den gesellschaftlichen Raum bis in das städtische Alltagsleben durchdringen, um schon präventiv alles auszuschließen, was irgend zum „Risiko" werden könnte. Indem lokaler, nationaler und globaler Sicherheitsstaat ineinander übergehen, werden die Stadt und der Alltag zum Ausgangspunkt des Widerstands gegen den weltpolizeilich entgrenzten Krieg.

Liegt die Aufgabe des Staates darin, auf seinem Territorium für Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen und in kritischen Situationen den „inneren Feind" zu bestimmen, gilt dies seit dem 11.9. in gesteigertem Maß. Die Rhetorik des gerechten Krieges, der Vergeltung, der wiederherzustellenden Sicherheit und des Sieges über das Böse intensiviert die eingesetzte Gewalt und die Kontrolle nach innen und treibt einem allseitig praktizierten Staatsterrorismus zu. Der mit dem äußeren Feind identische innere Feind – Musterfall dafür ist die Figur des „Schläfers" – wird mit Mitteln bekämpft, die außerhalb rechtsstaatlicher Normen stehen, militärische Präventivmaßnahmen tragen zur Durchsetzung eines Sicherheitssystems nach der Logik des permanenten Krieges bei. Dabei besteht zwischen imperialer Interventionspolitik und Neoliberalismus eine dialektische Beziehung, in der die Restrukturierung der territorialen kapitalistischen Organisation den Raum zugleich auf globaler, nationaler und lokaler Ebene mobilisiert und damit das Soziale desartikuliert.

Der globale Ausnahmezustand

Der Kampf gegen Terrorismus stellt zwar ein wichtiges organisierendes Prinzip der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik dar, richtet aber auch die internationalen Beziehungen nach dem Ende der Blockkonfrontation neu aus: Die Suprematie der USA soll mit militärischen Mitteln gegenüber potenziellen Konkurrenten und gegenüber den Verbündeten nachhaltig gesichert werden. Dieser Herrschaftsanspruch geht mit einer Wiederkehr des „gerechten Krieges" einher. Die amerikanische Regierung droht, einseitig – also ohne vorherige Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – gegen jeden Schurkenstaat militärisch vorzugehen, wann immer ihre vitalen Interessen auf dem Spiel stünden. Staatliche Souveränität dürfe Terroristen und Schurkenstaaten keinen Schutz bieten, gebe es keine andere Möglichkeit, Diktatoren und Terroristen von Angriffen auf die USA abzuhalten, sei man befugt, präventiv zu handeln. Damit zeichnet sich in den internationalen Beziehungen eine neue hierarchische Struktur ab: Ganz unten die „Zwergenstaaten", die sich zwingend an das Gewaltverbot der UN-Charta halten müssen. Dann folgen die NATO-Staaten und Länder wie Russland oder China, die für ihre Sicherheitsbelange fallweise militärische Mittel einsetzen dürfen. Und schließlich die USA, die souverän den globalen Ausnahmezustand bestimmen.

Dabei wird auch die „innere Sicherheit" außenpolitisch und militärisch definiert. Die Aufhebung des Unterschieds zwischen Feind und Verbrecher setzt die Beschränkungen außer Kraft, die einem Staat bei der Terrorismusbekämpfung national und international auferlegt sind. Gelten Terroristen innenpolitisch als pathologische Gewalttäter, die jeglichen Anspruch auf Grundrechte verwirkt haben, sind sie außenpolitisch Kriegspartei, gegen die man das Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt. Die konkrete Form der Kriegserklärung billigt den Attentätern dann aber – wie die rechtswidrige Internierung von Al-Qaida- und Taliban-Kämpfern auf Guantanamo zeigt – nicht den Status gleichberechtigter Kombattanten zu, sondern schließt das Politische als alternative Option aus.

Nach den Anschlägen verabschiedete der US-Kongress eines der weitgehendsten Ermächtigungsgesetze für einen Präsidenten, die es je in der amerikanischen Rechtsgeschichte gab. Beschlossen wurden eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen, die fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft setzen. Innenpolitisch gibt der Krieg dem Präsidenten die Möglichkeit, den „nationalen Sicherheitsstaat" auszurufen. Das neugeschaffene „Heimatschutzministerium" fasst von der Küstenwache über die Einwanderungsbehörde bis zu den Geheimdiensten alle Repressionsorgane in einer Riesenbehörde zusammen. Zu seinen umstrittensten Bestimmungen gehört das *Terrorism Information and Prevention System* (TIPS), für das die Sicherheitsbehörden gerade rund eine Million Amerikaner als Informanten rekrutieren, die als Postboten, Lastwagenfahrer oder Handwerker Erkenntnisse über verdächtige Personen und Vorkommnisse sammeln sollen.

Gleichzeitig verzichten Kongress und Senat im *USA Patriot Act* auf einen Teil ihrer Machtbefugnisse. Die Grundsätze des aufgeklärten Strafverfahrens stehen nun unter Kriegsvorbehalt: Macht der Justizminister „eine Gefahr für die Sicherheit der Nation" aus, bleiben verdächtige Ausländer ohne Anklage. Wer als Terrorist verdächtigt wird, hat nahezu jeden Rechtsanspruch verwirkt. Von den mehr als tausend Menschen, die nach dem 11. September in den USA festgenommen wurden, sitzen viele immer noch in Haft, ohne die gegen sie vorgebrachte Anklage zu kennen. Weder die Inhaftierten noch ihre Angehörigen erhalten Akteneinsicht. Gibt die Einwanderungsbehörde an, dass sie einen verdächtigen Ausländer für ein Sicherheitsrisiko hält, kann sie ihn selbst dann hinter Gittern festhalten, wenn ein Richter die Freilassung angeordnet hat. Am weitesten geht die Anweisung von Präsident Bush, Terroristen nicht von Zivilgerichten, sondern von militärischen Schnelltribunalen abzuurteilen. Bleibt für US-Bürger mit terroristischem Hintergrund die normale Justiz zuständig, kommen Ausländer künftig vor eine Art von Femegericht. Die ohne Konsultationen des Obersten Gerichtshofs eingerichteten Tribunale können „Terroristen" und „Kriegsverbrecher" auf der Grundlage von geheimen Zeugenaussagen und Beweisstücken verhaften und aburteilen, wobei allein die Exekutive bestimmt, wer Terrorist ist. Sie tagen hinter verschlossenen Türen und können mit einfacher Mehrheit Todesurteile fällen, gegen die es keine Berufung gibt. Indem dem Obersten Gerichtshof sein Amt als höchste Schiedsinstanz faktisch genommen wurde und der Kongress dem Präsidenten quasi diktatorische Vollmachten erteilt hat, ist das Prinzip der Gewaltenteilung grundlegend in Frage gestellt.

Der nationale Sicherheitsstaat

Auch in Deutschland wurden nach dem 11. September die Sicherheitsmaßnahmen verschärft und die Kompetenzen der einschlägigen Behörden gestärkt. Eine Reihe von Gesetzesnovellierungen betreffen den Status und die Aktivitäten nicht-deutscher Bürger, die noch mehr als bisher intensivster staatlicher Überwachung ausgesetzt werden. So wurde das Vereinsprivileg religiöser Gesellschaften aufgehoben und dem §129a StGB – ein Überbleibsel aus der RAF-Zeit – der §129b hinzugesellt, der der Regierung freien strafrechtlichen Zugriff auf ausländische terroristische Vereinigungen ermöglicht. In einer bundes-

weite Rasterfahndung nach „Schläfern" wurden Behörden, Ausbildungs- und Arbeitsstätten verpflichtet, Daten über Personen aus insgesamt 15 Staaten des arabischen Raums zu liefern. Die Ermittlungsrichter folgten dabei nur zwei Vorgaben: „vermutlich islamische Religionszugehörigkeit" und „vermutlich legaler Aufenthaltsstatus in Deutschland". Die Ergebnisse dieser massenhaften Datenerfassung von Ausländern dürften kaum der Strafverfolgung, wohl aber dem Verfassungsschutz dienlich sein.

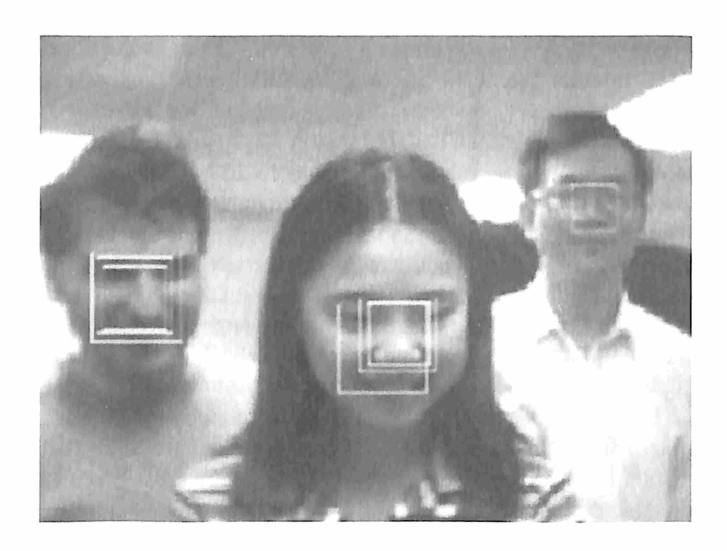
Der Ausbau des Sicherheitsapparates schließt an die „Reformen" der letzten Jahre an: den „großen Lauschangriff", die Einführung der elektronischen Fußfessel für Strafgefangene, die Möglichkeit des „Polizeigewahrsams" zur präventiven Gefahrenabwehr, die Erweiterung der U-Haft-Gründe, das Instrument der Schleierfahndung (verdachts- und anlassunabhängige Personen- und Ausweiskontrollen) und die Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes zum Kontrollorgan gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen.

Dabei folgt der Ausbau des Sicherheits- dem Abbau des Wohlfahrtsstaats, der von der Regierung zugunsten marktregulierter Steuerung fortlaufend forciert wird. Weil die Bevölkerung weiterhin Interventionen der öffentlichen Hand erwartet, suchen Staat und Parteien Legitimation in seiner Kernfunktion, der Gewährung von Ruhe, Ordnung und innerer Sicherheit: Hier wird die anderswo verlorene Handlungsfähigkeit demonstriert. Die erscheint umso nötiger, weil die kapitalistische Restrukturierung eine Gruppe von „Überflüssigen" produziert hat, die dauerhaft für den Arbeitsprozess nicht mehr gebraucht werden. So verstärken sich die Bestrebungen, die „Neue Armut" – offiziell registriert die EU 52 Millionen Arme und drei Millionen Obdachlose – durch intensivere soziale Kontrolle und verstärkte Repression ordnungspolitisch zu regulieren. Die Polarisierung der Gesellschaft wird zum Sicherheitsrisiko, Sozialpolitik zu einer Form präventiver Kriminalpolitik und „Regieren durch Law-and-Order" zur Quintessenz der neoliberalen Gesellschaft. Dabei hält das neoliberale Regime die Individuen verstärkt dazu an, sich aktiv an der Lösung von Problemen zu beteiligen, die bisher von spezialisierten und autorisierten Staatsapparaten reguliert wurden. Als Reaktion auf die Wirkungen von Deregulierungs- und Flexibilisierungsprogramme verstärken sich gesellschaftliche Strömungen, die den Verlust bestimmter Normalitätsstandards oder die Bedrohung des eigenen sozialen Status durch Diskriminierung und Ausschließung bearbeiten wollen, die durch harte Grenzziehung und rigide Normativität legitimiert werden und in den subalternen Klassen ihr bevorzugtes Objekt haben. Das strategische Moment der Law and Order-Kampagnen besteht deshalb darin, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, den Anspruch auf Anerkennung von sozialen Rechten zu beschneiden und den Zugang zu materiellen Ressourcen zu begrenzen.

Obwohl Repression und Exklusion überall und unabhängig von regierungspolitischen Konstellationen zunehmen, ist die Kriminal- und Strafpolitik der USA mit 650 Strafgefangenen pro 100 000 EinwohnerInnen exzessiv (vgl. Schweden 59, Deutschland 90) Der Ausbau der Strafjustiz verlief synchron zur Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Abschaffung der öffentlichen Unterstützungssysteme, wobei sich die Zahl der Gefangenen in den vergangenen 25 Jahren fast verfünffacht hat. Dabei richtet sich der von der Regierung geführte „Krieg gegen die Drogen" so gezielt gegen die arme, vor allem schwarze Ghettobevölkerung, dass der Kriminologe Nils Christie von einem „GULAG Western Style" spricht.

Obwohl im Ausmaß deutlich hinter den USA, stieg die Gefangenenrate in der EU allein zwischen 1990 und 1996 um 21%, auch hier kommt es zum Ausbau von Gefängniskapazitäten bei gleichzeitiger Senkung der Inhaftierungsschwelle. Die unsichtbare Hand des Marktes trägt einen eisernen Handschuh.

Das lokale Kontroll- und Differenzregime

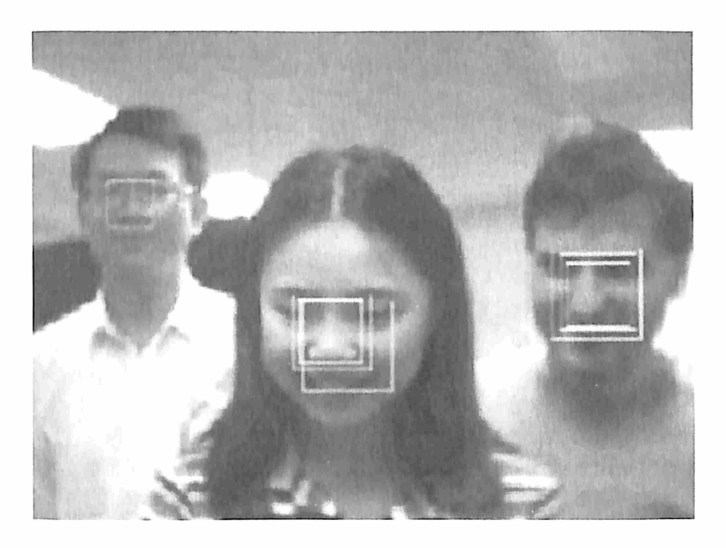


Das urbane System hat in den letzten Jahrzehnten eine grundlegende Transformation erfahren. Waren die Städte in der BRD lange Zeit Zentren des ökonomischen Wachstums und der Prosperität, läßt sich seit den neunziger Jahren eine gegenläufige Tendenz beobachten: Mit dem Niedergang der industriellen Basis und der Aufstieg der Tertiärökonomie hierarchisiert und fragmentiert sich der soziale Raum der Stadt.

Da der Zentralstaat die wachsenden sozialräumlichen Disparitäten nicht mehr ausreichend durch Transferleistungen ausgleichen kann oder will, entwickeln sich die Städte und Re-

Die problematische Authentizität zeitgeschichtlicher Bildberichterstattung, sei es unter politischer Kontrolle, sei es im Widerstand dagegen, steht im Gegensatz zum operativen Wirklichkeitsbezug der Bildverfahren, die für die elektronische Erfassung der Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit verwendet werden und auf die Identifizierung des unverwechselbaren Individuums durch biometrische Verfahren zielen. In der Gesichtserkennung Facial Recognition *wird das Gesicht von*

gionen zu gegeneinander konkurrierenden Unternehmen mit eigener Arbeits-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, die in der Entfaltung und Nutzung sogenannter endogener Potentiale ihre Wettbewerbsbedingungen verbessern und Wachstumsimpulse initiieren müssen. Die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen weicht der marktförmigen Organisation des städtischen Raums, dessen Mobilisierung zur strategischen Ressource der unternehmerischen Stadt wird. Zentrale Bereiche werden zu Standorten der Dienstleistungsökonomie oder zu Konsum- und Erlebnislandschaften der einkommensstärkeren Bevölkerung umgebaut. Die veränderte Dialektik der Produktion des Raums restrukturiert dabei auch das Verhältnis zwischen Macht und Raum. Die materielle und symbolische Herrschaft über den Raum hält unerwünschte Personen und Ereignisse auf Distanz und weist umgekehrt subalternen Gruppen stigmatisierte und entwertete Territorien zu. Wollte der Fordismus den Raum vereinheitlichen, führt der Neoliberalismus zu einem Regime der Differenz, das die Unterschiedlichkeit von Territorien und die



Einzigartigkeit von Orten betont. Die Absicherung exklusiver Räume erfolgt durch Überwachungs- und Kontrollprozeduren, die die Fragmentierung der Gesellschaft territorial fixieren und separierte Zonen herstellen, die sich durch eine jeweils spezifische soziale Kohäsion auszeichnen. Dabei setzen die verschiedenen Kontrollstrategien der neoliberalen Unternehmensstadt im Gegensatz zur paternalistischen Einschließung des Fordismus verstärkt auf den organisierten Ausschluss. Sollen das privat organisierte Territorium der Shopping Malls von der „feindlichen Außenwelt" abgeschirmt werde, müssen unerwünschte Gruppen und Ereignisse durch Wachmannschaften und gezielte Absicherungen bereits im Vorfeld ferngehalten werden, während die Kontrolle der Besucherströme eher unaufdringlich durch Techno-Prävention und eine spezifische Raumgestaltung erfolgt. Gleichzeitig kommt es in den Städten zu einer Renaissance der öffentlichen Ordnung nach dem populären Vorbild der „Null-Toleranz"-Strategie der New Yorker Polizei. Aussagen wie „Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen" signalisieren, dass nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer Interventionen werden. Solche Formen der Überwachung beinhalten Elemente von dem, was Gilles Deleuze als Kontrollgesellschaft bezeichnet hat, in der sich der Kontrollanspruch weniger sanktionierend an die Moral der Subjekte richtet, sondern primär Räume und Situationen sichert.

Die neoliberale Unternehmensstadt bedient sich aber nicht nur entmoralisierter Überwachungstechnologien, sondern greift zugleich auf Diskriminierungs- und Ausschließungspraktiken im 19. Jahrhunderts zurück, als mit der Durchsetzung der industriellen Produktion das wachsende städtische Proletariats und pauperisierte Massen das urbane System tiefgreifend umwälzten und das Gesicht der Städte veränderten. Die Mehrheit des Bürgertums nahm Armut nicht als soziales Problem, sondern als sittlich-moralische Verfehlung der Armen wahr. Nachdem der Typus der „gefährlichen Klassen" im 20. Jahrhundert zugunsten sozialstaatlicher Normalisierungsstrategien zurückgedrängt wurde, formieren sich Obdachlose, Drogenkonsumenten und junge MigrantInnen im Blick der Ordnungskräfte, Behörden und der Mehrheit der Bevölkerung wieder zu unerwünschten Gruppen, deren Verhaltensweisen im öffentlichen Raum durch Moral- und Sauberkeitskampagnen und den Zugriff des „strafenden Staates" auch normativ reguliert werden sollen.

Eine Analyse die Sicherheits- und Ordnungspolitik darf den Blick aber nicht allein auf die Überwachungs- und Unterwerfungspraktiken richten. Sie läuft Gefahr, damit die Imperative der Macht zu bestätigen und suggeriert eine Homogenität des sozialen Raumes und der Kontrolle, die gerade in Zweifel zu ziehen wären. Der städtische Raum bleibt stets ein umkämpftes Feld. Trotz der „Krise der Stadt" und im Wissen um die eigene politische Marginalität gilt es an einem Verständnis des Sozialen als Entfaltungs- und Möglichkeitsraum festzuhalten. Dabei muss man vor allem das „Recht auf Stadt" und das „Recht auf Abweichung" hervorheben: Das Recht, nicht von städtischer Zentralität ausgeschlossen und in diskriminierende Randzonen abgedrängt zu werden, und das Recht, sich nicht den Vorgaben homogenisierender Mächte unterwerfen zu wollen. Die Stadt kann so als ein Raum verteidigt werden, von dem aus auch der nationale Sicherheitsstaat und der globale Ausnahmezustand angefochten werden können.

Klaus Ronneberger *lebt in Frankfurt und arbeitet in der Gruppe Nitribitt/Frankfurter Ökonomien. Zusammen mit Ellen Bareis, Walther Jahn und Stephan Lanz veröffentlichte er: Fragmente städtischen Alltags, in: Widersprüche Heft 78/2000.*

infraroten Strahlen abgetastet, die auf vermessende Sensoren zurückgeworfen werden. Die relationalen Abmessungen verarbeitet ein digitales Programm, das die unverwechselbare Physiognomie numerisch archiviert und mit neuen Visierungen vergleichbar macht. In der Iris-Erkennung Iris Recognition *liefert die videoelektronische Erfassung der farbig modulierten Regenbogenhaut eine physiologische Identifikation, die sich ebenfalls archivieren lässt.*

Strategen der Apokalypse

Der politische Islam der Hamas und die Selbstmordattentate

Von Alexander Flores

Immer wieder sorgen die terroristischen Anschläge der Hamas im Nahostkonflikt für Schlagzeilen. Wenig bekannt sind allerdings deren Hintergründe. Woher kommt diese Organisation? Was sind ihre ideologischen Grundlagen? Wie stark ist sie in der palästinensischen Bevölkerung verankert? Alexander Flores gewährt einen Einblick.

Die palästinensische Organisation oder Bewegung „Hamas" ist eine islamistische Organisation. Der Islamismus, auch politischer Islam oder islamischer Fundamentalismus genannt, kommt heute beinahe überall vor, wo es Muslime in nennenswerter Zahl gibt. Er muss vom Islam als solchem allerdings genau unterschieden werden. Dieser ist eine weltumspannende Religionsgemeinschaft, in die man üblicherweise hineingeboren wird, deren Ansprüche an ihre Angehörigen bescheiden und allgemein sind und in der sich ebenso vielgestaltige Lebensformen, Haltungen und Verhaltensweisen finden wie in anderen Religionen vergleichbarer Größenordnung. Der Islamismus dagegen ist eine Bewegung neueren Datums, die bei aller Vielfalt und Bandbreite doch verhältnismäßig gut abgrenzbar ist und ganz bestimmte Hintergründe, Ziele, ideologische Züge sowie Organisations- und Bewegungsformen hat.

Die Muslimbrüder und das Recht der Scharia

Die Entstehung und Erstarkung des Islamismus ist im Zusammenhang mit der zunehmenden Erfassung islamischer Länder durch Modernisierungsprozesse unter westlichem Vorzeichen zu sehen, von denen in den betroffenen Ländern nur Minderheiten profitierten, während große Teile der Bevölkerung sich an den Rand gedrängt sahen. Diese missliche Lage breiter Kreise, gepaart mit der deutlichen Abhängigkeit islamischer Länder von den westlichen Zentren der Entwicklung, wird häufig mit der überlegenen Position der islamischen Welt in den frühen Stadien der islamischen Geschichte kontrastiert; der Niedergang wird dann auf das Entschwinden des Islam als gesellschaftlich verbindliche Lebensregel zurückgeführt. Dieser Gedankengang war in der arabischen Welt schon im 18. Jahrhundert verbreitet, gewann vor allem aber mit dem größer werdenden westlichen Einfluss im 19. Jahrhundert an Überzeugungskraft. Ihm entsprach zuerst die Forderung nach dem Festhalten am Islam und schließlich die nach einer Neugewinnung des Islam. Im 20. Jahrhundert wurde diese Forderung zum Hauptkennzeichen einer politischen Bewegung: eben des Islamismus. Die erste wichtige islamistische Organisation, die der ägyptischen Muslimbrüder, entstand 1928. In den folgenden Jahrzehnten erstarkte sie und breitete sich auf die umliegenden Länder aus. In den 1970er Jahren kam es zu einer weiteren Intensivierung und Verbreitung der Bewegung.

Die Islamisten wollen die Wiedergewinnung des Islam als Lebensregel der Muslime; gegebenenfalls soll das auch gewaltsam erzwungen werden. Daher kommt die Forderung nach einer islamischen Ordnung oder einem islamischen Staat. Wie der aussehen soll, darüber gibt es bei den Islamisten große Meinungsverschiedenheiten. Auf jeden Fall aber soll er durch die Geltung des islamischen Rechts, der Scharia, gekennzeichnet sein. Diese war ja im Zuge der Modernisierung der arabischen Gesellschaften in aller Regel von westlich inspiriertem positiven Recht abgelöst worden. Das soll nach dem Willen der Islamisten nun rückgängig gemacht werden.

Auch die Aktions- und Organisationsformen der Islamisten sind durchaus unterschiedlich. Man fasst sowohl reformerische wie auch radikal umstürzlerische Aktionen ins Auge, d.h. Predigten, mediale Beeinflussung oder die Teilnahme am legalen politischen Leben, etwa bei Parlamentswahlen sind ebenso Teil des Aktionsrepertoires wie eine gezielte Abschottung von der Gesellschaft, der Aufbau einer kleinen, „idealen" islamischen Gesell-

schaft oder die gewaltsame Eroberung der Staatsmacht zur islamischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft. Diese beiden Vorgehensweisen schließen sich nicht aus: Sie können nebeneinander oder abwechselnd bei ein und derselben Organisation vorkommen. Meist aber lassen sie sich verschiedenen Teilen der islamistischen Bewegung zuordnen: ihrem integrationswilligen Mainstream auf der einen, ihren radikalen, meist tief im Untergrund agierenden Teilen auf der anderen Seite.

Die Ideologie der Islamisten betont die Notwendigkeit einer öffentlich sanktionierten Regelungsfunktion des Islam; bedauert, dass diese durch die Außerkraftsetzung der Scharia abhanden gekommen sei, bekennt sich zur Gegnerschaft gegen den Westen, dem außerdem unterstellt wird, von grundsätzlichem Hass gegen den Islam getrieben zu sein, zur Gegnerschaft gegen Israel, den Zionismus und die Juden, wobei oft keine Unterscheidungen



gemacht und „den Juden“ eine generelle Hegemonie über den Westen zugeschrieben wird. Dieses Motiv knüpft an religiös motivierte Judenfeindlichkeit an, die es in dem breiten Spektrum islamischer Überzeugungen neben einer positiven Haltung zu den Juden durchaus gab und gibt, macht aber auch kräftige Anleihen beim modernen europäischen Antisemitismus; etwa bei den „Protokollen der Weisen von Zion“.

Der Islamismus betont die religiöse Identität und weltweite Solidarität der Muslime. Als seinen Aktionsraum versteht er die gesamte islamische Welt. Von daher sieht er sich in ausgesprochenem Gegensatz zu jedem Nationalismus und bekämpft diesen scharf – zum Beispiel den arabischen Nationalismus. Andererseits sind die Islamisten in jedem einzelnen Land gezwungen, sich dem Rahmen und der Dynamik der Politik anzupassen, und die ist in aller Regel nationalstaatlich geprägt. Daraus folgen dann oft auch für die Islamisten Konzessionen an nationalistische Programmatik und nationale Ziele, wenn auch meist in islamistischer Sprache formuliert. Die Wendung gegen den Westen erfolgt bei den radikalen Islamisten oft mit antiimperialistischer Argumentation, die bei Austausch einiger Begriffe geradezu marxistisch anmuten würde. Gelegentlich wird der Islamismus daher auch mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie verglichen.

Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, dass bei aller Ähnlichkeit der Weltsicht und Übereinstimmung in den „großen Zielen“ die islamistische Bewegung doch ein sehr vielfältiges Phänomen ist. Da wirken sich die Unterschiede der jeweiligen „nationalen“ Rahmenbedingungen aus, und da stellt man auch eine größere Bandbreite der politischen Positionen fest – von gemäßigten, integrationsbereiten Kräften, meist das Gros der Bewegung, bis hin zu radikal oppositionellen Kräften, die sich in der Regel scharf gegen die Regierungen der eigenen Länder wenden und deren extremistischer Rand den internationalen Terrorismus der letzten Jahre stellt.

Die Verankerung in Palästina

Wie bei islamistischen Organisationen allgemein spielt auch im Zusammenhang mit „Hamas“ der nationale Rahmen eine ganz entscheidende Rolle. Hamas ist unter den PalästinenserInnen im Gazastreifen und in der Westbank (einschließlich Ostjerusalems) und in gewissem Maß auch in der Diaspora aktiv, wobei es sich dort (in Amman und Damaskus) meist nur um den exilierten Teil der Führung handelt. Auch bei den PalästinenserInnen in Israel gibt es Islamisten, die sich aber anders nennen und unter anderen Bedingungen handeln. Hamas ist die Abkürzung der arabischen Bezeichnung für „islamische Widerstandsbewegung“ und bedeutet Eifer bzw. Enthusiasmus. Hamas ist aus dem palästinensischen Zweig der Muslimbrüder hervorgegangen, den es schon seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts gibt und der auch schon vor der Besetzung von 1967 aktiv war: legal in der West-



bank, die seinerzeit zu Jordanien gehörte, strikt illegal im ägyptisch besetzten Gazastreifen. Auch nach der Besetzung taten die Muslimbrüder trotz der betont antiisraelischen, ja antijüdischen Züge ihrer Ideologie praktisch wenig gegen die Besatzung. Sie bemühten sich vielmehr darum, islamische Werte zu predigen und einen islamischen Verhaltenskodex durchzusetzen. Darüber hinaus bemühten sie sich, ihren eigenen Einfluss in der Gesellschaft gegenüber anderen politischen Organisationen auszuweiten. Im Gegensatz zu den nationalistischen Gruppen, die sich der PLO zurechneten und im Widerstand aktiv waren, waren die Muslimbrüder seinerzeit nicht so stark von israelischer Unterdrückung betroffen. Den Besatzungsbehörden war es vielmehr lieb, dass hier ein Gegengewicht gegen die Nationalisten bestand, und so begünstigten sie die Islamisten oft regelrecht bei ihrem manchmal gewaltsamen Vorgehen gegen die Nationalisten.

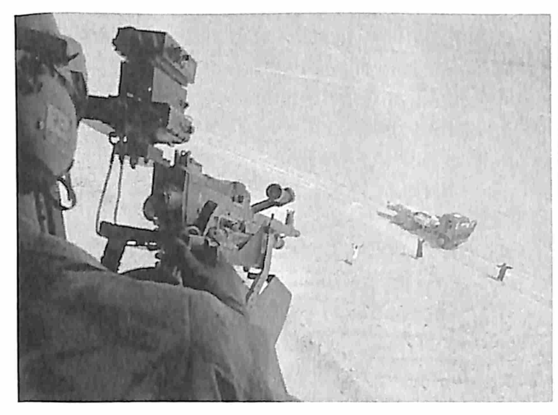
Nun ist die Situation der palästinensischen Gebiete seit 1967 – und bei allen Veränderungen im Grunde bis heute – eine Besatzungssituation, die nie die Zustimmung nennenswerter Teile der palästinensischen Bevölkerung gefunden, sondern

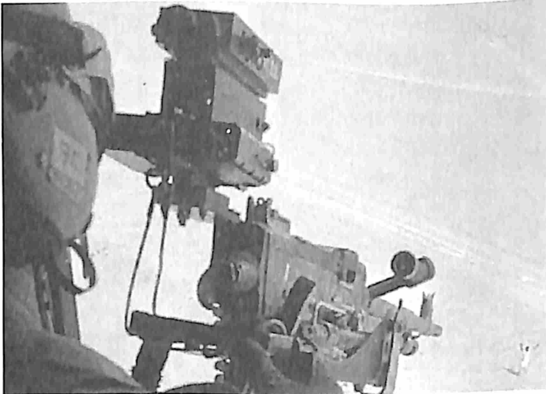
Entscheidend ist die Überführung dieser Verfahren aus der medizinisch-naturwissenschaftlichen Sphäre in die der politischen Personenkontrolle.

immer Ablehnung und Widerstand hervorgerufen hat. Dieser Umstand trieb den Nationalismus gleichsam naturwüchsig hervor, und das musste die nationalistischen Kräfte begünstigen und die Islamisten, erklärte Anti-Nationalisten, benachteiligen. Wenn die Muslimbrüder sich dennoch in gewissem Maß verankern konnten, lag das daran, dass sie als einheimische Kraft wahrgenommen wurden, dass sie effiziente Sozialarbeit leisteten und dass politischer Stillstand die Perspektiven ihrer nationalistischen Konkurrenten verschwimmen ließ. Wenn bei den PalästinenserInnen die Hoffnung auf Befreiung, nationalistischer Enthusiasmus und entsprechende Mobilisierung überhand nahmen, gerieten die Muslimbrüder an den Rand. Das wurde im Verlauf der 80er Jahre zunehmend deutlich, als sich studentische Milieus im Umfeld der Muslimbrüder radikaler äußerten, unzufriedene Mitglieder die Organisation verließen und eigenständige Aktionen starteten, wie z.B. die Gründung von „Jihad islami", und sich auch außerhalb der Organisation religiös motivierter Aktionismus bemerkbar machte.

Die Juden als ewige Feinde

Dies alles zwang die Muslimbrüder, ihre Programmatik und Aktionsformen in gewissem Maß der nationalistisch aufgeladenen Atmosphäre anzupassen. Sie taten das in den ersten Stadien der (ersten) Intifada gegen Ende des Jahres 1987, als die Wogen der nationalistischen Mobilisierung mit dem entsprechenden Enthusiasmus hochschlugen. Hätten die Muslimbrüder sich hier nicht beteiligt, wären sie wohl völlig marginalisiert worden. Sie traten unter dem neuen Namen Hamas auf – wohl, um im Fall des Misserfolgs eine Rückzugsmöglichkeit zu haben. Sie beteiligten sich an den Massenaktivitäten der Intifada und stellten sich hinter die nationalistischen Forderungen, die sie allerdings in islamischer Sprache formulierten. Der grundsätzliche Unterschied in den Konzeptionen zwischen den Nationalisten der PLO und den Islamisten der Hamas blieb bestehen. Wo die Nationalisten den Gegensatz zwischen Israel und den PalästinenserInnen als politischen Konflikt verstehen, d.h. als scharf, aber doch im Prinzip regelbar, stellt ihn Hamas als einen religiösen Gegensatz zwischen Juden und Muslimen hin, der seit Muhammad andauert und bis zum Jüngsten Tag dauern wird. Die „Charta" von Hamas (August 1988), ihr wohl wichtigstes programmatisches Dokument, kennzeichnet die Juden als ewige Feinde der Muslime und verdammt ausdrücklich die Preisgabe





irgendeines Teils von Palästina sowie jegliche Option auf Verhandlungen mit Israel.

Dass Hamas gegenüber allen Verhandlungen und Kompromisslösungen mit Israel die Fundamentalopposition bildet, hat der Organisation besonders seit der Vereinbarung von Oslo, also seit der prinzipiellen Verständigung der PLO mit Israel über eine friedliche Regelung des Konflikts, eine besondere Bedeutung verschafft. Hamas tritt seitdem als konsequenteste Gegnerin dieser Vereinbarung auf und kann so von der Enttäuschung über die Ergebnisse des Prozesses profitieren. Für Israel haben sich mit der Einigung von Oslo die Rollen seiner palästinensischen Feinde vertauscht: Waren vorher die Nationalisten der heftig bekämpfte Hauptfeind, die Islamisten dagegen als deren Konkurrenten oft geradezu willkommen, war jetzt die PLO der Verhandlungspartner, Hamas dagegen die terroristische Bestie, die mit allen Mitteln bekämpft wurde (und immer noch wird).

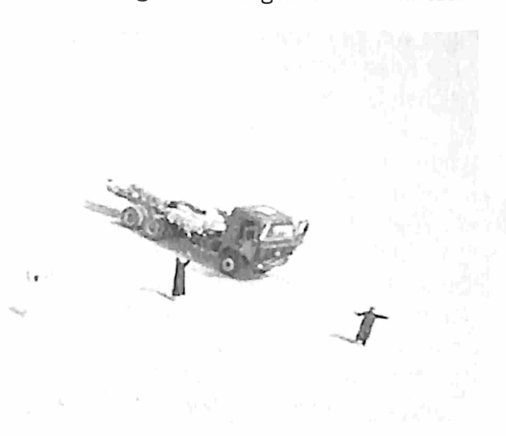
Der Aufschwung nach dem Scheitern von Oslo

Vor dem Oslo-Prozess konnte der feste SympathisantInnenstamm von Hamas mit aller Vorsicht auf 10 bis 15% der palästinensischen Bevölkerung geschätzt werden. Seitdem dürfte er wegen der Enttäuschung über Oslo und anderer Entwicklungen größer geworden sein: Durch Sozialarbeit, finanzielle Unterstützung Bedürftiger und den Ruf, weit weniger korrupt zu sein als die von Arafat geleitete palästinensische Autonomiebehörde, konnte Hamas sich gut verankern. Die Ausweitung ihres Einflusses hielt sich allerdings in Grenzen, da die Etablierung der palästinensischen Behörde mit ihren erheblichen Unterdrückungs-, Bestechungs- und Kooptationsmöglichkeiten ihm entgegenwirkte. In Zeiten großer Frustration konnte aber die Zustimmung zu Hamas weit über ihren Sympathisantenstamm hinaus gehen. Ihr Verhältnis zur PLO und der von ihr gestellten Behörde stellt sie selbst als „brüderlich" dar; sie wirft der PLO nur zu große Kompromissbereitschaft gegenüber Israel und ihren (offiziell) säkularen Charakter vor. Praktisch ist es öfter zu heftigen, auch gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Das konnte auch angesichts der Arafat von den USA und Israel gestellten Aufgabe der Unterdrückung von Hamas kaum ausbleiben. Zu den anderen islamistischen Gruppen (praktisch wohl vor allem Jihad islami) hat sie nach ihrer eigenen Aussage ein Verhältnis von Respekt und Hochschätzung. Konkurrenz und Reibung bleiben aber auch hier nicht aus. Man darf

Das Idealbild einer solchen Bemeisterung der Wirklichkeit durch die Optik verkörpert diese Aufnahme aus dem Irakkrieg vom 30. März 2003. Sie ist aus einem britischen Hubschrauber aufgenommen, dessen elektronische Nahsichtgeräte Fahrzeuge am Boden nach Waffen durchsuchen. Das Nahsichtgerät ist auf ein Maschinengewehr montiert, mit dem der Soldat umstandslos auf das schießen kann, was er damit sieht. Der Fotograf sitzt hinter ihm und richtet seine Kamera an der optischen Waffe aus.

annehmen, dass Hamas wie andere Organisationen ähnlichen Charakters finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien erhält; sie ist organisatorisch in Amman und Damaskus präsent und unterhält auch Beziehungen zu anderen Islamisten vor allem in der Region, allerdings ohne dass das großen Einfluß auf ihre Aktivitäten hat.

In der ersten Zeit nach der Einigung von Oslo stimmten die meisten Palästinenser dieser Einigung zu und knüpften große Hoffnungen an ihre Umsetzung. Das wurde bald anders. Die erwarteten Vorteile verflüchtigen sich angesichts der fortdauernden oder intensivierten israelischen Abschnürungs- und Unterdrückungsmaßnahmen und angesichts des Fortgangs der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten. Gegen Ende der 90er Jahre schwand die Hoffnung weiter, und mit dem Misserfolg der Verhandlungen von Camp David über einen endgültigen Status der Gebiete und dem Ausbruch der neuen Intifada im Herbst 2000 wurde das Scheitern des Prozesses von Oslo offensichtlich.



Die Selbstmordattentate

In diesen Kontext sind die berüchtigten Selbstmordattentate zu stellen, die einen Teil der Aktivität von Hamas ausmachen. Es gibt sie seit 1993, zunächst allerdings sporadisch und mit teilweise langen Pausen zwischen ihnen. Seinerzeit dienten sie der spektakulären Ablehnung des Friedensprozesses, sollten ihn wohl auch stören und taten das auch, wenn Israel mit der erwartbaren Härte antwortete. Manchmal waren die Selbstmordattentate übrigens auch die Antwort auf provokative israelische Aktionen – so etwa nach dem Massaker in der Hebroner Ibrahim-Moschee 1994 und der Ermordung des Hamas-Aktivisten Yahya al-Ayyash Anfang 1996. Der Ausbruch der neuen Intifada war Ausdruck palästinensischer Verzweiflung und Perspektivlosigkeit; die harte Reaktion der israelischen Armee, der viele PalästinenserInnen zum Opfer fielen, verstärkte dieses Gefühl und rief das Bedürfnis nach Rache hervor. Da hinein stieß Hamas mit neuen Selbstmordattentaten, diesmal zahlreicher und in kürzeren Abständen als in den Jahren davor. Wiederum wirkte hierbei die israelische Armee mit, die mit einer Kombination von flächendeckender Unterdrückung und gezielter Ermordung palästinensischer Aktivisten solche Attentate provozierte und gleichzeitig eine Atmosphäre erzeugte, in der sie bei vielen PalästinenserInnen auf Zustimmung stießen – ein zusätzliches Motiv für Hamas (und später auch andere Kräfte), mit den Anschlägen fortzufahren. Selbstmordattentate sind nicht nur unmenschlich; sie treiben auch viele potentiell kritische Israelis in die Zustimmung zur harten Unterdrückungspolitik ihrer Regierung und eskalieren damit den Konflikt. Das sehen auch viele PalästinenserInnen so, und es gibt immer wieder Aufrufe, diese Attentate zu beenden.

Auch andere Gruppen unternehmen Selbstmordattentate, besonders die „Aqsa-Brigaden", militante Kräfte aus dem Umfeld von Fatah. Sie sind weniger zentral koordiniert als Hamas und verstehen ihre Aktionen als Teil einer Guerillastrategie zur Befreiung der 1967 besetzten Gebiete. Nach eigener Aussage beschränken sie die Anschläge auch geographisch auf diese Gebiete. in der Praxis halten sie diesen Anspruch keineswegs konsequent durch. Auch Arafat, der Führer von Fatah, kann sich mit seinen Aufrufen, die Selbstmordattentate zu stoppen, bei den Aqsa-Brigaden oft nicht durchsetzen. Es mangelt offenbar an straffer Organisation, und angesichts der schmerzlich empfundenen israelischen Unterdrückung scheint es schwer, die Aktionen zu beenden, solange Hamas seinerseits das nicht tut. Die Selbstmordanschläge zeugen davon, dass eine größere Zahl von jungen Leuten bereit ist, das eigene Leben und das von ZivilistInnen der „anderen Seite" auszulöschen – ein Hinweis auf die ungeheure Frustration und Verzweiflung bei den PalästinenserInnen unter dem harten Besatzungsregime. Sie erfordern zudem eine gewisse Infrastruktur, also eine Organisation, die nicht aus bloßer Frustration handelt, sondern aufgrund politischen Kalküls. Hamas will mit diesen Akten eine friedliche Regelung sabotieren und vor allem Einfluss gewinnen. Dafür nutzt sie die große Frustration über den Friedensprozess und demonstriert ihre spektakulär bekundete Ablehnung dieses Prozesses und ihre Fähigkeit, „dem Feind weh zu tun". Gleichzeitig richtet sie sich allem Anschein nach darauf ein, in dem im Entstehen begriffenen palästinensischen Staat einen wichtigen Platz einzunehmen.

In den besetzten palästinensischen Gebieten – von autonomen Gebieten kann man derzeit nicht ernsthaft reden – gibt es eine palästinensische Führung, die ihrer Aufgabe, eine erträglichere Situation für die Bevölkerung zu erreichen, nicht gewachsen ist; es gibt eine islamistische Opposition, deren Strategie auf apokalyptischen Vorstellungen beruht, die keinerlei realistische Konzeption zur Regelung des Konflikts hat und die terroristische Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzt; und es gibt eine israelische Politik, die durch ihre Härte und Konzessionslosigkeit eben dieser islamistischen Opposition Glaubwürdigkeit verschafft und AnhängerInnen zuführt. Das beste Mittel, die Zustimmung für Hamas auf den Kreis ihrer festen SympathisantInnen zurückzuführen und ihr den Anreiz zu terroristischen Akten zu nehmen, wäre wohl eine Zwei-Staaten-Regelung – die freilich schwer durchzusetzen ist.

Alexander Flores *ist Nahosthistoriker und Islamwissenschaftler sowie Professor für Wirtschaftsarabistik an der Hoschschule Bremen. Veröffentlichungen: „Intifada", Berlin 1988. „Die arabische Welt – ein kleines Sachlexikon" erscheint im Herbst 2003 bei Reclam in Stuttgart.*

Logik des Fortschritts und Logik des Bruchs

Krieg, Imperialismus, Empire

Von *DeriveApprodi*

Die Bewegung der Multituden hat den Krieg nicht verhindert. Ihre Aktion war eindrucksvoll, aber ohne Biss. Dass nicht wenige glaubten, auf das „alte" Europa, den Chemiker Putin oder China, das Land der Zwangsarbeit, hoffen zu können, entsetzt uns. Nicht zu vergessen, dass „unsere" Regierungen die Zeit der Anti-Kriegs-Demonstrationen nutzten, um „Reformen" durchzusetzen, deren Bedeutung – die Vorbereitung des Ausnahmezustands – die Bewegung nur zum Teil begriffen hat. Nur mäßig fesseln konnte uns auch der Streit um den Charakter des Kriegs. Zumindest in Italien versandete die Debatte in sterilen Entgegensetzungen, nach denen der Krieg entweder als kolonialer bzw. imperialistischer oder als imperialer Krieg bestimmt wurde, belastet mit der Hypothek einer ausschließlich geopolitischen Deutung der gegenwärtigen Umwälzungen der globalen Kräfteverhältnisse. Uns hingegen interessiert nicht die abstrakte Erörterung der Geopolitik, sondern die Erkenntnis, dass und wie Geopolitik die realen Bewegungen – das Leben, nicht nur den Tod – der Frauen und Männer, die von ihr betroffen sind, strukturell unsichtbar macht, indem sie sie der unbestimmten Kategorie der „Zivilbevölkerung" unterordnet, die die Kosten zu tragen hat. – Versuchen wir also, einige Schritte in eine andere Richtung zu gehen.

1. Im Osten nichts Neues?

Die Verfechter der These vom kolonialen oder imperialistischen Charakter des Irakkriegs schreiben den USA eine Geopolitik zu, die auf die dauerhafte Kontrolle des Territoriums durch eine Militärverwaltung oder eine von ihr eingesetzte Regierung ziele. Uns aber scheint, dass der Krieg statt dessen den Vorrang des Zeitfaktors vor der räumlichen Dimension belegt. Tatsächlich geht es nicht um die viel zu kostspielige Dauerkontrolle des eroberten Territoriums, sondern um die militärische Sicherung von Gebieten für eine bestimmte Zeitspanne, in der sie strategisch wichtig erscheinen: Wegen der Ölquellen, der Kontrolle der Energietransportwege und der Bewegungen der Arbeitskraft, wegen der Auslagerung der sozialen Widersprüche des Verwertungsprozesses auf die globale Ebene, wegen des Aufbaus von regionalen Bündnissen nach einem sehr variablen Kalkül. Um das mit einem fotografischen Schnappschuss zu illustrieren: Die Ölquellen und die Grenze nach Syrien werden militärisch überwacht, während die Museen von Bagdad, für die Besatzer ohne Interesse, den Plünderungen freigegeben werden (was die alten Kolonialisten nie gemacht hätten, wenn schon, plünderten sie selbst).

Darin liegt eine Kontinuität zum Zweiten Golfkrieg und den „Operationen" im Kosovo und in Afghanistan, aus der zugleich folgt, dass die Datierung des „globalen Krieges" auf den 11. September der rhetorischen Selbstlegitimation der Bush-Regierung auf den Leim geht. In Wirklichkeit geschieht alles so, als habe sich die US-Administration Hakim Bey's Diskurs von den „Temporären Autonomen Zonen" zu eigen gemacht: Seit Beginn der 90er Jahre werden Kriege *just in time* geführt, als zwar nach wie vor verheerende, doch gerade darin „schlanke" Kriege, die das Territorium einer räumlich und zeitlich befristeten Ausbeutung öffnen und daher auf eine bewegliche Besatzung und rasche Truppenverschiebungen setzen. Die besetzten Gebiete selbst werden baldmöglichst lokalen Potentaten anvertraut, die die Ordnung aufrechterhalten, ohne sich in das strategische *business* einzumischen, das den militärischen Eingriff veranlasst hat.

Andererseits überzeugt uns auch die These vom „Putsch im Empire" nicht. Zum einen verdeckt sie die Kontinuität US-amerikanischer Außenpolitik in den letzten fünfzehn Jahren. Zum andern – wichtiger noch! – beruht sie auf der Vorstellung einer linearen Entwicklung der imperialen Verfassung und da-



mit auf einem Vorurteil der Fortschrittsideologie. Danach widersetze sich der imperialistische und mithin reaktionäre *backlash* der *old economy* der fortschrittlichen und auf lange Sicht siegreichen Tendenz des Empire, die von uns wiederum zu unterstützen sei, weil sie die Produktivkraft der immateriellen Arbeit steigere und uns damit der möglichen Befreiung näher bringe. Sollen wir etwa die „humanitäre" Intervention der NATO im Kosovo neu bewerten, weil sie von dem beruhigenden Lächeln Blairs und Clintons begleitet war, und nicht von dem teuflischen und „präventiven" Grinsen von Bush und Wolfowitz (das Lächeln von Blair ist gleich geblieben, hat sich aber als gespenstisch enthüllt)? Das glauben wir nicht.

Die stürmischen Ereignisse, die uns ins neue Jahrhundert geführt haben, haben jede Vorstellung einer linear voranschreitenden Fortschritts- oder Modernisierungsgeschichte widerlegt. Statt dessen haben die sozialen Kämpfe, die die lange Geschichte der Globalisierung im 20. Jahrhundert vorantrieben und die aktuellen Umbrüche hervorriefen, das langfristige Projekt einer neue Weltordnung in Frage gestellt, das die globalen kapitalistischen Eliten verfolgen. Sofern die Kämpfe zu strukturellen Diskrepanzen zwischen den taktischen Aktionsprogrammen und den strategischen Zielplanungen dieser Eliten führen und Brüche auf jeder Strukturebene des ökonomischen und politischen Systems erzeugen, reagiert die Militärmacht nicht nur auf Engpässe des zeitgenössischen Kapitalismus, sondern auch auf die globale Bewegung. Sie bezeugt, dass das neoliberale Regime der „flexiblen Akkumulation" in seiner ökonomischen und politischen Krise die Flucht nach vorn antritt – was eben etwas anderes als ein linearer Fortschritt ist. Allerdings operiert die Bewegung mit ihren sichtbaren Aktionen bis jetzt vor allem auf der Ebene der politischen Legitimationskrise: Sie verschärft damit zwar die daraus resultierenden Probleme, ist aber nicht imstande, den Vorgriff auf *eine andere mögliche Welt* materialiter wirksam zu machen.

2. Die Dimensionen des imperialen Raums

Wir gehen von drei Dimensionen des imperialen Raums aus. Die erste ist die der kapitalistischen Utopie einer einschließenden Globalisierung, die alles in eine geschichtslose Gegenwart und einen glatten Raum einzwängt. Trotz ihrer materiellen Macht stößt diese Utopie an strukturelle Grenzen, sobald sie sich eine vollständige konstitutionelle Form zu geben versucht. Deshalb wird der glatte Raum des Kapitals ständig von neuen Grenzen zerteilt, nicht nur von staatsräumlichen, sondern auch von Lohngrenzen, die aus dem Zwang einer differenzierten Mehrwertabpressung resultieren und von den multinationalen Konzernen mit ihren Standortwechseln abgesteckt werden. Zugleich bringt die Geschichtslosigkeit des Empire unterschiedliche Geschichtszeiten hervor – das ist der eigentliche Sinn der Rede vom „alten" Europa und ihrer polemischen Umkehrung. Zwischen ihnen öffnet sich die zweite, raum-zeitliche Dimension des Empire, in der innerimperiale Konflikte aufbrechen, die auf den ersten Blick den alten, imperialistischen Konflikten gleichen, und in der gegenwärtig die USA ihren Unilateralismus ausspielen können. Schließlich gibt es eine dritte Dimension, die des Widerstands der Multituden, mit ihrer eigenen territorialen Gliederung und wiederum verschiedenen Geschichtszeiten.

Obwohl die tatsächlich wirkenden Kräftepotenziale der ersten und der dritten Dimension angehören, wäre es eine Verkürzung, einfach die Multituden gegen das Empire zu setzen. Denn deren Antagonismus entfaltet sich *in actu* nur in der zweiten Dimension, in der sich zugleich der Druck aufbaut, der aus dem Krieg gegen den Terrorismus einen permanenten globalen Krieg zu machen droht. Insofern signalisiert die Entgegensetzung von Demokratie und Terrorismus nicht nur die Synthese zweier Nihilismen, nämlich die symmetrische und komplementäre Negativität der Gleichheit vor der Ware und dem Tod, sondern auch eine Reihe von Spaltungen, die das komplexe System der Unterdrückung reorganisieren. Zugleich aber öffnet sie Räume des Widerstands und der Umwälzung. Daher: *tertium datur*, es gibt immer ein Drittes.

3. Neues Rom, altes Europa – zwei Trugbilder

Die mit ökonomischen Argumenten geführte Kritik des Kriegs belegt, dass die dominanten Akteure einerseits des Unternehmertums und andererseits des politisch-militärischen Sektors samt ihrer ideologischen und geopolitischen Helfershelfer nicht dieselben Ziele verfolgen. Dabei haben die letzteren einen weiteren Blick für die Interessen des Systems als die ersteren, weil sie langfristige Entwicklungen antizipieren und nicht bloß den unmittelbar zu erwartenden Gewinn oder Marktanteil im Blick haben. Natürlich können die strategischen Eliten auch deshalb weiträumiger spekulieren, weil für etwaige Schäden zuerst die KonsumentInnen und Investoren aufkommen müssen, während Gewinne und Macht immer an die Führungsgruppen gehen. Das gilt für das unilaterale Abenteurertum der USA ebenso wie für ihre Kontrahenten, die bis jetzt allerdings offensichtlich nicht in der Lage sind, sich einer definitiven Machtprobe zu stellen.





Wir jedenfalls fassen einen Konflikt von langer Dauer ins Auge, der auf verschiedenen Feldern (dem militärischen, dem des Terrorismus, dem der Finanzen und der Kultur) ausgetragen und von anderem Kaliber sein wird als der Feldzug im Irak, dessen kurze Dauer vorhersehbar war. Dabei müssen wir vor allem anderen die kurzsichtige Illusion eines „institutionellen" Gegensatzes zwischen Europa und den USA aufgeben und uns erst recht den unheilvollen Wunschvorstellungen einer Wiederkehr der „guten alten Zeit" des Kalten Kriegs widersetzen, die sogar in der Bewegung zirkulieren. Nicht nur, weil es lächerlich wäre, auf einen europäischen Imperialismus (den Aufstand der Knechte gegen den Imperator) zu setzen, sondern vor allem, weil die auch auf den Druck uns nahestehender sozialer Bewegungen beseitigten Zeiten des Kalten Kriegs den heutigen in keiner Hinsicht vorzuziehen sind. Übrigens wird die erneuerte deutsch-französische Achse – von dem blutleeren Oliven-Bündnis hier bei uns ganz zu schweigen – keine übermäßigen Schwierigkeiten haben, in der globalen Ordnung ihren politischen Platz zu finden, sobald die USA den Schwenk zurück vom Unilateralismus in einen imperialen Multilateralismus vollzogen haben, der in allen strategischen Dokumenten der Bush-Regierung ausdrücklich vorgesehen ist. Tatsächlich weisen sowohl das im September 2000 von den Hyperfalken der christlichen Rechte verfasste Programm *Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century* als auch das regierungsoffizielle Planspiel der *National Security Strategy of the United States of America* vom September 2002 jeden Vergleich zwischen der aggressiven und unilateralen Politik der USA mit dem Unilateralismus früherer Imperien, insbesondere des römischen, entschieden zurück. Zwischen den Zeilen dieser Manifeste wird deutlich, dass und wie gerade die aktive Weltpolitik der präventiven Militärinterventionen nicht auf die einseitige militärische Eroberung und Kontrolle von Territorien aus ist, sondern der Sicherung einer „friedlichen" Weltordnung verpflichtet ist, in der die USA nicht herrschen, sondern führen wollen. Dabei betonen beide Papiere, dass internationale Stabilität nicht auf kurze Sicht zu erreichen ist, sondern eine tiefgreifende Veränderung der ökonomi-

Die videoelektronische Bildtechnologie dient nicht dazu, einer Öffentlichkeit sehender und urteilender Betrachter Bilder vorzuführen, sondern wird in technischen Funktionsabläufen von Kontroll- und Kriegsapparaten eingesetzt, die ihren Wirklichkeitsbezug operativ unter Beweis stellen müssen.





schen, sozialen und politischen Strukturen der instabilen Regionen des Planeten voraussetzt. Von wechselnden *coalitions of the willings* unterstützte Interventionen der überlegenen Militärmacht USA können folglich – daran lassen die Papiere keinen Zweifel – nur dann nachhaltig wirken, wenn sie als Teil eines umfassender angelegten Dispositivs geplant werden, das andere Staaten sowie regionale und übernationale Akteure – vor allem Nicht-Regierungs-Organisationen – mit einbindet. Wird eine solche „Rückkehr zur Politik" vollzogen, ist kaum vorstellbar, dass Deutschland und Frankreich sich abseits halten werden.

4. Clash of Civilizations oder globaler sozialer Antagonismus

Egal, ob sich die Beziehungen zwischen den USA und den regionalen Mächten in der nächsten Zukunft der Perspektive eines partiellen Interessenausgleichs unterordnen oder zu stärkeren innerimperialen Spannungen führen, die Verhältnisse in Afghanistan und jetzt im Irak belegen in jedem Fall, dass wir uns in einer Phase befinden, in der Gebiete mit endemischen Konflikten nach dem Muster des Libanon geschaffen werden. So hat sich in den „islamischen" Ländern in einem Gürtel, der von den Philippinen bis ins subsaharische Afrika reicht, seinen Angelpunkt aber in Saudi-Arabien und in den Emiraten hat, ein transnationales und „post-politisches" Gravitationszentrum herausgebildet, das sich der Sprache des Fundamentalismus bedient und gestützt auf seine Ölrenten eine autonome Einheit bildet. Seine Existenz verstärkt die politischen Schwierigkeiten der „gemäßigten" Regime und gibt der Supermacht USA immer neu Gelegenheit, in der Region einzugreifen. Zugleich spielt sich dieses Machtzentrum als direkter Antagonist der dortigen Bewegung auf. Dabei zeigt die Ermordung unserer GenossInnen Rachel Corrie und Tom Horindal durch die israelische Armee in tragischer Weise, wie sehr alle beteiligten Machteliten die Möglichkeit einer politischen Kommunikation zwischen den Befreiungsbewegungen dieser Region und der globalen Bewegung fürchten, die dem von Seattle über Genua bis zum globalen Anti-Kriegs-Tag des 15. Februar immer lauter artikulierten Appell einer streitbaren Vereinigung des Planeten gegen Herrschaft und Ausbeutung entsprechen würde. Tatsächlich kann allein eine „Bewegung der Bewegungen" die Globalisierung herbeiführen – nicht bloß eine andere Globalisierung als die kapitalistische, sondern die Globalisierung *schlechthin*. Weil diese Potenzialität nun aber ihre Räume und politischen Formen erst finden muss, müssen wir hier die Diskussion über Europa als globalen politischen Raum wieder aufnehmen – jenseits des nostalgischen Kults um die nationale Souveränität, der nur den alten Antiamerikanismus wieder aufleben lässt, und jenseits auch der überstaatlichen Ausrichtung des von der EU verfolgten Projekts einer Europäischen Verfassung. Gegen diesen Umstrukturierungsprozess müssen wir die Forderungen der Bewegung zur Geltung bringen. Gelingt uns dies in einer Weise, die Raum lässt für politisches Experimentieren, kann unsere Tätigkeit als europäische Bewegung auch die Maschine des permanenten Kriegs aufhalten und gleichzeitig den Bewegungen, die sich in anderen Regionen des Planeten entwickeln, eine politische Perspektive anbieten.

Mit einem Wort: Auch wir wissen nicht, ob die Bush-Regierung dabei ist, vor- oder rückwärts zu gehen. Uns stört schon die Form dieser Frage, weil sie sich auf die gängige Idee des Fortschritts bezieht, die ebenso von unseren Gegnern vertreten wird. Wir wissen nur, dass wir in eine andere Richtung gehen wollen. Das ist noch nicht viel, aber es ist auch nicht wenig, wenn es die gemeinsame Willensäußerung von über 110 Millionen Menschen ist.

*Die Zeitung **DeriveApprodi** ist ein Debattenmagazin der postoperaistischen Linken Italiens. In Fantômas 2 veröffentlichten wir Beiträge von Sandro Mezzadra und Paolo Virno, die der Redaktion der Zeitschrift angehören.*
www.deriveapprodi.org;
info@deriveapprodi.org
Deutsche Bearbeitung: Gisbert Broggini

Neue Weltordnung oder alter Imperialismus?

Der Irakkrieg und die Debatte um Empire

Ein Gespräch mit Thomas Seibert

Nachdem sich Hype und Antihype um Michael Hardts und Toni Negris *Empire* verbraucht haben, kommt die produktive Diskussion um das Buch endlich in Gang. Weil unser letztes Heft – *Fantômas* 2: Macht, Leben, Widerstand – dabei eine wichtige Rolle spielt, lud Tom Binger vom sozio-kulturellen Zentrum Zeche Carl in Essen drei *Fantômas*-RedakteurInnen ein, auf einer Veranstaltungsreihe zum Thema mitzudiskutieren. Am 13. Mai sprachen Erika Feyerabend und Stefanie Graefe zu Biomacht und Geschlechterverhältnis im Empire und zur Eröffnung der Reihe am 18. März Thomas Seibert zum Thema „Neue Weltordnung oder alter Imperialismus?" Vor der Veranstaltung führte Tom Binger im Radio *Neue Essener Welle* ein Interview zu dieser seit dem Irakkrieg noch wichtiger gewordenen Frage.

Tom Binger: *In ihrem Buch über die Neue Weltordnung behaupten Michael Hardt und Toni Negri, dass das Zeitalter des klassischen Imperialismus zu Ende sei. An die Stelle der alten, an souveräne Nationalstaaten gebundenen Form der Macht trete das Empire als transnationales Herrschaftsnetzwerk ohne örtliches Machtzentrum. Was bleibt von dieser Hypothese nach den Attentaten vom 11. September und den Kriegen in Afghanistan und Irak?*

Thomas Seibert: Die Hypothese bestätigt sich, und zugleich wird deutlich, dass sie präzisiert werden muss. Zuerst ist festzuhalten, dass in dem Buch nicht von einer bereits vollendeten neuen Weltordnung, sondern von Übergängen die Rede ist, was ja auch im Titel der wichtigsten Kapitel deutlich wird, wo von „Passagen der Souveränität" und „Passagen der Produktion" die Rede ist. Es geht also weniger um eine Epochenfolge als um einen offenen Transformationsprozess, der auch und gerade im Irak ausgefochten wird zwischen und in den verschiedensten Parteien. Sofern es im Irak und überhaupt im „lang anhaltenden Krieg gegen den Terrorismus" um die effektive Durchsetzung von Weltordnung geht, wird dort ein imperialer Krieg im Sinne Hardts und Negris geführt, und doch spielen gleichzeitig Phänomene eines klassisch imperialistischen Konfliktes eine wesentliche Rolle. Beides durchmischt sich, das ist der Übergang, und davon handelt Empire, nicht nur in der Frage von Krieg und Frieden.

Ist die aktuelle Weltlage nicht primär durch eine Neuaufteilung der globalen Einflusssphären und damit von nationalen Eroberungen und Konkurrenzen geprägt? Ist nicht die Regression zum klassischen Imperialismus der augenblicklich dominante Aspekt?

Sicherlich gibt es weiterhin die klassische innerimperialistische Konkurrenz, in der verschiedene imperialistische Mächte im Versuch der Aneignung fremder Territorien und deren Rohstoffen, Märkten und Arbeitskräften miteinander in Konflikt geraten, im Zugriff sagen wir auf Öl, aber auch im Abstecken von geopolitischen Einflusssphären. Gleichzeitig geht es aber darum, eine souveräne Macht einzusetzen, die Weltordnung schafft, für diese Weltordnung einsteht und sie garantiert. Und da spielen nicht nur der militärisch-industrielle Komplex, das Ölkapital und die Sicherheits- und Machteliten der USA, sondern ein Netz ganz unterschiedlicher Mächte mit: Nationalstaaten verschiedenster Ordnung, suprastaatliche Institutionen wie die UNO oder die NATO, andere Kapitalfraktionen, aber auch die Hilfsorganisationen oder die Medien und medial vermittelte Öffentlichkeiten. Obwohl sich die Dominanzmächte USA und EU im gemeinsamen Interesse an einem globalen Gewalt- und Kontrollmonopol verbunden sind, konkurrieren sie miteinander um die genaue Form, in der dieses Monopol eingesetzt und ausgeübt wird, und um die Rolle, die ihnen dabei zukommt. Das ist aber keine innerimperialistische, sondern eine innerimperiale Konkurrenz, weil in ihr die Souveränität der Weltordnungsmacht ausgefochten wird. Hardt und Negri haben niemals gesagt, dass sich das dezentrierte Netz imperialer Macht konfliktfrei knüpft, im Gegenteil, vielleicht werden darum härtere Kämpfe geführt werden als zwischen den alten nationalstaatlichen Imperialismen.

An welche Konflikte denkst du dabei, im Bezug auf die gegenwärtigen Kriege, im Bezug aber auch auf das Verhältnis USA-EU?

Walter Benjamin visiert in seinem Essay Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit *(1935) die Darstellung der Massen durch den Film als Grenzwert einer Bildkunst an, die den Menschen die visuelle Selbsterfahrung ihrer Lebens- und Klassenwirklichkeit ermöglicht. Der Satz „Jeder Mensch hat einen Anspruch gefilmt zu werden" fasst dieses Ideal zusammen. Heute verwirklicht die digitale Bildtechnologie Benjamins Idee in einer Weise, die mit seiner emanzipatorischen Intention nichts zu tun hat. Die immer weiter verbreiteten digitalen Filmkameras ermöglichen dem Massenpublikum zwar die Betrachtung des eigenen Lebens auf dem Fernsehbildschirm, halten ihm aber lediglich priva-*

Im aktuellen Krieg geht es nicht um die imperialistische Aneignung des Iraks bzw. der Region des Mittleren und Nahen Ostens durch die USA, selbst wenn ihre spezifischen Interessen dabei – im Zugriff auf die Bedingungen des internationalen Ölhandels oder im Zugriff von US-Firmen auf das Wiederaufbaugeschäft – auch eine Rolle spielen. Statt dessen geht es darum, eine der zentralen Gefahren für den Fortgang kapitalistischer Globalisierung insgesamt, nämlich die ineinander verwobenen Konflikte dieser Region, unter Kontrolle zu bringen. Um das tun zu können, muss installiert werden, was ich eben als globales Gewalt- und Kontrollmonopol bezeichnet habe: eine Form der Souveränität, die erst und gerade unter Aushebelung nationalstaatlicher Souveränität global Ordnung schaffen, Recht setzen, Grenzen ziehen kann. Dazu müssen alte Rechtsordnungen beseitigt, alte Grenzen überschritten werden, dazu müssen die geeigneten Akteure – die USA, die EU, die NATO, subalterne Mächte der Region – erst zusammengebracht und bestimmte andere Akteure – gestern das irakische Regime, im nächsten Schritt die palästinensische Nationalbewegung und morgen vielleicht die Diktaturen in Damaskus und Teheran – ausgeschaltet werden.

Notwendig ist das deshalb, weil das Kapital sich jedenfalls tendenziell von seiner Bindung an nationalstaatliche Territorien gelöst und einen deterritorialisierten Weltmarkt geschaffen, dabei jedoch ganze Regionen der Erde mitsamt ihren Ressourcen und Bevölkerungen weitgehend außer Wert gesetzt hat. Daraus resultiert eine strukturell verfestigte Verelendung von Millionen und eine Desintegration ganzer Gesellschaften. Das schafft Gefahren für den ganzen Prozess, z. B. die verwilderte Gewalt von Bürgerkriegsökonomien, die ja kein Außen sondern die barbarisierte Rückseite des Weltmarkts bilden, das provoziert nihilistische Angriffe von Desperado-Eliten wie Al Qaida, da gibt es die Netze der „organisierten Kriminalität", aber auch unkontrollierbare Migrationsbewegungen millionenhaften Ausmaßes, ökologische Katastrophen, schließlich auch tendenziell antagonistische Revolten wie in Genua oder Buenos Aires. Dafür müssen Lösungen gefunden werden, die der globalen Integration des Verwertungsprozesses dienen, nicht in einem funktionalistischen Sinn, sondern nach den gegebenen Kräfteverhältnissen. Darum geht es im Irakkrieg, darum ging es in Afghanistan und in Jugoslawien, wo die imperiale Militärmaschinerie zum ersten Mal offiziell und koordiniert zum Einsatz kam, in der militärischen Aktion wie im Aufbau der Protektoratsverwaltungen, die eben nicht nationalimperialistische Kolonien, sondern abgegrenzte Zonen des Empire regulieren.

Seit dem Ende der alten Kalte-Kriegs-Weltordnung ist Krieg wieder zu einem weithin akzeptierten Mittel der Politik geworden. Worin besteht die neue Rolle und der neue Charakter des Krieges im Empire?

Der klassische Krieg wurde erklärt und irgendwann wieder beendet. Heute haben wir den „langanhaltenden Krieg gegen den Terrorismus", der weder regional begrenzt noch zeitlich befristet ist. Dieser Krieg wird im globalen Maßstab geführt, und er wird nicht mehr zwischen Staaten, sondern auf allen Ebenen von Koalitionen unter Einschluss nicht-staatlicher Akteure – Warlords, Clanchefs, Söldner, aber auch Hilfsorganisationen und suprastaatliche Institutionen unterschiedlichster Art – geführt. Es ist definitiv kein imperialistischer Raubkrieg, da werden keine Kolonien erobert, da werden nicht einmal Kompradorenbourgeoisien „nachholender Entwicklung" installiert. Zentral bei all dem ist: Es gibt keine Differenz mehr zwischen einer Polizeiaktion und einer militärischen Aktion, sondern fließende Übergänge zwischen ‚low-intensity'-Militäreinsätzen und ‚high-intensity'-Polizeioperationen. Insofern gibt es sogar einen qualitativen Zusammenhang zwischen den Kriegen in Jugoslawien, der Aktion gegen Afghanistan, den fortgesetzten Eingriffen in Lateinamerika und Genua. Hier liegt ein strukturiertes Kontinuum vor, das Robert Kurz treffend im Begriff des „Weltordnungskriegs" fasst.

Auch auf der legitimatorischen Ebene haben wir es mit einer entscheidenden Veränderung zu tun. Einerseits gibt es eine Banalisierung des Krieges, der eher einer polizeilichen Razzia in der no-go-area einer amerikanischen Großstadt ähnelt. Man geht irgendwo hin, wo eine Gang ist, die ein Sicherheitsrisiko darstellt, weil ihre Verwilderung politisch inakzeptabel geworden ist – die Taliban oder die somalischen Clans – oder weil sie Ansprüche stellt, denen man nicht nachkommen will oder kann – Saddam, aber auch Milosevic. Man straft die Unruhestifter ab, liquidiert ein oder zwei Chefs, befördert andere an ihre Stelle und zieht sich zurück. Es geht um die Kontrolle der globalen favelas, nicht um ihre Beseitigung, auch nicht um ihre systematische Ausbeutung und schon gar nicht um „Modernisierung" oder „Entwicklung" – das ist vorbei. Wenn nötig wird ein Protektorat installiert, zur selektiven Aneignung bestimmter Ressourcen und um die Elendsbevölkerungen an der Migration zu hindern, auch aus legitimatorischen Gründen.

Gleichzeitig kommt es zu einer fürchterlichen Überhöhung des Krieges, weil es jetzt so etwas wie einen absoluten Feind und deshalb auch den uneingeschränkt „gerechten Krieg" gibt, der nur gegen einen solchen Feind geführt werden kann. Das ist der Unterschied zwischen dem islamistischen „Terrorismus", der zum absolut Bösen stilisiert wird, und der Art wie früher die Sowjetunion als Gegner konstruiert wurde. Sie war die konkurrierende Macht, man musste gegen sie die Freiheit verteidigen. Aber niemand hat ihr unterstellt, dass sie Anthrax und Pockenviren streuen würde. Das unterstellt man aber dem „Terrorismus", der insofern den unbedingten Feind darstellt, gegen den die Souveränität einen „gerechten Krieg" geführt.

Hardt/Negri formulieren wörtlich: „Die Vereinigten Staaten bilden nicht das

te Spiegel vor. Die Bilder gelangen an keine Öffentlichkeit, in der die Individuen ihr eigenes Bild in einem intersubjektiven Bild der Gesellschaft mit anderen teilen müssten. Jenseits der privaten Sphäre steht die aufgezwungene Videoüberwachung der Menschen in der Öffentlichkeit, deren Bilder sie niemals zu Gesicht bekommen: ihr Ziel ist nicht die Darstellung der Massen, sondern deren Auflösung in zahllose Individuen, die sich identifizieren lassen, damit man über sie verfügen kann.



Zentrum eines neuen imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage." Angesichts der aktuellen aggressiven Außenpolitik der Bush-Administration spricht Toni Negri jetzt aber von einem „imperialistischen Backlash". Wie passt das zusammen?

Für Hardt/Negri sind die USA von Anfang an eine qualitativ andere Macht als die europäischen Nationalstaaten, die jeweils für sich und in Konkurrenz zu anderen Mächten versucht haben, Einflusszonen aufzubauen und sich exklusiv Territorien, Rohstoffe und Märkte anzueignen. Die USA haben das zwar auch getan, zugleich aber als Staat einer weißen Dekolonisation ein ganz anderes Projekt vertreten: nämlich einen großen Raum zu schaffen, in dem eine transnationale Form von Souveränität ausgeübt wird. Die USA verstanden sich von Anfang an als die Macht, die die Integration dieses Raums und damit die Verwertungsbedingungen von Kapitalismus militärisch sichert und zugleich die ideologische Referenz von Freiheit, Menschenrecht, Demokratie und Freihandel setzt. Hardt/Negri haben aber auch ausführlich beschrieben, dass die Frage ‚Imperialismus oder Empire?' in den USA stets umkämpft war: Es gab und gibt die ständige Versuchung, auf eine imperialistische Position im klassisch europäischen Sinne zurückzufallen. Dass man jetzt glaubt, Empire die eher imperialistische Ausrichtung der Bush-Administration vorrechnen zu können, mitsamt dem triumphalen Verweis auf deren Verbindung zum Ölkapital, belegt doch nur, wie schlecht man das Buch gelesen hat – wenn man es überhaupt gelesen hat. Der „imperialist backlash" ist nicht die Ausrede eines Theoretikers, der von der Wirklichkeit „entzaubert" wird, sondern wesentliches Moment der in dem Buch analysierten Sonderrolle der USA unter den imperialen Dominanzmächten. Dasselbe gilt für die Kritik, die dem Buch so etwas wie eine Renaissance nationalstaatlicher Macht entgegenhält. In Empire wird doch nicht vom „Verschwinden" des ausdifferenzierten Systems der Nationalstaaten gesprochen sondern davon, wie sie von der imperialen Souveränität überdeterminiert werden. Sie lösen sich nicht auf, doch ändert sich der Spielraum, in dem sie Macht ausüben: Sie werden Agenturen imperialer Macht in einem Netzwerk, in dem den USA die Dominanz zukommt, ohne dass von einem „Netz der USA" gesprochen werden kann.

Die neokonservativen Eliten in den USA konzipieren Washington seit dem 11. September nun aber offen als das „Neue Rom" eines „American Empire". Mutiert das transnationale Empire nicht doch zu einem US-Imperium?

Selbst das „American Empire" ist nicht einfach ein imperialistischer Nationalstaat, der in Konkurrenz mit anderen Nationalstaaten seine Einflussgebiete sichern oder erweitern will. Der Anspruch ist sehr viel weiter gespannt, und er gipfelt konsequent in der Ausrichtung auf präventive Gewaltausübung, was eine ganz und gar un-imperialistische Strategie ist. Worum geht es denn in den Gesellschaften, die jetzt bekriegt werden? Es geht darum, wie dort Souveränitätsmächte eingesetzt werden, wie man die Bevölkerung in Kontrollregime einbindet und die Gewalt- und Migrationsökonomien kontrolliert, es geht um die Neuordnung des gesamten Mittleren und Nahen Osten, aber auch um eine Neuordnung des pazifischen Raums einschließlich Japans und Chinas. Im Netz der imperialen Souveränität steht zudem die Klärung der Machtverhältnisse zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Knoten an. Dabei geht es nicht darum, ob die „internationale Staatengemeinschaft" – das ideologische Phantomsubjekt imperialer Souveränität – das Recht hat, überall selbstmandatiert als weltpolizeiliche Macht einzugreifen: das ist doch Konsens auch in Berlin! Umstritten ist, wem welche Rolle zukommt und wie man das am besten macht. Und dieser Streit ist nicht von Pappe.

Offensichtlich kann eine transnationale Form der Souveränität nicht dauerhaft nach dem Diktat des Stärkeren funktionieren, eben weil eine hegemoniale Politik im Weltmaßstab auf funktionierende Mechanismen und Formen der Konsens- und Kompromissbildung angewiesen ist. Momentan scheinen mir aber die dafür ausgebildeten Mechanismen außer Kraft gesetzt, wenn man sich die Konflikte zwischen den USA und der EU, in der NATO oder im UN-Sicherheitsrat anschaut.

Im Moment werden die Machtbefugnisse der verschiedenen Stellen im imperialen Zusammenhang neu ausgefochten und justiert. Wo kann wer unilateral vorgehen, wo müssen Entscheidungen multilateral ausgehandelt werden und wo muss eine explizite Abstimmung erfolgen, der alle gleichermaßen unterliegen? In den Begriffen des Buches: Umkämpft ist das Verhältnis der monarchischen Macht (der USA) zu den aristokratischen (den suprastaatlichen Institutionen, aber auch der EU, Japans, Chinas und Russlands) und zu den demokratischen Mächten (der UN-Vollversammlung z. B., aber auch den Medien, den NRO). Man kann doch gar nicht übersehen, wie massiv der Druck der

Die beiden Bilder der Bombardierung Bagdads im Irakkrieg vergegenwärtigen den Unterschied zwischen der informativen und der operativen Bildersphäre. Dem Publikum wird das feurige Bild der brennenden Stadt vor Augen geführt. Dem Militär dient das Satellitenbild zur elektronischen Programmierung der Bomben und Raketen, die darauf abgefeuert werden. Ein paar der digital erstellten operativen Bilder werden zur Veröffentlichung freigegeben und gehören beiden Bildersphären an.

sog. „Weltöffentlichkeit" war als es so aussah als ob es im Irak zu massiven zivilen Opfern kommen würde. Auch das gehört zum Empire, eben weil es sich als Weltordnungsmacht legitimiert, die global Recht schafft. Das ist doch auch neu, darum hat man sich doch in Vietnam erst in dem Moment kümmern müssen als antagonistische Kräfte im eigenen Land und überall auf der Welt sich mit dem Vietcong verbanden. Und das steht natürlich auch heute an: das Auftauchen tendenziell antagonistischer Kräfte z.B. am Anti-Kriegs-Tag vom 15. Februar, als weltweit über 10 Millionen Leute demonstrierten. Wenn die Antagonismen – also, in der Sprache des Buches, die Kämpfe zwischen den Souveränitätsmächten und den Multituden – zunehmen, hat das ebenfalls Auswirkungen aufs imperiale Machtgefüge, wobei dessen demokratische Sphäre das Medium des Austauschs und des Einbruchs ist. Nimmt deren Macht zu, schwächt das die monarchische und die aristokratische Macht. Allerdings kann das auch die Multituden schwächen, wenn sie auf dem Weg der Repräsentation ins Machtgefüge zurückgeholt werden. Darum genau geht es in der demokratischen Sphäre des Empire.

Formiert sich mit der Achse Berlin, Paris und Moskau ein ernstzunehmender Gegenpol zur amerikanischen Dominanz? Agieren diese Staaten mit ihrer Betonung einer multilateralen Abstimmung der Kriegspolitik und einer überzeugenderen völkerrechtlichen Legitimation des Krieges nicht eher auf der Höhe des Empires als die USA? Michael Hardt sagt ja, dass die US-Eliten mit ihrem Rückfall in eine klassisch imperialistische Politik nicht wirklich im eigenen Interesse handeln.

Beides würde ich bejahen. Dass sich die Bush-Administration gegen alle Widerstände durchgesetzt hat, war nur unter enormen politischen Verlusten möglich, und in der imperialen Konkurrenz werden die USA letztendlich verlieren, wenn sie so weitermachen. Sie schaffen starre Fronten und schwächen so ihre Fähigkeit, Gleichgewichte auszuhandeln. Tatsächlich heißt Empire gar nichts anderes als dass es einen strukturellen Zwang gibt, zur Sicherung des deterritorialisierten Kapitalismus global Ordnung zu schaffen. Diesem Zwang unterstehen auch und gerade die USA, wobei man das nicht funktionalistisch denken darf. Meine Wette ist, dass vielleicht nicht die Bush-Administration, wohl aber die USA sich dem fügen werden, und dann wird der Familienstreit im Empire erst mal zu Ende sein, bis es an einer anderen Stelle wieder losgeht. Im Moment jedenfalls entspricht die Politik der EU eher den Notwendigkeiten des Empires als die der USA. Was im übrigen nicht heißen soll, dass bei den EU-Mächten neben den imperialen nicht auch klassisch imperialistische Ziele mitschwingen – da lasse man sich von den Lobliedern auf das Völkerrecht und die Multilateralität nicht verarschen. Welche Multilateralität ist denn da gemeint – doch nicht die von Litauen, Kroatien und Ungarn! Dass haben die wiederum sehr genau begriffen, weil sie als subalterne EU-Mitglieder davon ja hautnah betroffen sind, und deshalb machen sie bei der „Koalition der Willigen" mit: Das verschiebt wiederum das Machtgefüge in der EU.



Im Übrigen liegt hier eine der größten Schwächen von Hardt/Negri. Die EU bleibt durchgängig unterbelichtet, weil sie sich zu sehr auf den Unterschied zwischen den USA und den klassischen europäischen Nationalstaaten konzentrieren, in dem sie zu Recht den historischen Ursprung imperialer Souveränität sehen. Doch die EU entzieht sich als transnationale politische Figur dieser einfachen Gegenüberstellung und ist selber ein imperiales Projekt, mit eigenen Vorstellungen über die Ausbildung des Empire und über das genaue Verhältnis der monarchischen zur aristokratischen und demokratischen Macht. Dabei wirkt sich auch ein zweiter Missgriff Hardt/Negris aus, der nämlich, das bewegliche Netzwerk imperialer Macht in der starren Metapher der Pyramide fassen zu wollen: das widerspricht schon dem Wortsinn, weil ein Netz nunmal keine Pyramide ausbildet, es sei denn man hängt es auf und verspannt es. Vielleicht ist das auch der Irrtum der Bush-Administration, das Empire pyramidal fixieren zu wollen statt es beweglich zu halten. Wesentlich am Netz ist aber die Bewegung durch die Knoten hindurch, und deren Position ist nicht fix. Der Konflikt selber ist aber gerade deshalb ein innerimperialer und kein innerimperialistischer. Es gilt eben weiterhin, dass wir uns in einem Übergang befinden. Und diesen Übergang kann man jedenfalls von links her nicht so denken, dass er defintiv von einer Epoche des Imperialismus zu einer Epoche des Empire führt, weil man es immer mit beiden Phänomenen zu tun hat, und weil der Übergang hoffentlich ganz woanders hinführt, in den Kommunismus z. B. Die Theorie des Empire will sich ja nicht als wissenschaftliche Disziplin institutionalisieren, sondern verstehen, in welchem Kräfteverhältnis und über welche Ereignisse sich imperiale Souveränität herausbildet und wie wir über sie hinausgelangen können, indem wir die Kräfteverhältnisse verschieben, verdrehen und umkehren. Vom Übergang zu reden heißt von der Offenheit der Geschichte zu reden.

***Tom Binger** ist freier Journalist und Mitarbeiter im sozio-kulturellen Zentrum Zeche Carl in Essen. Zuletzt erschien von ihm in ak 471 Das Imperium schlägt zurück und in iz3w 268 Risse im Empire.*
***Thomas Seibert** ist Redakteur von Fantômas und lebt in Frankfurt.*

„Wie jedes Gewehr oder jede Granate dient Vergewaltigung einem militärischen Zweck ..."

Zur Systematik sexueller Gewalt in Kriegen

Von Gaby Zipfel

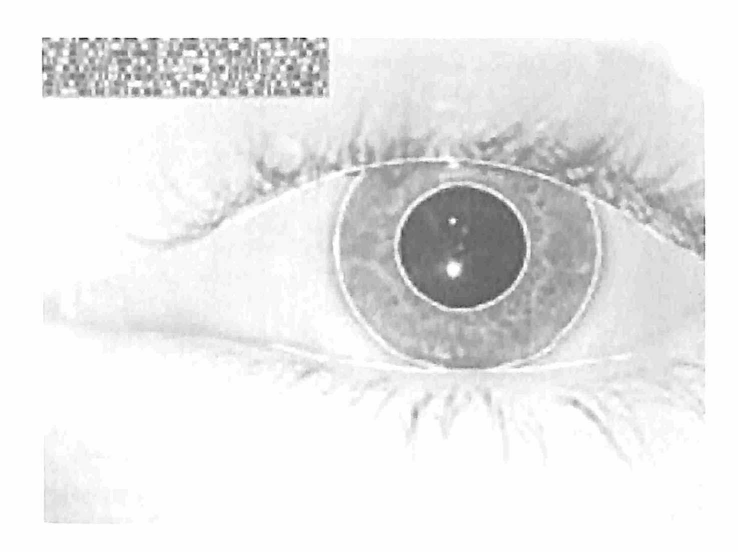
In den Kriegen des 20. und 21. Jahrhunderts steigt die Zahl der zivilen Opfer kontinuierlich an. Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen sind dabei weder Ausnahme von der Regel „Mann gegen Mann", noch bloßer Exzess kriegerischer Gewalt, sondern elementare und systematische militärische Strategie. Aussagen von Opfern wie Tätern legen davon Zeugnis ab.

Im Krieg manifestiert sich die gängige Vorstellung, der Mann *habe* einen Körper, den er beherrschen, manipulieren oder als Instrument und Waffe einsetzen könne, wohingegen die Frau Körper *sei,* ihr Wesenskern im Innern des Körpers vermutet wird. Männer können verletzen, während Frauen als verletzbar gelten. Mit der Zuweisung von Verletzungsmacht an den Mann und Verletzungsoffenheit an die Frau wird der Status der Frau als Opfer und der des Mannes als Beschützer zur naturgegebenen Konstante. (1)

Der noch immer verbreiteten Vorstellung, Krieg sei im wesentlichen eine Kampfhandlung zwischen männlichen Soldaten, bei der es auch um die Verteidigung der eigenen Frauen und Kinder ginge, widerspricht die stetig wachsende Zahl der zivilen Opfer. Im Ersten Weltkrieg noch bei fünf, lag ihr Anteil im Zweiten Weltkrieg bereits bei 50 und erhöhte sich Mitte der 90er Jahre auf 80 Prozent. (2)

Zum Internationalen Tag „Nein zur Gewalt gegen Frauen" am 25. November 2002 wurden zwei UN-Studien vorgelegt, die die Rolle von Frauen in Kriegs- und Friedensprozessen beleuchten: „Women, Peace and Security" und „Women, War and Peace". (3) Bemerkenswertes Ergebnis beider Studien: Beide zeigen, wie eng Gewaltanwendung gegen Frauen in Friedens- und in Kriegssituationen zusammenhängen. In Friedenszeiten stattfindende und nach wie vor trotz rechtlicher Regelungen unzureichend geahndete sexuelle Gewalt gegen Frauen ist eine signifikante Voraussetzung für Gewalteskalationen im Krieg, die wiederum dazu führt, dass Männer in der Nachkriegssituation ihren Frauen Gewalt antun.

Die Annahme, es handele sich bei sexuellen Gewaltübergriffen im Krieg um eine Reaktion in einem Ausnahmezustand, mag, was die Eskalation der verübten Gewalt angeht, zutreffen – eine Eskalation, die ihren Ausdruck auch darin findet, dass die sexuellen Gewaltübergriffe nicht im verborgenen Raum der Privatsphäre, sondern öffentlich stattfinden und in die Strategie der Kriegsführung eingehen: Eroberte Räume werden zum Plündern und Vergewaltigen regelhaft freigegeben. Dabei wird jedoch ein Gewaltpotenzial abgerufen, das latent bereits in Friedenszeiten vorhanden ist. Die Argumentationsmuster, denen zufolge Männer im Zivilleben sexuellen Provokationen von Frauen anheimfallen, während sie sich im Krieg aufgrund der ihnen abgeforderten Tötungsbereitschaft in einer Gewaltspirale



verfangen, transportieren die Vorstellung, es handle sich um eine Art Zwangshandlung, der die Handelnden selbst zum Opfer fielen. Die Täter werden selten mit der Sicht der eigentlichen Opfer konfrontiert. Eine Auseinandersetzung um Tatmotive und Ursachen findet kaum statt.

„Standardoperation": Der Penis als Waffe

Vergewaltigte Zeuginnen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Ruanda, Bangladesch, Sierra Leone und aus den Ländern, in denen die Japaner während des Zweiten Weltkriegs die sogenannten „comfort-women" zwangsrekrutiert hatten, wenden sich an eine männliche *und* weibliche Öffentlichkeit, der sie ihre Erfahrungen als *Kriegs*erfahrung präsentieren. (4) Das ist nicht selbstverständlich, denn „obwohl Frauen von Kriegen – zwar nicht in der selben – aber in gleicher Weise betroffen sind wie Männer, sind sie in unserer Kultur nicht autorisiert, über Krieg und Militär zu reden. Nach Kriegen wird – wie die Geschichtsschreibung zeigt – männliche, nicht aber weibliche Kriegserfahrung in das kulturelle Gedächtnis aufgenommen". (5) Weibliche Erfahrungen werden in eine Grauzone des Privaten verbannt.

Die Berichte von Frauen verweisen darauf, dass die Anwendung sexueller Gewalt regelhafter Bestandteil von Kampfhandlungen ist. Die Aussagen der Frauen belegen zudem, dass Soldaten häufig ihre Waffe benutzen, um Frauen während einer Vergewaltigung zu misshandeln. Joanna Bourke verweist in ihrer Untersuchung über die Kriegsführung im 20. Jahrhundert auf die Rolle, die das Bajonett in der militärischen Ausbildung spielt. (6) Dort wird die Waffe zum Penis und der Penis zur Waffe.

Vergewaltigung und Schläge gehen mit Gesten demonstrativer Demütigung einher, wie das Bedecken des Gesichts oder Verbinden der Augen, die erzwungene Zeugenschaft oder gar Beteiligung von Angehörigen, z.B. von Vätern, die gezwungen werden, ihre Töchter zu vergewaltigen. In Bangladesch wurden Frauen, gezielt vergewaltigt, um die Frauen zu schwängern – Gleiches wurde später aus Bosnien berichtet – eine Kriegsstrategie, über die seit einigen Jahren auch in der internationalen Rechtsprechung diskutiert wird. (7)

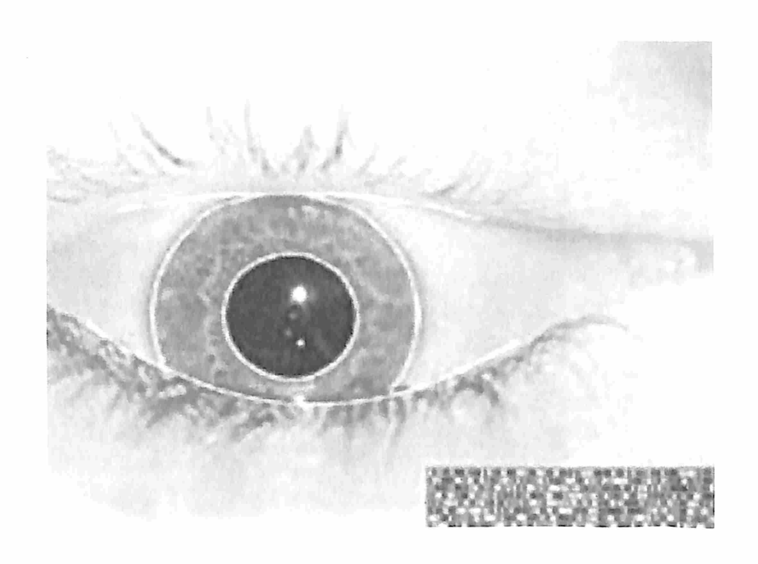
Wie im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda deutlich wurde, werden ethnische Konflikte in exzessiver Weise über den Körper der Frau ausgetragen; er wird sexuell durch Versklavung ausgebeutet, gefoltert, gedemütigt und vernichtet. (8) „Einzel-, Gruppen- und Massenvergewaltigungen gehören zum Krieg wie Töten, Folter und Massaker" (9) und finden in einem Atemzug statt.

Die Kriegsherren wussten und wissen um die Bedeutung männlicher Sexualität und Gewalt. Es braucht nicht unterstellt zu werden, militärische Strategen würden am grünen Tisch den Einsatz sexueller Gewaltausübung konzipieren. Gleichwohl lässt sich an vielen Kriegsschauplätzen aufzeigen, dass sexuelle Gewalt in das militärische Kalkül eingeht und strategisch eingesetzt wird. Was für Japan, Ruanda und Ex-Jugoslawien belegt ist, deutet sich für Nazideutschland an – wenn es auch noch nicht hinreichend erforscht ist. (10)

Kevin Gerard Neill konstatiert: „Wie jedes Gewehr oder jede Granate dient Vergewaltigung einem bestimmten militärischen Zweck (...) Die Frauen des bekämpften Volks oder der Nation zu vergewaltigen, wird Teil der Strategie, sie zu zerstören", (11) ein Übergriff auf den Besitz und die Verfügungsgewalt des männlichen Gegners, der das soziale Gefüge nachhaltig irritiert, den Gegner dehumanisiert und ethnische Identitäten gegeneinander ausspielt. (12)

„Ich wollte Blut sehen"

Auch Männer reden über ihre Kriegserfahrungen und beschreiben die Deformationen, die sie im Krieg an sich erfahren haben. In seinem Buch „Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust" (13) beschreibt etwa der amerikanische

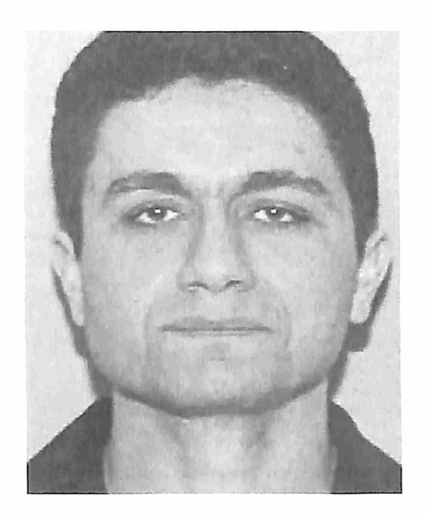


Ist die informative Bildersphäre ausschließlich für menschliche Augen bestimmt, dient die operative Bildersphäre zuerst zur Programmierung von Maschinen. Wichtiger als die erkenntnistheoretische Unterscheidung aber ist die politische Beurteilung des Verhältnisses zwischen Sichtbarkeit und Geheimhaltung, das ihrer Anwendung zu Grunde liegt. Im farbig illuminierten Dämmer der collagierten Bildersphäre, in dem wir tappen, geht jede Authentizität verloren. Zugleich werden wir von einer Apparatur umstellt, die unsere Lebenswirklichkeit abbildet, um sie zu kontrollieren, zu beherrschen und zu verändern. Je weniger die Menschen von ihren geschichtlichen Lebensbedingungen zu sehen bekommen, desto sichtbarer werden sie für die Technik der Macht: Visuelle Desorientierung der Erfahrung und videoelektronische Kontrolle der Gesellschaft schreiten Hand in Hand voran.

Psychiater Jonathan Shay die „populäre militärische Kultur, die die Entmenschlichung des Feindes zu einer Notwendigkeit erklärt" und aus Soldaten potenzielle „Berserker" macht: „Es war mir völlig egal, ob ich lebte oder starb. Ich wollte Blut sehen. Ich wollte Rache, alles andere war mir egal. Ich konnte mir nicht vorstellen, je nach Hause zu kommen. Da gab's keine Hoffnung ... Nichts." Für Shay sind seine Patienten, durchaus nachvollziehbar, schwer traumatisierte Opfer dieser Art von Kriegsführung. Seltsam ausgeblendet bleibt, dass die Soldaten exzessiv gewalttätig gegen *Frauen* waren, und was dieser Umstand in ihrer Psyche bewirkte. In der mit „Falsche Konkurrenz der Opfer" überschriebenen Passage beschwört Shay statt dessen eine Solidarität der Opfer von Völkermord, Folter oder Zwangsprostitution.

Was in Shays Arbeit ausgeblendet bleibt, benennen die Interviews mit Vietnam-Veteranen in Mark Bakers „Nam. The Vietnam War in the Words of the Men and Women who fought there" (14) in einer Deutlichkeit, die darauf schließen lässt, wie entlastend es für die Soldaten gewesen sein musste, über ihre diesbezüglichen Erfahrungen sprechen zu können. Ein Vietnam-Veteran beschreibt, wie „Hass und Frustration" sich an einem vietnamesischen Mädchen in Anwesenheit ihres Vaters entladen und während dieser Schilderung einer Eskalation von Gewalt ist das Erschrecken über sich selbst deutlich zu merken. Ein lapidarer Bezug auf „naturgesteuertes Handeln" ist möglicherweise als Abwehrversuch gegen ein solches Erschrecken zu werten.

Auch der serbische Vergewaltiger, der nur noch weiß, dass er „der zwanzigste war, ihr Haar verklebt war, dass sie ekelerregend und voller Sperma war, und dass (er) sie am Ende getötet (hat). Mit fünf Kugeln in den Bauch" (15) lässt eine „Verbindung von männlicher Sexualität und antifemininem Haß" (16) erkennen, die sich im Racheakt an einem entpersönlichten Objekt entlädt.





Zum Töten konditionieren

Militärisches Kalkül, das Gewaltpotenzial der Soldaten zur Bekämpfung des Gegners frei- und einzusetzen und die Motive der Soldaten, sexuell gewalttätig zu werden, gehen nicht umstandslos ineinander auf. Sie können, wie Joanna Bourke (a.a.O.) aufzeigt , auf groteske Weise gegenläufig sein: Während des Massakers von My Lai am 16. März 1968, bei dem Frauen vergewaltigt und auf grausamste Weise abgeschlachtet werden, gerät Leutnant William L. Calley außer sich, als er auf den Soldaten Dennis Conti stößt, der eine junge vietnamesische Mutter zum oralen Sex nötigt. Er befiehlt ihm, seine „verdammten Unterhosen" anzuziehen.. Dennis Conti, der meinte, sein Recht auf seine Kriegsbeute wahrnehmen und sich sexuell vergnügen zu dürfen, hatte sich geirrt. Leutnant William L. Calley hätte seine Fähigkeit zur sexuellen Gewaltausübung nur dann toleriert, wenn sie „kampf-effektiv" einzusetzen gewesen wären.

Der amerikanische Professor für System-Management, Frank J. Barrett, hat anhand von Interviews „die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit" am Beispiel der US-Marine untersucht (17), eine Konstruktion, die dazu dienen soll, Soldaten zum Töten zu konditionieren. Dass sich die Vorstellung, gegenüber anderen hegemonial zu sein, über rassistische Ideologien herstellen lässt, ist schon länger bekannt. Weniger Beachtung fand bisher die Frage, wie die militärische Ausbildung darüber hinaus mit Genderkonstruktionen arbeitet. Wie Barrett beschreibt, heißt Soldat sein, ein Mann zu sein, hart, diszipliniert und leistungsfähig, vor allem aber nicht weiblich. Das Weibliche wird zur Kulmination des Anderen, Minderwertigen, Verachtenswerten. Es ist naheliegend, dass sich auf diese Weise ein realer Hass auf Frauen aufbauen kann, der jederzeit und erst recht in Kampfsituationen abrufbar ist. Barrett macht aber auch darauf aufmerksam, dass letztlich „jedes Gendersystem an einem inneren Widerspruch zwischen Ideologie und Praxis

Das Flugzeug vom Typ Boeing 767, mit dem Mohammed Atta in den Südturm des World Trade Center raste, wurde in unzähligen Fotografien, Video- und Filmaufnahmen abgebildet und weltweit gezeigt. Von Leutnant Matt Clay dagegen, der einige Wochen später in seinem F-14-Kampfbomber geheime Ziele in Afghanistan bombardierte, existiert vermutlich nur dieses eine Bild, unter Aufsicht der Marine aufgenommen und zur Veröffentlichung freigegeben.

krankt." Die militärische Organisation lässt das hegemoniale Ideal von Unabhängigkeit und Heterosexualität in der Praxis kaum zu. Barrett beschreibt, wie die interviewten Männer mit diesem Konflikt zwischen Unterordnung und hegemonialen Männlichkeitsentwurf umgehen: Sie konkurrieren um Platz eins auf der Skala der Kampf- und Durchhaltefähigsten und bestätigen und bestärken sich auf diese Weise in ihrer Männlichkeit im Männerbund Militär. Andererseits, darauf verweist auch Jonathan Shay, wird das Gendersystem der zivilen Gesellschaft auf die Armee übertragen und werden Genderrollen in ihr neu verteilt.

Shay beschreibt die Regularien, mit denen in der „Familie Armee" Abgrenzungs- Einschließungs- und Unterordnungsprozesse organisiert werden. Die Abwesenheit der Frau wird kompensiert durch die innige Beziehung zum Kameraden: „ Im Kampf werden Männer füreinander zu Müttern." Dass diese Neuverteilung von Genderrollen nicht gar so harmonisch und bruchlos vor sich gehen dürfte, belegen die oben erwähnten Sexismen, die, im militärischen Drill eingesetzt, sich nicht gegen Frauen, sondern gegen reale oder als solche unterstellte negativ besetzte weibliche Anteile der Soldaten richten. Die Abwesenheit der Frau als Sexualpartnerin, auf die Shay nicht eingeht, wird über ihre Abwertung kompensiert und Sexualität wird auf Potenz reduziert.

„Familie Armee"

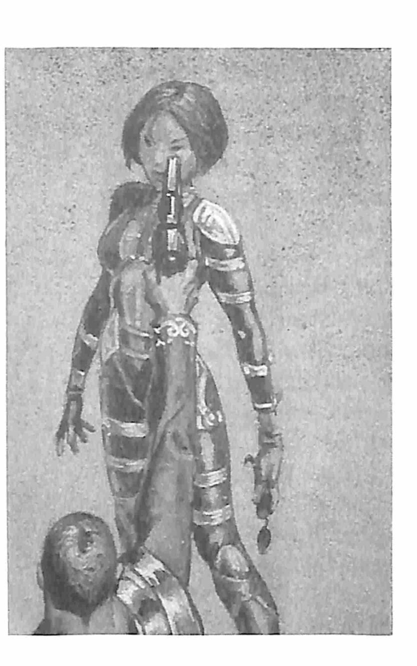
In den Erzählungen von Soldaten taucht immer wieder auf, wie der Einsatz der Waffe und das Kampferlebnis selbst zum Mittel werden, sich der eigenen Potenz zu versichern. Mark Baker und Joanna Bourke schildern, wie diese Kampferlebnisse von Soldaten als sexuell erregend empfunden werden. Der Rückversicherung der eigenen Potenz über den Kampf und den Besitz einer Waffe steht die tödliche Gefahr in der Kampfsituation entgegen. Was auf dem Kasernenhof noch relativ reibungslos funktionieren mag, wird im Kriegseinsatz zur fragilen Angelegenheit. Hier wird die Konfrontation mit der als unmännlich stigmatisierten Angst unausweichlich, die Abhängigkeit von einem verantwortungsbewussten und fähigen Vorgesetzten und einem guten Kameraden existenziell. „Die lebensgefährliche Abhängigkeit des modernen Soldaten von der Institution Militär (...) ist so groß wie die eines Kleinkinds von den Eltern", schreibt Jonathan Shay; eine Abhängigkeit also, die mit Ohnmachtsgefühlen einhergeht, die ebenfalls dem hegemonialen männlichen Selbstbild widersprechen – und in Hass auf die gerade in dieser Situation vermissten Frauen, als Mütter und als Geliebte, umschlagen kann. Wenn dem so ist, macht folgende, von Shay zitierte und zunächst bizarr klingende Aussage eines Vietnam-Veteranen Sinn: „Die US-Armee (in Vietnam) war wie eine Mutter, die ihre Kinder verriet, damit deren Vater sie vergewaltigen konnte, um so ihre eigenen Interessen zu schützen."

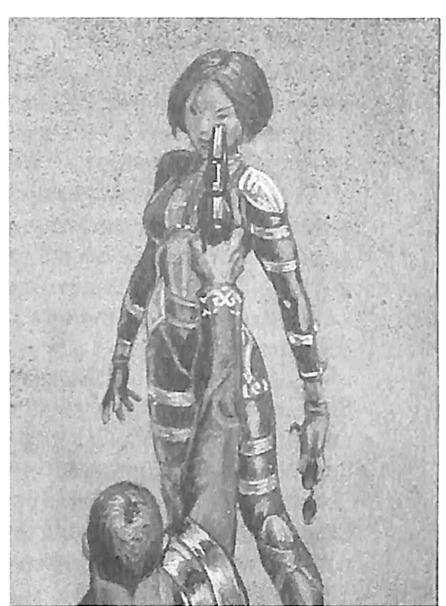
Wenn Angst und Abhängigkeit in Wut umschlagen, ist dem Entwurf einer hegemonialen männlichen Identität zumindest partiell wieder Rechnung getragen. Einer lebensbedrohlichen Situation ausgeliefert, extrem abhängig voneinander, begehen Soldaten Gruppenvergewaltigungen, versichern sich in der Gruppe ihrer Potenz und ihrer Fähigkeit, sich der weiblich konnotierten Angst zu bemächtigen. Der Double Veteran, der Veteran, der nicht nur Frauen vergewaltigt, sondern auch getötet hat, hat sich bewährt: Er hat die Angst in dieser Art von „SOP" – Standard Operation Procedure – bezwungen. Aus seiner Sicht entsprang der Gewaltakt einer Notsituation, in der er sich befand – eine Sicht, die der Logik im Zivilleben folgt, nach der es die Frauen sind, die eine Vergewaltigung provozieren, wenn sie die Männlichkeit des Täters in Frage stellen.

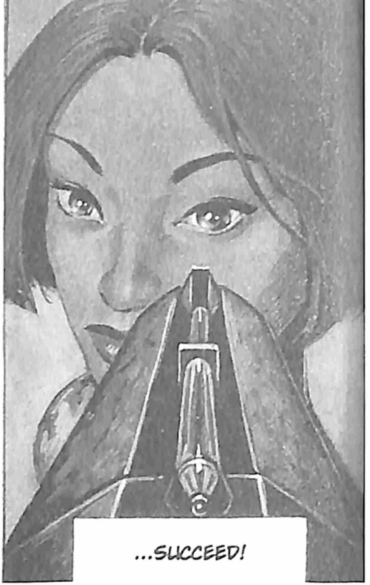
Vielleicht liegt hierin begründet, warum sich die Aussagen der Männer nicht an Frauen zu richten scheinen: Frauen sind in dieser Art von Überlebensstrategie als Subjekte ausgeblendet, sind, wie eingangs zitiert, Körper.

Darüber hinaus kalkuliert die Logik der Militärs ein, dass die an sich selbst erfahrene Gewalt und Frustration zur exzessiven, nicht nur sexuellen Gewalt gegen Zivilisten werden kann. Die „Abhilfe" besteht nicht darin, potenzielle Gewaltentladungen zu unterbinden, sondern darin, diese zu kanalisieren und zu kontrollieren. Den Soldaten wird sexuelle Machtausübung zugestanden, weil diese dazu beiträgt, die Kampfmoral, die Bereitschaft, Todesangst zu ertragen und selber töten zu können, aufrechtzuerhalten.

Da die Bereitschaft zu töten und getötet zu werden, aus Männern potenzielle Helden macht, kann das, was sie dazu befähigt, die Rückversicherung ihrer vitalen Potenz, nicht umstandslos negativ sanktioniert werden. Sanktioniert wird, was den militärischen Zielen konträr läuft, und gilt *dann* als Verbrechen gegen die Ehre. Das Reden über die sexuelle Gewalt, im Alltag und im theoretischen Diskurs, ist selbst ein kultureller und politischer Prozess, der auf die Sache zurückwirkt. Es wird eingewendet, dass man nicht über Details sexueller Gewalt reden könne, ohne zu riskieren, eine pornographische Rezeption zu provozieren. Der Einwand verweist auf die Notwendigkeit, eben diese Rezeption selbst zu thematisieren und zu skandalisieren und mit der öffentlichen Rede auch über die Details gegenläufige Mythenbildungen und Tabuisierungen wirkungslos werden zu lassen.









Anmerkungen:

1) Vgl. dazu Miriam Engelhardt: Vergewaltigung. Zur ordnungsstiftenden Funktion der Thematisierung von weiblicher Verletzungsoffenheit und männlicher Verletzungsmacht, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript. Hamburg 2000

2) Vgl. Amnesty International: Frauen in Aktion – Frauen in Gefahr: Weltweite Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Bonn 1995, S. 48.

3) www.womenwatch.un.org; www.unifem.org

4) Vgl. Women's Caucus for Gender Justice (Hrsg.): Public Hearing on Crimes against Women in Recent Wars and Conflicts. A Compilation of Testimonies. Tokio, New York, Dezember 2000; Dorothy Q. Thomas, Regan E. Ralph: Rape in War: Challenging the Tradition of Impunity, in: SAIS - A Journal of International Affairs, Winter-Spring 1994.

5) Ruth Seifert: Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte, in: Christine Eifler, Ruth Seifert (Hrsg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis. Münster 1999, S. 48.

6) Joanna Bourke: An intimate History of Killing. Face-to-Face Killing in Twentieth-Century Warfare. London 1999, S. 153.

7) Vgl. u.a. Anne Tierney Goldstein: Recognizing Forced Impregnation as a War Crime under International Law. New York 1993. Zum Umgang mit den Kindern, die aus solchen Vergewaltigungen hervorgehen, vgl. Charli Carpenter: Surfacing Children: Limitations of Genocidal Rape Discourse, in: Human Rights Quarterly 22 (2000), S. 428-477.

8) Alison des Forges: Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda. Hamburg 2002, S. 259.

9) Rolf Pohl: Massenvergewaltigung. Zum Verhältnis von Krieg und männlicher Sexualität, in: Mittelweg 36 2/2002, S. 57.

10) Vgl. Birgit Beck: Vergewaltigung von Frauen als Kriegsstrategie im Zweiten Weltkrieg?, in: Andreas Gestrich (Hrsg.): Gewalt im Krieg. Ausübung, Erfahrung und Verweigerung von Gewalt in Kriegen des 20. Jahrhunderts. Jahrbuch für Historische Friedensforschung 4, Münster 1996, S. 34-50; Insa Meinen: Wehrmacht und Prostitution – Zur Reglementierung der Geschlechterbeziehungen durch die deutsche Militärverwaltung im besetzten Frankreich 1940-1944, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 14 (1999), S. 35-55; Franz Seidler: Prostitution. Homosexualität. Selbstverstümmelung. Probleme der deutschen Sanitätsführung 1939-1945. Neckargmünd 1977.

11) Kevin Gerard Neill, Duty, Honor, Rape: Sexual Assault Against Women During War. Journal of International Women's Studies 2 (2000), S. 5.

12) Zu der Frage, wie sich diese Ziele jeweils zueinander verhalten, vgl. Rhonda Copelon: Gendered War Crimes: Reconceptualizing Rape in Time of War, in: Julie Peters, Andrea Wolper (Hrsg.): Women's Rights, Human Rights. International Feminist Perspectives. New York - London, 1995 S. 63-79.

13) Jonathan Shay: Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust. Hamburg 1998.

14) Mark Baker, Nam. The Vietnam War in the Words of the Men and Women who fought there. New York 1981.
Lepa Mladjenovic: Universal Soldier, in: Scheherazade, Newsletter No. 4, Januar 1993

15) Rolf Pohl, a.a.O., S. 70

16) Frank J. Barrett: Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: Das Beispiel der US-Marine, in: Christine Eifler: Ruth Seifert (Hrsg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999, S. 71

Gaby Zipfel *lebt in Hamburg und ist Redakteurin bei Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung.*

Hier gibt es FANTÔMAS und *ak!*

Berlin
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Kastanienallee 85
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
- pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48

Bielefeld
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

Bonn
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le sabot, Breitestr. 76

Braunschweig
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Darmstadt
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dortmund
- Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107
- Taranta Buba, Humboldtstr. 44

Düsseldorf
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- AStA Buchladen, Universitätsstr. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

Essen
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg
- Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
- Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
- Bahnhofsbuchhandlung

Göttingen
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7

Hagen
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau
- Buchladen am Freiheitsplatz,
- Am Freiheitsplatz 6

Hannover
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg
- Bahnhofsbuchhandlung

Herford
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Karlsruhe
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
- Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

Kassel
- Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln
- Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

Konstanz
- Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg
- Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen
- Naturkostladen Schwarzwurzel, Jakob-Binder-Str. 10

Mannheim
- Buchladen M2, M 2,6
- Bahnhofsbuchhandlung

Marburg
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München
- Buchhandlung, Amalienstr. 67
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Norderstedt
- Info-Archiv Norderstedt, Ulzburger Str. 6a

Nürnberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Bücherkiste, Schlehengasse 6

Oldenburg
- Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

Osnabrück
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

Paderborn
- Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

Recklinghausen
- Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken
- Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Stuttgart
- Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Wiesbaden
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

***ÖSTERREICH*, Wien**
- Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,
- Postfach 173, Wielandgasse 2-4
- Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

St. Gallen
- Comedia, Katharinengasse 20

Zürich
- Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60

***SCHWEDEN*, Stockholm**
- Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

NIEDERLANDE

Amsterdam
- Het Fert van Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage
- De rode Hond, Buitenom 215 a

Groningen
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

Jahresabo: 2 x FANTÔMAS und 11 x *ak*

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!**
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

Zahlungsweise/ Aboart	**halbjährlich**	**jährlich**
Normalabo	O € 27,-	O € 53,-
Förderabo	ab O € 43,-	ab O € 85,-

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen
Sozialabo O € 19.- O € 37.-

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....
....
....
....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.... , den ....
Unterschrift

die linke und der krieg.

ideologisch werden imperial(istisch)e weltordnungskriege als „gerechte", „humanitäre" oder schlicht „unausweichliche" militärische operationen verbrämt.
jede übernahme dieser perspektive ist offenes komplizentum.
verborgene komplizenschaft stellt sich ein, wo die ablehnung des bestehenden die notwendige selbstkritik hintertreibt.

- ☐ *renner* zum bellizismus rotgrüner provenienz.
- ☐ *rätz* über systematische kurzschlüsse der friedensbewegung.
- ☐ *hierlmeier* zur langen tradition sozialdemokratischer kriegsbegeisterung.
- ☐ *vogel* über illusionen und erkenntnisse der metropolen-stadtguerilla.

Von Stillstand keine Rede

Vier Kriege in vier Jahren: Militärpolitisch hat die rotgrüne Bundesregierung echte Wachstumsraten vorzuweisen

Von Jens Renner

Wer im Herbst 1998 eine friedenspolitische Wende zum Guten erwartet hat, sollte nicht die neue rotgrüne Regierung dafür verantwortlich machen, dass es anders kam. Von Verrat oder arglistiger Täuschung kann keine Rede sein. Als Joschka Fischer kurz nach seiner Vereidigung klar stellte, es gebe keine grüne Außenpolitik, war das nicht nur ein klares Bekenntnis zu außen- und militärpolitischer Kontinuität. Es war auch die definitive Unterwerfung unter den „Konsens der Demokraten", den die grüne Partei gerade in diesem Bereich zeitweise durchaus mutig attackiert hatte.

Bei allem Streit in Detailfragen und trotz gelegentlichen Rumorens an den Rändern der großen Parteien wird in der Rückschau deren außenpolitische Gemeinsamkeit deutlich. Die 1982 angetretene Kohl-Regierung übernahm die von der sozialliberalen Koalition initiierte Politik des „Wandels durch Annäherung" gegenüber dem realsozialistischen Lager. Sie tat dies, weil diese Politik Erfolge versprach, die mit schroffer Abgrenzung und westdeutscher Alleinvertretungsrhetorik nicht zu erzielen waren. Gleichzeitig unterstützte sie – wie die Schmidt-Genscher-Regierung vor ihr – die westliche Politik des „Totrüstens" der Sowjetunion; die atomare Erpressung durch die NATO-„Nachrüstung" gilt ebenfalls als sozialdemokratische Idee, Bundeskanzler Helmut Schmidt als ihr eigentlicher Erfinder. So wurde der Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion mit Hilfe von Zuckerbrot und Peitsche forciert. Der Epochenbruch von 1989/91 ermöglichte dann die deutsche Einheit und die Wiedererlangung uneingeschränkter staatlicher Souveränität.

Nach dem Kraftakt der „Wiedervereinigung", die gegen einigen Widerstand auch im westlichen Bündnis durchgezogen wurde, hielten sich die Regierenden mit verbalen Kraftmeiereien und außenpolitischen Extratouren zunächst weitgehend zurück. Wo sie großmachtpolitische Ansprüche formulierten, taten sie es vorzugsweise mit Hinweis auf das (angebliche oder tatsächliche) Drängen der Verbündeten, Deutschland müsse „seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt gerecht werden". Statt „Scheckbuch-Diplomatie" sei ein eigener militärischer Beitrag „out of area" – außerhalb des NATO-„Verteidigungsgebietes", also tendenziell weltweit – von Nöten: „Wir müssen runter von den Zuschauerbänken" hieß der Slogan, den der damalige Verteidigungsminister Rühe für diesen Kurs prägte.

Aber auch hier war man anfänglich zu Einschränkungen bereit. „Aus historischen Gründen", so die Formel, verbiete sich ein Eingreifen deutscher Truppen auf dem Balkan. Gemeint waren die deutschen Verbrechen im Vernichtungskrieg gegen Serbien, die im Gedenkjahr 1995 im Rahmen der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte dokumentiert wurden. Es blieb der rotgrünen Regierung vorbehalten, diese Rücksichtnahme kaum vier Jahre später als nicht mehr zeitgemäß zu entsorgen: Die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien bedeutete auch einen Schlussstrich unter die mit den Verbrechen der Deutschen Wehrmacht begründete Selbstbeschränkung.

> Die Durchsetzung nationaler Interessen auf internationaler Ebene, auch mit militärischer Gewalt, dieses Kriterium muss erfüllt sein, um den souveränen Staat Deutschland regieren zu können. Rotgrüne Regierungspolitik hat niemals Zweifel an der Befähigung dazu aufkommen lassen.

Spezialdemokratische Erneuerung

SPD und Bündnis90/Die Grünen sind in die neue deutsche Rolle nicht irgendwie „hineingeschliddert"; sie haben sich vielmehr jahrelang auch außen- und militärpolitisch auf das rotgrüne Zukunftsprojekt vorbereitet. Dabei mussten in beiden Parteien erhebliche Widerstände überwunden werden. Schon ab 1987 wurde innerhalb der SPD ein über die Landes- und Bündnisverteidigung hinausgehender Auftrag für die Bundeswehr diskutiert. Ein Jahr später veröffentlichten die außen- und sicherheitspolitischen Experten der SPD-Bundestagsfraktion ein Papier, in dem eine bundesdeutsche Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen mit UN-Mandat empfohlen wurde. Zur Begründung hieß es darin: „Unsere Initiative ist ein wichtiger sozialdemokratischer Beitrag für eine zusätzliche Sinngebung der Bundeswehr. Sie kann insofern den gesellschaftlichen Konsens für die Rolle der Bundeswehr stärken und zur Identitätsfindung der Bundesrepublik beitragen." (zitiert in *ak* 410, 15.1.1998)

Mehrheitsfähig war diese Position bis dahin nicht, aber die Stichworte „Friedenssicherung" und „Stärkung der UNO" wurden in den folgenden Jahren allgegenwärtig – in den Medien ebenso wie in den Strategiepapieren der Militärs, die seit 1989/90 um ihre Legitimation fürchteten. Im Mai 1991 sprach sich die SPD auf ihrem Parteitag für eine deutsche Beteiligung an Blauhelm-Einsätzen aus. Gleichzeitig wurde beschlossen: „Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr eine Mitwirkung daran zu ermöglichen, sind mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar." (*ak* 331, 3.6.1991) Dieser Passus, ausgearbeitet unter Federführung von Björn Engholm und Oskar Lafontaine, bedeutete ein erhebliches Zugeständnis an die Basis. Dass es dabei nicht bleiben würde, war klar. Um die Partei auf Linie zu bringen, spielte die SPD-Führung in der Folgezeit „über die Bande". Mehrfach klagte sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die deutsche Beteiligung an „Out-of-area"-Einsätzen (AWACS-Flüge über Ungarn, Adria-Einsätze der Bundesmarine, Somalia-Einsatz) – allerdings mit der leicht erkennbaren Absicht, vor Gericht zu unterliegen und die Parteilinie sodann der „Rechtslage" anzupassen. Spätestens im September 1995, als die SPD ihre Kritik am Einsatz von Bundeswehr-Tornados über Bosnien zurückzog, war sie wieder voll regierungsfähig.





Grüne Anpassungsleistungen

Für die Grünen galt das zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Aber auch in der Partei der Gewaltfreiheit und des Pazifismus waren die Dinge in Bewegung geraten. Es hatte dort von Anfang an Kräfte gegeben, die den grünen Grundsatz der Gewaltfreiheit vorrangig als Selbstverpflichtung der sozialen Protestbewegungen und weniger als antimilitaristische Forderung verstan-

Bei den Angriffen am 11. September und dem Krieg in Afghanistan bestimmte die Wechselwirkung militärischer und terroristischer Bildstrategien die öffentliche Bildpräsenz der Ereignisse. Es kam zu einer wechselseitigen Annäherung sowohl in der Geheimhaltung als auch in der propagandistischen Überdeterminierung der Bildinformation. Die Strategie des Terrorismus ist noch stärker als die der militärischen Kriegführung auf den Wechsel zwischen Geheimhaltung und Bildinformation angewiesen, denn sie beruht auf dem Multiplikationseffekt isolierter Terrorakte in der Öffentlichkeit.

den. Auch in der Hochzeit der Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung", deren parlamentarisches Sprachrohr die Grünen waren, hatte es aus Partei und Fraktion heraus immer wieder Versuche gegeben, den Pazifismus durch Konzepte „alternativer Verteidigung" zu verwässern. Hier trafen sich militante AntikommunistInnen und „gesamtdeutsch" Orientierte mit Altkadern der aufgelösten KPD/AO, welche die Vaterlandsverteidigung gegen den sowjetischen „Sozialimperialismus" propagiert hatte, und des KBW, für den die „allgemeine Volksbewaffnung" das Gebot der Stunde gewesen war. „RealpolitikerInnen", die schon damals auf das Bündnis mit der SPD hinarbeiteten, fanden Gefallen an der Forderung des grünen Bundestagsabgeordneten und pensionierten Generals Bastian, die Bundeswehr mit einem angeblich rein „defensiven" Kampfhubschrauber auszurüsten. Daneben galten allerdings programmatische Festlegungen wie der NATO-Austritt und die („langfristige") Abschaffung der Bundeswehr.



Mit Beginn des jugoslawischen Krieges bekamen die KritikerInnen strikter Gewaltfreiheit ein gewichtiges Argument an die Hand: Mitten in Europa tobten opferreiche Schlachten, die durch EU-Konferenzen oder UNO-Resolutionen offensichtlich nicht zu beenden waren. Man muss den grünen BefürworterInnen einer militärischen Intervention in Bosnien nicht pauschal zynische Instrumentalisierung der zahllosen zivilen Opfer von Mord, Vergewaltigung, Folter und Vertreibung unterstellen. Aber die Kriegsgräuel „vor der eigenen Haustür" waren das überzeugendste Argument gegen den ohnehin brüchigen grünen Pazifismus.

Es war Joschka Fischer, der im Sommer 1995 den entscheidenden Vorstoß unternahm. Nach dem Massenmord, begangen von bosnischen Serben an 7.000 Muslimen in der UN-Schutzzone Srebrenica, forderte er in einem offenen Brief an seine Partei eine neue Beschlusslage. Während er vorsichtig von „militärischem Schutz" für die Zivilbevölkerung sprach, wurde seine weitergehende Absicht in der Öffentlichkeit sehr wohl verstanden. Denn offensichtlich wollte er „vom Besonderen zum Allgemeinen gelangen: vom Krieg in Bosnien dazu, wie die Grünen künftig mit der neuen Gewalt in der internationalen Politik umzugehen gedenken." (Kommentar der *Frankfurter Rundschau*, 2.8.1995) So sah es auch der zukünftige sozialdemokratische Regierungspartner, der in Gestalt seines außenpolitischen Sprechers Karsten Voigt Fischers Überlegungen als Beginn einer „realistischen Wende" begrüßte.

Innerhalb der grünen Partei kamen die Mehrheitsverhältnisse ins Rutschen. Noch Ende 1993 hatte eine 90-Prozent-Mehrheit der Parteitagsdelegierten humanitär begründete Militäreinsätze strikt abgelehnt und erklärt: „Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen, wenn das Ziel einer dauerhaften Entmilitarisierung der internationalen Politik eine Chance auf Verwirklichung haben soll." (*ak* 427, 10.6.1999) Ein Jahr später schon befürworteten die Grünen die Stationierung von „zur Selbstverteidigung fähigen" UN-Einheiten, und im Dezember 1995, ein paar Monate nach Fischers Vorstoß, votierten auf dem Bremer Parteitag immerhin schon 37 Prozent der Delegierten dafür, die Bundeswehr an einem Einsatz in Bosnien zu beteiligen. Drei Tage später folgten 22 von 49 grünen Bundestagsabgeordneten ihrem „Gewissen" und stimmten, entgegen dem gerade gefassten Parteitagsbeschluss, für die Entsendung von 4.000 Bundeswehrsoldaten nach Bosnien.

Der definitive grüne Abschied vom Pazifismus erfolgte im Mai 1999 auf dem Sonderparteitag in Bielefeld, mehrere Wochen nach Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. Beschlossen wurde ein Appell an die Bundesregierung, sich innerhalb der NATO für eine „Unterbrechung der Luftangriffe" einzusetzen. Nicht einmal das wurde parlamentarisch umgesetzt. Man könne als Regierungspartei „keinen eigenen Antrag einbringen, ohne den mit der SPD gemeinsam abgestimmt zu haben", erklärte die Parteisprecherin Antje Radcke.

Zwischen Balkan und Hindukusch

Trotz dieser bellizistischen Wende kam es nur in Hamburg zu einer nennenswerten Abspaltung von der grünen Partei. Der Rest marschierte unverdrossen hinter ihrem heimlichen Vorsitzenden her, der den Angriffskrieg mit einer besonders perfiden Begründung als humanitären Akt verkaufte: Wer den moralischen Imperativ „Nie wieder Auschwitz" ernst nehme, müsse zum Schutz der albanischen Minderheit im Kosovo militärisch intervenieren. Verteidigungsminister Scharping assistierte mit Fotos angeblicher serbischer „Konzentrationslager" und Geraune über einen völkermörderischen „Hufeisenplan", der allerdings eine Erfindung westlicher Geheimdienste war.

Besonders Fischers Kriegsbegründungen klangen auch für kritischere Geister glaubwürdig – kamen sie doch von einem ehemaligen Linksradikalen, der sich weiterhin zum Antifaschismus bekannte. In jedem Fall erschwerte die Regierungsbeteiligung der grünen „Friedenspartei" Proteste gegen den Krieg. Das galt auch für den Krieg in Afghanistan im Oktober 2001, der den verbliebenen grünen KriegsgegnerInnen ein Fiasko bescherte. Da Schröder die Zustimmung zum Krieg mit der Vertrauensfrage verknüpfte, verfielen die acht KriegsgegnerInnen in der grünen Bundestagsfraktion auf einen scheinbar genialen Dreh: Vier von ihnen stimmten gegen den Krieg und vier dafür. So meinten sie, „ein Zeichen" zu setzen, und retteten gleichzeitig die Kanzler-Mehrheit. Gedankt wurde es ihnen nicht: Bei der Aufstellung der KandidatInnen für die Bundestagswahl 2002 fielen die trickreichen „PazifistInnen" allesamt durch.

Dass die grüne Anhängerschaft die stromlinienförmige Ausrichtung der Partei an den Erfordernissen der Regierungsfähigkeit mit gemischten Gefühlen sieht, zeigt die Wahl Hans-Christian Ströbeles, der in Berlin als erster grüner Kandidat ein Direktmandat gewinnen konnte. Sein Slogan „Ströbele wählen, Fischer quälen" blieb allerdings bislang folgenlos – der rotgrüne „Antikriegskurs" gegenüber dem Irak verschaffte den Grünen neuen, wenn auch weitgehend unverdienten Glanz. Denn Deutschland hat den Irak-Krieg direkt und indirekt unterstützt: durch Beteiligung an AWACS-Flügen über der Türkei, ABC-Spürtrupps in Kuwait, Schutz von US-Kasernen, Gewährung von Überflugrechten und Einsatz von Kriegsschiffen am Horn von Afrika und im Mittelmeer. (siehe auch *ak* 472) Vor wenigen Jahren noch hätten auch Grüne diesen deutschen Kriegsbeitrag kritisiert, der nun angesichts des deutsch-amerikanischen Zerwürfnisses auch von Linken verharmlost oder ganz geleugnet wird. (vgl. *Jungle World*, 2.4.2003) Jugoslawien, Mazedonien, Afghanistan, Irak: zusammen sind das vier Kriege mit deutscher Beteiligung in kaum mehr als vier Jahren – eine „stolze" Bilanz rotgrüner Regierungspolitik.

„Deutschlands militärische Kraft verstärken"

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für die als Friedenstauben getarnten deutschen Machtpolitiker. Der Irak war für sie kein Ziel, das einen größeren deutschen Beitrag gelohnt hätte. Die Einwände gegen das Kriegsziel Regimewechsel wurden zwar als prinzipieller Dissens vorgetragen. Unter Umständen ist aber auch die deutsche Seite durchaus dafür, einen Regimewechsel herbeizubomben. Als einzelne Grüne nachträglich Kritik am Ergebnis des Krieges gegen Jugoslawien formulierten, konterte Fischer sinngemäß mit dem Argument: Wäre es nach euch gegangen, dann würde Milosevic heute noch regieren ...

Auch wenn, anders als im Falle der USA, der nächste deutsche (bzw. europäische) Kriegsgegner noch nicht benannt ist – die Vorbereitungen laufen. Auf Strucks Wort von deutscher Landesverteidigung „am Hindukusch" folgten nach Beginn des Irak-Krieges konkrete Ankündigungen von ganz oben: „Nicht weniger USA" will Schröder durchsetzen, sondern „mehr Europa". Wer beanspruche, „nein zu sagen wie im Falle Irak, der muss sich in die Lage versetzen, auch etwas aus eigener Kraft zu leisten." (Schröder im *Zeit*-Interview, 27.3.2003) Dazu gehört der seit langem betriebene Aufbau einer 60.000 Mann starken EU-Eingreiftruppe, der nun schnell vollzogen werden soll. So werde Europa „erwachsen", ergänzte Fischer: „Wir müssen unsere militärische Kraft verstärken, um auch in diesem Sektor ernst genommen zu werden." (*Der Spiegel*, 31.3.2003) Mit den USA ebenbürtig wäre die deutsch-französisch dominierte EU damit noch lange nicht. Gegen den in Teilen der radikalen Linken gängigen Alarmismus ist Oliver Tolmein zuzustimmen: „Die Ziele des Gegners werden allzu schnell mit dessen Fähigkeiten gleichgesetzt ... (Deutschland) ist eben noch keine Weltmacht, sondern will erst eine werden. Die Chancen dafür stehen gegenwärtig erfreulich schlecht." (*konkret* 3/2003)

Wenn spätestens bei der nächsten Bundestagswahl das rotgrüne Intermezzo beendet sein wird, wird die christdemokratisch geführte Regierung abermals auf die Vorarbeiten ihrer Vorgängerin zurückgreifen – es gibt, wie gesehen, nur *eine* deutsche Außen- und Militärpolitik. Vielgestaltig ist dagegen, was sich in Deutschland Friedensbewegung nennt. Dessen rotgrünem Teil wurde bei Demonstrationen gegen den Irak-Krieg mit allzu viel Nachsicht begegnet. Dass SPD und Grünen sich „in der Oppositionerneuern" ist, bezogen auf Krieg und Frieden, noch unwahrscheinlicher als in anderen Politikfeldern.

***Jens Renner** lebt in Hamburg und ist Redakteur bei ak – analyse+kritik. Vor kurzem erschien von ihm im Rotpunktverlag „Der neue Marsch auf Rom – Berlusconi und seine Vorläufer".*

Verwicklungen der friedensbewegten Frontlinien

Zwischenbilanz einer teilnehmenden Beobachtung, die nicht unterbleiben kann, wenn es besser werden soll

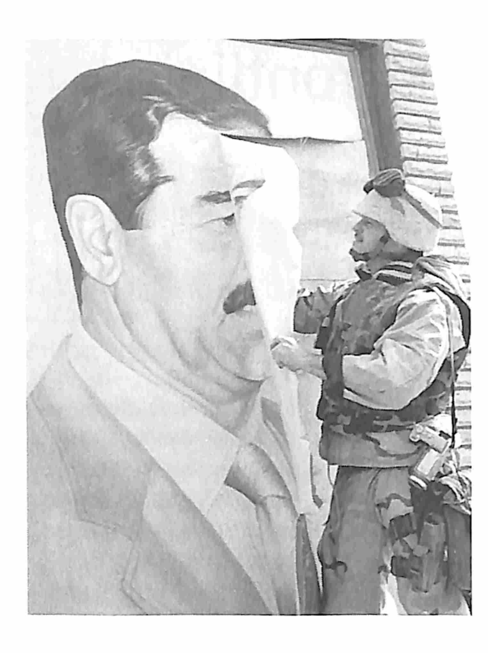
Von Werner Rätz

Von „FriedensfreundInnen“ genervt zu sein, ist unter Linken eine Befindlichkeit, die ohne Zweifel als vital eingestuft werden muss. Vital bleibt der Affekt aber nur, wenn er sich nicht zum Ressentiment „kritischer Kritik“ verfestigt, deren aktuelle Variante die antideutsche Publizistik vertritt. Weil nun aber nicht alles falsch ist, was dort notiert wird, ist eine linke Auseinandersetzung mit den Untiefen der Friedensbewegung unumgänglich – gerade in Kriegszeiten. Die aber kann nur aus der Nähe versucht werden, und aus der stammt der folgende Bericht.

Die mit Kriegsende erwartungsgemäß auslaufende Bewegung gegen den Irakkrieg sah in der Bundesregierung weithin eine Antikriegskraft, die primär wegen ihrer mangelnden Konsequenz kritisiert wurde. Das geschah nur selten im unterwürfigen Gestus jenes Offenen Briefes an Gerhard Schröder, dessen Autoren sich allen Ernstes Sorgen um die „friedenspolitische Glaubwürdigkeit“ des Bundeskanzlers und „die moralische Mitverantwortung für einen das gesamte UN-System gefährdenden abenteuerlichen Krieg“ machten. Häufiger wurde die Ernsthaftigkeit des Friedensengagements eingefordert, durchaus repräsentativ die Formulierung des Bundesausschusses Friedensratschlag, der „die Haltung der Bundesregierung gegen den Irakkrieg immer begrüßt, immer aber als nicht ausreichend bezeichnet hat. Das Nein zum Krieg muss eindeutig sein und darf keine Hintertüren offen lassen. Deutschland darf nicht zur faktischen Kriegspartei werden. Jede direkte oder indirekte Kriegsbeteiligung, jede Kriegsbegünstigung muss gestoppt werden.“

Freund und Feind

Aus dieser Position ergaben sich dann Forderungen u.a. nach Rücknahme der Überflugrechte, für die in einer breit angelegten Unterschriftensammlung geworben wurde. Grundsätzlich sind solche Forderungen berechtigt: Natürlich ist die Bundesregierung keine Friedenskraft und es ist sinnvoll, dies auch deutlich zu machen. Aber das Ganze hat einen Haken, den viele „FriedensfreundInnen“ übersehen. Berlin befand sich im Irakkrieg keineswegs nur in einer geheimen Komplizenschaft, sondern zuallererst in einem offenen Konkurrenzverhältnis mit den USA. Der Widerspruch betraf nicht die Frage, ob man zur Sicherung eigener Interessen überall auf der Welt militärische Gewalt anwenden darf. Dem hat die Bundesregierung längst zugestimmt, in der gültigen Nato-Doktrin ebenso wie in der politisch-militärischen Praxis, schließlich führen Bundeswehrsoldaten auf der halben Welt Krieg. Es ging vielmehr darum, dass die BRD, Frankreich und andere Staaten des „Antikriegslagers“ ihre Interessen in Nahost viel besser ohne Krieg gewahrt sahen. Denn der Krieg definiert internationale Macht so, dass wer etwas haben will, beweisen muss, dass er's sich holen kann und will. Das ist gut für die USA und schlecht für die



BRD. Die Rationalität der von der Bundesregierung eingenommenen Position lag denn auch darin, als wichtige Stimme einer breiten Antikriegsfront wahrgenommen werden zu wollen, wenn denn der Krieg und damit die tendenzielle Schwächung deutscher außenpolitischer Möglichkeiten nicht zu verhindern war. Als sich herausstellte, dass damit so etwas ie Blockbildung möglich war, gab es nach anfänglichem Schwanken eine klare Linie. Schließlich geht es auch für Russland, China, Frankreich nicht nur um konkrete Interessen in der Region, sondern auch um die UNO, wo sie als Vetomächte bestimmte Möglichkeiten haben, die sie nicht einfach hergeben wollen. Plötzlich steht die Achse Berlin-Paris wieder, Chirac wird in der arabischen Welt zugejubelt, Putin ist ein Friedensapostel, China vertritt das Völkerrecht. „Friedenspolitik" wird lupenreiner Ausdruck imperialistischer Interessenpolitik und hat damit exakt die Funktion, die für die USA der Krieg hat. Wer also die Bundesregierung auffordert, die Antikriegsposition gegen den „Weltmachtanspruch" der USA konsequenter zu vertreten, fordert sie damit gleichzeitig auf, in der innerimperialistischen Konkurrenz eine schärfere Gangart anzuschlagen.

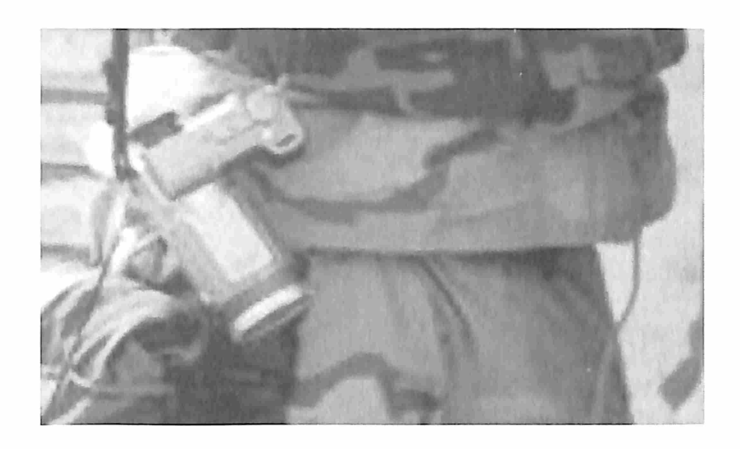
Einfache Lösungen und Parolen sind also ausgeschlossen, will man sich nicht unversehens an der Seite deutscher oder europäischer Großmachtpolitik finden. Damit aber tut sich die Friedensbewegung schwer. Das liegt vor allem an der fehlenden Übung, in den speziellen Widersprüchen zu denken und zu agieren, die sich aus dem Rollenwandel der BRD ergeben: War diese jahrzehntelang eine mehr oder minder gezähmte, eingebunden aufstrebende Mittelmacht, so versucht sie sich seit einigen Jahren als imperialistische Großmacht im EU-Rahmen. Das erfordert erneutes Nachdenken und provoziert neue Fehler. Nun ist die aktionistische Hektik der (Vor)Kriegszeit wenig geeignet, grundsätzliche Klärungsprozesse zu durchlaufen. Doch täuscht das nicht darüber hinweg, dass nicht wenige „FriedensfreundInnen" von antiamerikanischen Ressentiments motiviert werden. Die Kritik daran bleibt auch dann unumgänglich, wenn sie vom Antideutschtum zur Begründung für den Beitritt zur „Koalition der Willigen" verkehrt wurde. So gibt es gerade in der Friedensbewegung Kräfte, die in aller Offenheit deutsche und/oder europäische Macht- und Führungsansprüche vertreten. Die Kritik am US-amerikanischen „Unilateralismus" verschweigt dabei nicht nur, dass im grundsätzlichen Interesse an der Abwehr und Kontrolle der Elenden dieser Welt kein Blatt Papier zwischen die Kontrahenten passt. Sie ist auch ein Euphemismus dafür, dass hier schlicht ein größerer Anteil am gemeinsamen Kuchen eingefordert wird. Das Eigeninteresse kleidet sich gewöhnlich in menschenfreundlichste Formulierungen. So imaginiert Mohssen Massarat, regelmäßiger *Freitag*-Autor und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac, Europa allgemein und die BRD speziell als Opfer US-amerikanischer Kriegspolitik und fordert eine eigenständige europäische Antwort, die ihm natürlich „Friedenspolitik" heißt.

Gut und Böse

Aber nicht nur alternde Professoren mit chronischem Hang zur „Zivilgesellschaft" verstehen die Welt nicht mehr, auch manch junges Mitglied der neu erwachten Bewegung tat sich schwer. So wünschte sich ein Mailschreiber auf einer attac-Liste eine Kampagne, die weltweit alle institutionellen Anleger auffordert, aus dem Dollar aus- und in den Euro einzusteigen. Boykottaufrufe gegen US-amerikanische Firmen, vereinzelt sogar gegen sämtliche US-Produkte kulminierten schließlich in der Planung eines Esso-Boykotts. Der Vorschlag, doch lieber Argumente und Aktionsmöglichkeiten gegen die kapitalistische Verbrennungsökonomie im Allgemeinen und Öl als besonderen Kriegsgrund und besonderes Kriegsmittel zu entwickeln, fand praktisch keinerlei Resonanz. Von Elf und Shell sei jetzt nicht zu reden, die führten den Krieg nicht. Es gehe auch nicht um Kapitalismus generell, sondern um die USA. Dem entsprach,



Dass die abgebildete Szene - ein amerikanischer Offizier zerreißt ein Plakat Saddam Husseins – die Absetzung des irakischen Diktators symbolisieren soll, ist eine tausendfach bekannte, triviale Pointe. Doch nicht dieser Vorgang ist der entscheidende bildpolitische Sachverhalt, sondern die Ausrüstung des Offiziers, von dessen Schulter keine Waffe, sondern eine digitale Sony Cybershot-Kamera mit Zoomobjektiv hängt. Sie erinnert daran, dass die allgemeine Verbreitung der Kamera es den Teilnehmern historischer Ereignisse ermöglicht, diese selber aufzunehmen.

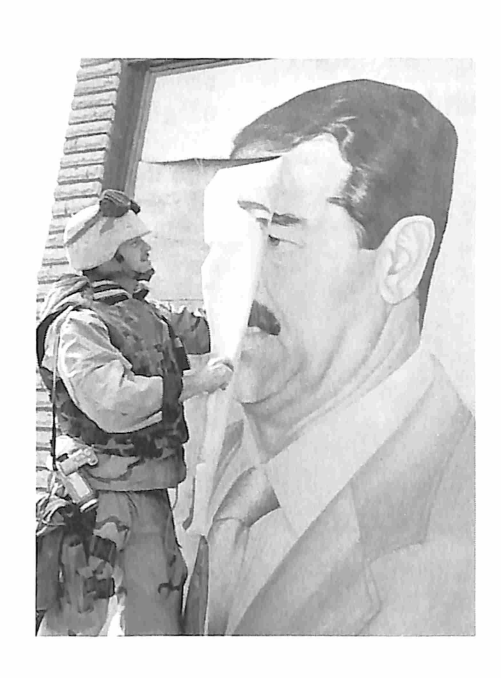


dass mancheR den Weg auf die Demos leichter fand, weil man sich im gesamtgesellschaftlichen Konsens wusste. Auffällig war, dass viele der altgedienten Friedensbewegten da erheblich kritischer waren als manche ganz jungen. Es könnte also auch eine Rolle spielen, dass differenzierte Analyse, das Umgehen mit Widersprüchen in der Linken lange Zeit nicht (mehr) geübt wurden und deshalb heute einfach schwer fallen. Davon lebt dann das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Einteilung der Welt in Gut und Böse. Beispiel dafür war die Idee, den UNO-Sitz von New York nach Genf zu verlegen. Eine Nation, die so kriegslüstern sei wie die USA könne die „Völkergemeinschaft" nicht beherbergen. Ist etwa die UNO der Hort des Friedens? Oder die Schweiz das Zentrum der internationalen Solidarität? Attac Frankreich begründete seine Unterstützung für den Wegzug der UNO aus New York ausdrücklich damit, dass eine (natürlich umgestaltete) Europäische Union die zivile Alternative zur US-Kriegspolitik verkörpern könne und den Interessen der „europäischen Völker" besser diene. Die Absicht der Versöhnung mit dem eigenen Imperialismus ist da kaum noch beschönigt.

Ich will nicht missverstanden werden: Es ist höchst erfreulich, dass viele junge Leute gegen den Krieg aktiv geworden sind. Selbstverständlich wollen sie dabei ihre eigenen Erfahrungen machen. Sie werden Fehler machen und müssen dafür auch die Freiräume haben. Die hatten wir auch. Meine politische Generation hat das unsägliche „USA – SA – SS" erfunden, und an Antisemitismus, Nationalismus, Sexismus haben wir so ziemlich alles gehabt, was man als LinkeR haben kann. Es kann also nicht darum gehen, von oben herab und besserwisserisch „die Jungen" zu kritisieren. Dennoch hat es in den letzten Jahr(zehnt)en Lernprozesse gegeben, die nicht einfach vergessen werden sollten. Einer der wichtigsten betrifft wohl die Frage, die in der jüngsten Friedensbewegung am meisten umstritten war: Wie umgehen mit dem Nahostkonflikt? Im Rahmen der attac-Speakers-Tour kam es wiederholt zu antisemitischen Äußerungen („faschistische israelische Regierung") und zu uneingeschränkten Solidaritätserklärungen mit der palästinensischen Intifada, sogar mit den Selbstmordanschlägen. Deren Zurückweisung durch andere attac-Aktivisten stieß z.T. auf wütenden Protest. Wieviel „Irrtum" darf in dieser Frage zugestanden werden? Wo muss Kritik einsetzen? Wie kann sie solidarische Formen finden, die das Gespräch nicht blockieren, sondern (gemeinsame) Lernprozesse ermöglichen?

Beantworten kann die Linke solche Fragen nur, wenn sie sie nicht nur sich selbst, sondern auch innerhalb der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung zu stellen weiß – nicht nur um den Preis, sondern gerade mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen noch zu schüren, denen die Bewegung sich stellen muss. Das wird ohne Brüche mit „Friedensfreunden" wie Massarrat nicht zu haben sein. Aus der elitären Distanz antideutscher Identitätspolitik sind die aber nicht herbeizuführen.

Werner Rätz *lebt in Bonn, ist Redakteur der Informationsstelle Lateinamerika (www.ila-bonn.de) und vertritt die* ila *im Koordinierungskreis von* attac.

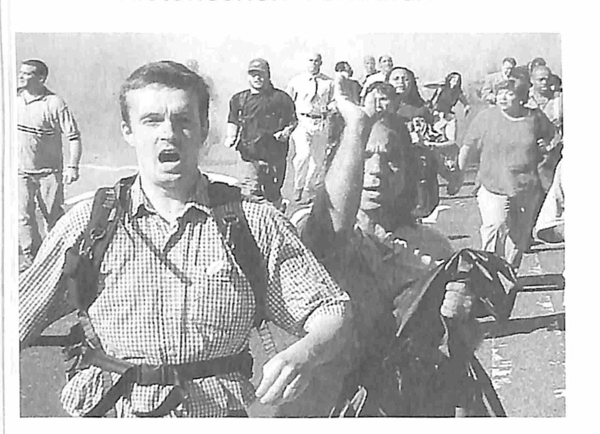


Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg

Anmerkungen zum 140. Geburtstag der SPD

Von Moe Hierlmeier

Seit dem 2. Golfkrieg haben Linke immer wieder Pro-Kriegs-Positionen vertreten. Die Hochstilisierung des Gegners zum absoluten Feind, die in der Identifizierung von Hussein oder Milosevic mit Hitler zum Ausdruck kam, diente als Begründung, ebenso wie die Behauptung, mit der Kriegsunterstützung Fortschritt und Zivilisation zu verteidigen. Diese Argumentationsfiguren haben historischen Vorläufer.



Schon mehrfach war die Haltung zum Krieg Anlass für Ausdifferenzierungsprozesse in der Linken. Die APO brach mit Max Horkheimer, als dieser dem Krieg der USA in Vietnam mit dem klassischen Argument des „kleineren Übels" zustimmte. In einer Weltherrschaft der chinesischen Kommunisten sah er eine größere Gefahr. Mit dem Hinweis, dass Amerika letztendlich einen Krieg zur Verteidigung der Menschenrechte führe, legitimierte er den Massenmord der USA in Vietnam.

Historisch ist das wichtigste Ereignis in Sachen linker Bellizismus bis heute die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Als Lenin in seinem Schweizer Exil die Nachricht überbracht wurde, dass die deutsche Sozialdemokratie den Kriegskrediten zugestimmt habe, war er fassungslos. Er konnte sich dieses Ereignis nur mit dem Verrat der Sozialdemokratie gegenüber ihrer antimilitaristischen Tradition erklären. Aber auch wenn sich bis heute das Gerücht hält, dass die deutsche Sozialdemokratie bis zum August 1914 eine antimilitaristische Position vertreten habe, so ist das bestenfalls die halbe Wahrheit. Zwar hatte es im Vorfeld des Krieges noch große Anti-Kriegs-Demonstrationen gegeben, aber im Grundsatz war die Entscheidung für den Krieg bereits gefallen. Der spätere preußische SPD-Ministerpräsident Otto Braun stellte die entscheidende Frage: „Sollen die halbasiatischen schnapsgefüllten russischen Kosakenhorden die deutschen Flure zerstampfen, deutsche Frauen und Kinder martern, die deutsche Kultur zertreten?" So gestellt lautete die Antwort natürlich „Nein"! Anfang August 1914 überschlug sich die SPD-Presse in Hassgesängen gegen den Zarismus, denen deutlich rassistische Elemente beigemischt waren. Im Gegensatz zur Verratsthese verortet Walter Benjamin das Scheitern der SPD in ihrem Konformismus, „der von Anfang an in der Sozialdemokratie heimisch gewesen ist." Elemente dieses Konformismus waren die Verteidigung des preußischen Staates, der Fortschrittsglaube und die protestantische Arbeitsmoral mit ihren Ingredienzien Disziplin, Ordnung und Gehorsam.

Einer der wenigen Intellektuellen, die dem kriegerischen Hurra-Chauvinismus widerstanden, war der spätere Dadaist



Hugo Ball. Im Januar 1919 veröffentlichte er die aufschlussreiche Schrift „Zur Kritik der deutschen Intelligenz", in der er ebenfalls die Verratsthese zurückwies. Auch für ihn waren der Einfluss des Protestantismus und des Preußentums in der Sozialdemokratie ausschlaggebend für die staatstragende Haltung. Hinzu kamen aus seiner Sicht ein erbitterter Anti-Zarismus und Anti-Slawismus, der über Wilhelm Liebknecht, Bebel, Marx und Engels, Lassalle bis auf Hegel zurück reichte. All dies hatte für Ball zur Folge, dass „noch 1914 fast die gesamte deutsche Sozialdemokratie auf das Märchen vom russischen Angriffskrieg hereinfiel. Es war tüchtig vorgearbeitet worden: ein halbes Jahrhundert lang."

Der Fortschritt und die geschichtslosen Völker

Hugo Ball hat mit seiner Behauptung Recht, dass ohne das spezifische sozialdemokratische Verständnis von Staat und Nation die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht erklärt werden kann. Diese waren nach Ball vor allem von Lassalle, dem charismatischen Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) geprägt. Lassalles Staatsbegriff orientierte sich an Hegel. Der Staat ist für Hegel das sittliche Ganze und deshalb Ausdruck der Vernunft. Nur im Rahmen eines Staates

Am 11. September fliehen Menschen aus der Staubwolke der zusammengestürzten Wolkenkratzer über die Manhattan-Brücke. Wütend scheuchen zwei Männer den Fotografen aus dem Weg. Hinter ihnen jedoch hebt ein anderer in vollem Lauf die eigene Kamera über den Kopf und fotografiert freihändig seine eigene Flucht. Haben der kämpfende Offizier im Irak und der fliehende Zivilist in New York subjektiv authentische Aufnahmen gemacht, die keiner Bildpolitik unterworfen waren? Wie kamen diese Aufnahmen der Öffentlichkeit zu Gesicht? Was ist hier Klischee, was Authentizität?



können das Individuum und die Gesellschaft seine Freiheit finden. Auch für Lassalle besteht der Staat unabhängig von den gesellschaftlichen Individuen und garantiert die „Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen." Anders als seine konservativen Gegenspieler ging Lassalle davon aus, dass die Erfüllung der deutschen Staatsidee noch nicht erreicht war, da die Arbeitermassen noch aus dem realen Staat ausgeschlossen waren.Die metaphysische Volksidee bedurfte Lassalle zufolge der Integration der deutschen Arbeiter, denn „sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll." Die Politik der SPD in Folge Lassalles zielte deshalb darauf ab, dass die Arbeiterklasse als vollwertiges Mitglied im deutschen Staat anerkannt werde. Im sozialen Volksstaat als Ausdruck des nationalen Volksgeistes und als Garant von Sittlichkeit, Fortschritt und Freiheit sah er den Endpunkt der Geschichte erreicht. Die etatistische, also am Wohle des Staates ausgerichtete Politik der Sozialdemokratie hat hier ihre Wurzeln. Trotz der vernichtenden Kritik von Marx am Gothaer Programm war der positive Bezug auf den Staat auch bei den Eisenachern vorherrschend, die neben dem ADAV die zweite Vorläuferorganisation der SPD war und denen Marx und Engels nahe standen.

Die Bejahung des Verteidigungskrieges

Die Wirkungsmacht dieses positiven Staatsbezugs sollte bei den beiden entscheidenden Debatten der II. Internationale deutlich werden: in den Diskussionen um die Vaterlandsverteidigung und um eine gerechtfertigte Kolonialpolitik.

In der Fokussierung auf die Zustimmung zu den Kriegskrediten wird gerne übersehen, dass für einen Großteil der sozialdemokratischen Partei die Unterstützung von Kriegen unter bestimmten Bedingungen schon früher vorstellbar war: wenn diese dem historischen Fortschritt dienten oder zur Verteidigung gegen einen äußeren Feind; oder man bediente sich – wie im Falle des Ersten Weltkrieg – einer Mischung aus beiden Argumentationssträngen.

Das Recht auf Selbstverteidigung war bereits beim deutsch-französischen Krieg von 1870 das entscheidende Argument. So schlugen sich Marx und Engels – und mit ihnen der gesamte Generalrat der I. Internationale – in diesem Krieg zunächst auf die Seite von Preußen und Bismarck, weil sie davon überzeugt waren, dass Preußen einen Verteidigungskrieg führe. Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sah sich „hineingenötigt in einen Verteidigungskrieg als unvermeidliches Übel". Da Bonaparte den Krieg entfesselt habe, musste man dem Friedensbrecher entgegentreten. Der Braunschweiger Zentralausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei am 24. Juli: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen." Marx hoffte, dass die notwendigen „Prügel" für die Franzosen und ein Sieg Bismarcks zu einer Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse führen und so deren Schlagkraft gesteigert werde. (1) Erst als sie sahen, dass Preußen mitnichten einen Verteidigungskrieg führte, rückten sie und der Generalrat von dieser Position ab.

Krieg für den historischen Fortschritt

Die Rechtfertigung des Krieges im Dienste des historischen Fortschritts war in verschiedenen Debatten zentral. Bei Lassalle folgte der Kampf der Völker dem darwinistischen „survival of the fittest". Die Unterlegenen sind für Lassalle der Eroberung preisgegeben. „Wie nun das Recht der Geschichte und ihrer Gesamtentwicklung das größere ist gegen das ihrer einzelnen Adern – der besonderen Völker –, (...) so bleibt das Recht der Volksgeister auf eigene Existenz daran gebunden, dass ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozess des Ganzen schritthaltender Volksgeist da sei. Andernfalls wird die Eroberung ein Recht entweder von vorneherein oder sie wird sich hinterher als solche erweisen". Bei Marx und Engels sind „geschichtslose Völker" Werkzeuge der Reaktion, die bekämpft werden müssen. Den Fortschritt repräsentierten für sie die Kolonisatoren, die mit ihren Eroberungen ja erst einen Weltmarkt schufen. Sie verteidigten deshalb die Annexion Kaliforniens durch die „energischen Yankees" gegenüber den „faulen Mexikanern"; in der Eroberung Algeriens durch Frankreich sahen sie eine „günstige Tatsache für den Fortschritt der Zivilisation". Für Engels waren die südslawischen Völker der Inbegriff der reaktionären Völker. Ihnen gegenüber hegte er Vernichtungsphantasien. „Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese *Völkerabfälle* werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Kontrerevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist".

Die Notwendigkeit, die überlegene deutsche Kultur und Nation gegen die rückschrittlichen slawischen Völkern und vor allem den russischen Zarismus zu verteidigen, galt schon immer als selbstverständlich. Darüber ließ Bebel auf dem Erfurter Parteitag von 1891 keinen Zweifel. „Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, (...) so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands ste-



hen, und werden dem entgegentreten". Russland wurde zum absoluten Feind hochstilisiert und konnte so als Katalysator für die Ausbildung einer Pro-Kriegs-Position fungieren.

Auch in der Haltung zur deutschen Kolonialpolitik zeigten sich die Fallstricke der liberalen und sozialdemokratischen Fortschrittsidee und eines kulturnationalistisch begründeten Eurozentrismus. Viele Sozialdemokraten rechtfertigten den Kolonialismus wegen seiner „zivilisatorischen Funktion". So meinte Eduard Bernstein, bei der erpressten Pachtung von Kiautschou (1900) in China sei nicht das Ob, sondern das Wie entscheidend. Da man „tropische Produkte genieße, könne es nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirtschaften." Das „Recht der Wilden" auf den Boden könne nur als bedingtes Recht anerkannt werden. „Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht." Die Vertreter eines großen deutschen Kolonialreiches waren in der Sozialdemokratie einflussreich. Zur Legitimation wurde von den Parteivertretern ein ganzes Bündel unterschiedlichster Argumente in den Ring geworfen: z.B. die Verringerung der Arbeitslosigkeit durch die Absatzsteigerung auf den ausländischen Märkten oder die Notwendigkeit von Kolonien als Rohstoffquelle. All dies sei im Interesse des „weißen Proletariats", so der Sozialdemokrat Quessel. Die Grenzen des Internationalismusverständnisses der II. Internationale und des ihm zugrunde liegenden rassistische Überlegenheitsdünkels werden auch in Bebels Schrift „Die Frau und der Sozialismus", dem meistgelesenen Werk in der deutschen Sozialdemokratie, deutlich: „Neger-, Hottentotten-, Hindufrauen haben eine erheblich größere Schädelkapazität als Deutsche, Engländerinnen und Pariserinnen, und doch sind die letzteren sämtlich intelligenter".

Kampf den vaterlandslosen Gesellen

Fortschrittsidee und kulturpatriotischer Nationalismus markieren den Horizont des Internationalismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Vorstellung, Teil einer fortschrittlichen Nation zu sein, teilten vor allem die Vertreter der westeuropäischen Staaten. Daraus entwickelten sie einen positiven Bezug zur Nation. Immer wieder betonten einflussreiche Politiker der II. Internationale wie Jaurès, Millerand, Bebel oder Kautsky die harmonische Beziehung zwischen einem patriotischen Nationalismus und einem Internationalismus. „National und international sind also keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig" (Bebel). Mit dem Verweis auf den eigenen Patriotismus wird dem Vorwurf begegnet, „vaterlandslose Gesellen" zu sein. Georg von Vollmar, der Führer der bayerischen Sozialdemokraten, dürfte auf dem Kongress der sozialistischen Internationale 1907 in Stuttgart das Verständnis von Nationalismus und Internationalismus der meisten Sozialdemokraten getroffen haben: „Es ist nicht wahr, dass international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, dass wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein." Deshalb warnte er vor der „Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Unterganges in einen formlosen Völkerbrei".

In seiner Schrift „Patriotismus und Sozialdemokratie" warf Kautsky seinerseits den Angehörigen der Bourgeoisie vor, vaterlandslose Gesellen zu sein. Denn im Gegensatz zu den Arbeitermassen bedeutet für sie Patriotismus „nicht Hingabe an das Vaterland, das Opfern von Gut und Blut für das Vaterland, sondern die Ausbeutung des Vaterlands". Dass in diesem Lob des Patriotismus bereits eine sozialchauvinistische Position angelegt war, erkannten nur wenige einflussreiche Mitglieder der II. Internationale – wie der Holländer Domela Nieuwenhuis und der Franzose Gustave Hervé, einer der zentralen Sprecher des antimilitaristischen Flügels in der Vorkriegszeit. Hervé, später selbst ein begeisterter Kriegsbefürworter und Führer einer kleinen faschistischen Partei, traute den antimilitaristischen Bekundungen der deutschen SPD nicht. Auf dem Kongress der II. Internationale 1907 in Stuttgart warf er ihr Spießertum vor. Sie sei nur noch eine Wahl- und Zahlenmaschine, die mit Stimmzetteln die Welt erobern wolle.

Am Ende eines langen Marsches

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten war die Sozialdemokratie endgültig im Staat und in der Nation angekommen. Ein langer Marsch war an sein Ende gelangt. Damit gingen sie den umgekehrten Weg wie viele Vertreter der künstlerischen Avantgarde. Auch diese hatten den Krieg anfangs enthusiastisch unterstützt. Aber sie verbanden mit dem Krieg die Hoffnung auf einen Neuanfang, einen Ausbruch aus den Konventionen der Vorkriegszeit, in der alles nur noch als Fassade wahrgenommen wurde. Der Krieg war für sie das willkommene reinigende Gewitter. Nach den Erfahrungen in den Schützengräben wandten sich viele dieser „konformistischen Rebellen" angewidert von ihrer sozialchauvinistischen Kriegseuphorie ab. Eine erhebliche Zahl, unter ihnen z.B. Toller und Mühsam, schlossen sich der radikalen Linken an und sollten dann in der Novemberrevolution von 1918 eine entscheidende Rolle spielen. Im Gegensatz dazu hielt die Mehrheitssozialdemokratie an ihrer staatstragenden Rolle auch nach dem Krieg fest. Im Bündnis mit dem reaktionären General Groener ließen Ebert, der die Revolution hasste wie die Pest, und Noske die Revolution niederkartätschen.

Anmerkung:

1) Brief an Engels vom 20. Juli 1870

***Moe Hierlmeier** ist Mitglied des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft und Redakteur von* Fantômas. *Er ist Mitautor und -herausgeber des BUKO-Buches „radikal global – Bausteine für eine internationalistische Linke" (Verlag Assoziation A, Mai 2003). Zuletzt veröffentlichte er „Internationalismus – Eine Einführung in die Ideengeschichte von Vietnam bis Genua" (Stuttgart 2002).*

„Wir haben die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert“

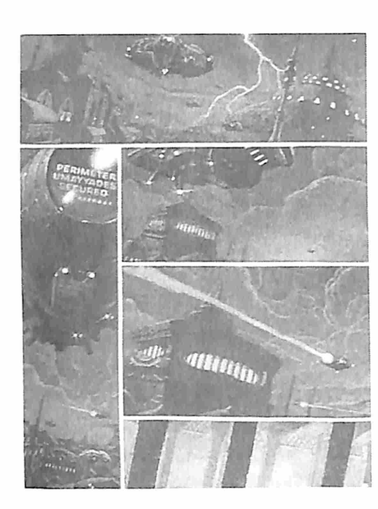
Guerillaerfahrung und Widersprüche im globalen Klassenkampf

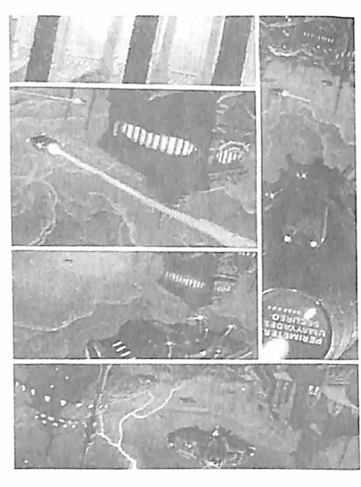
Ein Gespräch mit Andreas-Thomas Vogel

Die Niederlagen der Linken und der sozialen Bewegungen vollenden sich erst im Verlust der historischen Erfahrung, in dem vergessen und verdrängt zu werden droht, warum und für welche einstmals offene Möglichkeit der Kampf überhaupt gewagt wurde. Die Verdrängung resultiert vor allem daraus, dass es die Sieger sind, die über die Geschichte verfügen. Linke Politik ist deshalb immer auch Geschichts- und Erinnerungspolitik, die das Gewordene nur dann erklärt, wenn sie dabei das möglich Gewesene zu retten versucht. Nur aus der Erinnerung der unerfüllt gebliebenen Möglichkeit heraus wird Kritik, auch die Kritik der eigenen Geschichte, zur Voraussetzung des Neubeginns. In einer Zeit, in der der Fortbestand von Herrschaft durch eine Militärmaschinerie noch nie dagewesenen Ausmaßes gesichert werden soll, gilt das auch und gerade für die von Marx überlieferte Einsicht, nach der die Waffe der Kritik bisweilen auf die Kritik der Waffen angewiesen ist.

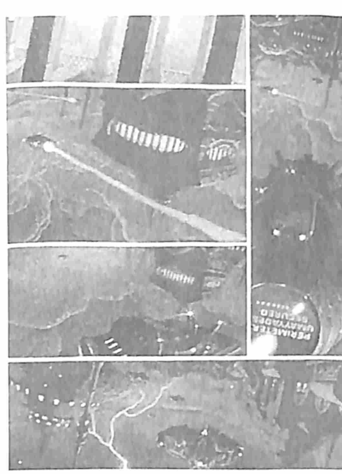
Wer eine Geschichte erzählen will, braucht einen Anfang und platziert sich damit in einem Geflecht von Geschichten und einem Gewirr von Stimmen, die durcheinanderreden und sich dabei oft widersprechen. Du wirst von der Geschichte der Stadtguerilla in Deutschland sprechen: Womit willst Du anfangen und wem wirst Du widersprechen?

ATV: Ich wähle nicht einen, sondern zwei Anfänge. Der erste führt in die Jahre nach 1968 und damit in die Zeit zurück, in der die Stadtguerilla entstand. Der zweite liegt weit vor dieser Zeit und ist trotzdem nicht weniger wichtig. Um mit dem zweiten anzufangen: am Beginn unseres bewaffneten Kampfes steht die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und der Niederlage der KPD. Das war es, was einer Linken in Deutschland nie wieder passieren sollte: dass die größte kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion im Grunde in einer Nacht abgeräumt wird. Zehntausend Kader wurden verhaftet und damit der notwendige unmittelbare Widerstand gebrochen. Drei Millionen Mitglieder warteten im Augenblick der Gefahr auf das Signal aus Berlin oder Moskau zum bewaffneten Aufstand, das niemals kam. Deshalb stellten wir die Frage der Gegenmacht schon beim ersten Auftreten, mit der Herausbildung einer kämpfenden Organisation, die uns von Anfang an die Möglichkeit selbstständigen Handelns eröffnen sollte. Im Gegensatz zu dem, was heute über uns und überhaupt über die Neue Linke erzählt wird, bestimmten wir die Form und die Mittel unseres Kampfes also gerade aus der Reflexion auf den Faschismus. Unser Schluss trennte uns von DKP, SDAJ und den K-Gruppen, die allein positiv an









die Politik der historischen KPD anknüpften. Bei mir beruhte das auf persönlicher Erfahrung, weil ich aus der Gründungsphase der SDAJ Ende der 60er Jahre kam.

Die Reflexion auf den Faschismus bei Teilen der heutigen Antifa und erst recht bei den Antideutschen führt zu einer völlig ahistorischen Übertragung der damaligen Konstellation auf die Gegenwart. Wir dagegen bestimmten, und das war unser zweiter Ausgangspunkt, vom Faschismus aus den spezifischen Unterschied der damaligen Situation. Und die war durch die internationale Dimension der Revolten bestimmt, die uns mit den Kämpfen des Südens, aber auch mit denen im sog. sozialistischen Lager verband, z. B. den Kämpfen in Polen 1970. Das war eine absolut neue Situation, und erst in der Verbindung der Konsequenzen, die wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zogen, mit den so noch nie da gewesenen Möglichkeiten der Gegenwart entstand unser eigener Prozess. Das ergibt sich erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, nach 1968 also. Aber wir kämpften auch gegen die postfaschistische Zurichtung Westdeutschlands, gegen die Meister in den Betrieben, den autoritären Schul- und Unibetrieb ... Wäre 1968 nur eine Studentenbewegung gewesen, wären die Umbrüche nicht in jeder Fabrik, jeder Schule, letztlich jedem Dorf spürbar geworden.

Die Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungskämpfen war auch vor euch schon wichtig. Worin bestand das Neue etwa gegenüber der Algeriensolidarität Anfang der 60er Jahre?

Das Neue lag darin, dass es um mehr als nur um Solidarität, sondern um einen gemeinsamen Kampf ging. Man betrachtet die antikolonialen Befreiungskämpfe heute als eine Art Anachronismus, als von im Grunde bürgerlichen Bewegungen unternommenen Versuch einer nationalen Befreiung im strikten Sinn des Worts. Aber das war für uns gar nicht der Punkt, da gab es auch wenig Illusionen. Entscheidend war, dass die antiimperialistischen Kämpfe innerhalb eines real internationalen Kampfes geführt wurden, der auch und gerade in den Metropolen zu entscheiden war. Das war der Sinn der Formel von der „Einkreisung der Städte durch die Dörfer im Weltmaßstab" (Lin Biao), in der sich der politische Einsatz einer Linken verdichtete, die sich spontan, aber auch organisiert weltweit aufeinander bezog: Wir kämpfen hier, andere in Vietnam oder Lateinamerika, gemeinsam kämpfen wir gegen den selben Feind und erst der Zusammenhang entscheidet, was damit möglich wird. Im Blick zurück hängt alles davon ab, ob man von diesem Einsatz und damit von der historischen Perspektive der Beteiligten ausgeht oder nur von dem, was tatsächlich erreicht wurde. In diesem Fall schreibt man zwangsläufig die Geschichte der Sieger und nimmt den Unterlegenen noch ihre Möglichkeiten, die nach einer Niederlage natürlich nur als illusorisch erscheinen. Ich denke aber, dass die „Einkreisung der Städte durch die Dörfer" real möglich war, und wenn ich heute die Kämpfe von damals kritisiere, gehe ich von dieser Möglichkeit aus. Dadurch bleibt die Geschichte offen.

Du hast von einem doppelten Anfang gesprochen, nach der Niederlage der kommunistischen Bewegung im Faschismus und im weltweiten antiimperialistischen Kampf. Wie habt ihr beides zusammengeführt?

Für uns kam das in unserem Begriff des Klassenkampfs zusammen. Die kommunistische Bewegung hatte das revolutionäre Subjekt in der industriellen Arbeiterklasse vorausgesetzt. Der Klassenkampf erschien ihr als kontinuierlicher Fortschritt, der schlimmstenfalls behindert, aufgehalten oder unterbrochen werden könnte. Unser Ausgangspunkt war die endgültige Niederlage dieser Politik im Faschismus und die Erfahrung, dass die industrielle Arbeiterklasse der Metropolen im weltrevolutionären Zusammenhang die Funktion einer „Arbeiteraristokratie" einnahm. Das führte uns zu zwei grundlegenden Neuerungen: Die Klasse ist nicht gegeben sondern bildet sich erst im Kampf, und dieser Kampf ist kein steter Fortschritt, nichts statisches, sondern muss immer neu begonnen werden. Und weil wir aus einer Position der Schwäche beginnen mussten, nach dem Faschismus und im internationalen Zusammenhang, wollten wir den Klassenkampf selbst allererst freikämpfen, als Voraussetzung der Konstitution einer kämpfenden Klasse. Der Ort dafür waren

Reklame, Unterhaltungs- und Massenkunst müssen ihre Darstellungsformen zunehmend an die Sehkonventionen der elektronischen Bildproduktion und Bildübermittlung anpassen, wollen sie authentisch wirken. Dabei fixiert sich die Bildkultur auf die utopische Zerstörung oder Selbstzerstörung der modernisierten Lebenswelt in finalen Kriegen und Katastrophen. Sie entstammt der Tradition von utopischer Literatur und Science Fiction, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Fernsehens beim Massenpublikum durchgesetzt, ist heute gesellschaftlich und künstlerisch differenziert und passt ihr Erscheinungsbild immer enger der zeitgeschichtlichen Erfahrung an.

dann weder die Fabrik noch das Stadtviertel, sondern allein der Kampf selbst, der überall geführt werden musste, und sein Subjekt waren nicht die Arbeiter sondern alle, die zu kämpfen begannen, egal wo sie herkamen. Aus der Position einer radikalen Minderheit hieß das: die staatliche Einkreisung in exemplarischen Aktionen durchbrechen um zu zeigen, dass und wie man kämpfen und siegen kann. Zugleich ging es darum, dem Gegner, aber auch denen, die man gewinnen wollte, zu zeigen, dass es einem ernst war, dass der Kampf den Einsatz der eigenen Subjektivität verlangte – gerade weil es kein „revolutionäres Subjekt" gab, sondern dieses Subjekt erst zu schaffen war. Das einzige, was wir voraussetzten, war der weltrevolutionäre Zusammenhang als reale Möglichkeit. Objektiv war der Übergang zum Kommunismus in den Metropolen möglich, wir wollten die subjektive Voraussetzung dafür mitschaffen.

Damit sind wir aber mitten in der Kritik, die heute an der Guerilla und überhaupt an der undogmatischen antiimperialistischen Linken geübt wird, die Kritik z. B. an einer Strategie der Eskalation, die den Faschismus regelrecht hervorkitzeln will und sich dabei an einer Rhetorik des Antirevisionismus und Antireformismus berauscht, die mit äußerst fragwürdigen Begriffen und Parolen hantiert, denken wir an die Gleichstellung der USA mit dem Dritten Reich, der die Darstellung der BRD als einer „US-Kolonie" entsprach.

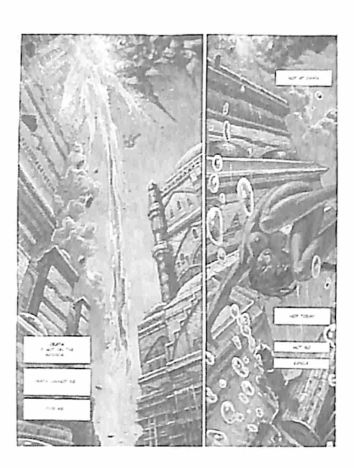
Ach, das ist eine typisch deutsche und zugleich eine akademische Angelegenheit, weil da eine Entwicklung nicht aus dem realen Geschehen beurteilt wird, sondern allein anhand von Texten, in denen man natürlich immer fündig wird. Die Wörter werden als etwas Endgültiges genommen, und dabei übersieht man, dass mit ihnen etwas Neues gedacht werden sollte, unter Bedingungen, über die wir gerade hinaus wollten. Als die RAF 1972 die Einrichtungen des US-Militärs in Deutschland angriff, die in den Vietnam-Krieg einbezogen waren, waren wir auch mit der Teilung Deutschlands, der Einbeziehung in die konkurrierenden Blöcke, dem Verhältnis USA-BRD und somit der begrenzten Souveränität der BRD konfrontiert, und im imperialistischen Machtgefüge verstanden wir uns als Teil des weltweiten antiimperialistischen Widerstands, in organisierter Verbindung mit lateinamerikanischen und palästinensischen GenossInnen. Da wurden radikal unterschiedliche Erfahrungen ausgetauscht, für die angemessene Begriffe erst zu schaffen waren. Natürlich war da vieles von Anfang an falsch, Parolen wie „USA-SA-SS" und die Bestimmung der BRD als „US-Kolonie". Und natürlich war es eine Relativierung des Faschismus, wenn wir z.B. von „Reformfaschismus" gesprochen haben. Aber es ging uns bei all dem gar nicht um unsere Bewertung des Dritten Reiches, sondern um die Bestimmung der Gegenwart, z.B. um den Zusammenhang von Kapitalismus und repressiver Modernisierung, der war für den Faschismus wesentlich und für das, was jetzt vor sich ging. Natürlich würde ich heute die Hochsicherheitstrakte nicht mehr als „KZ" bezeichnen und „Staatsschutz" nicht mehr mit „SS" abkürzen. Und im hundersten Flugblatt, in dem das auftauchte, war das tatsächlich unerträglich geworden.

Was andererseits Antirevisionismus und Antireformismus angeht, die ja auch für die Spontis und die K-Gruppen prägend waren, da ist neben der historischen Rolle von Sozialdemokratie und Parteikommunismus von entscheidender Bedeutung, dass die Mehrheit der Linken schon in der Ära Brandt-Schmidt der kapitalistischen Modernisierung offen in die Hände arbeitete, in SPD, DKP, den Gewerkschaften und so auch in den Staatsapparaten, und dass dieser Prozess viel schneller voranschritt als unserer. Auch hier ging es um die Zuspitzung einer aktuellen Auseinandersetzung, um den Versuch, eine fatale Entwicklung zu stoppen, und nicht um korrekte akademische Begriffe. Man kann das eine nicht vom andern, die Begriffe nicht von der Praxis trennen, die mit ihnen eröffnet oder verteidigt werden sollte.

Dann nehmen wir's doch mal von der Mitte her, Begriff und Praxis, und das heißt: Begriff und Gewalt.

Gewalt, das war und ist zuerst die herrschende Gewalt, unmittelbar in der Repression, mittelbar im Macht- und Ausbeutungsverhältnis selbst. Ihr setzten wir unsere Gewalt entgegen als das, was sich zugleich dem Imperialismus und der Einholung in die Modernisierung entzog. Das bestimmte die 70er Jahre, von Seiten der gesamten Neuen Linken und von Seiten des Staates. 1977 war dann die äußerste Eskalation, von uns aus im Kampf um die Gefangenen und in der Niederlage in diesem Kampf, im Tod der Gefangenen, und vom Staat aus – das wird heute immer übersprungen, auch von vielen Linken! – im systematischen Angriff nicht nur auf die Guerilla, sondern auf den emanzipatorischen Prozess seit 1968, mithin auf die gesamte Gesellschaft.

Unser Ausgangspunkt war die Schwäche der Minderheitenposition, im Unterschied zu denen, die sich wie die meisten K-Gruppen und Spontis auf eine imaginierte Arbeiterbewegung bezogen. Nach der Eskalation von 1977 hat sich dann gezeigt, dass unsere Position realistischer war, jedenfalls in der Behauptung und Fortentwicklung einer radikalen Position. Denn binnen weniger Jahre gabelte sich die Linke endgültig in zwei Linien: einerseits bezogen sich Zehntausende aktiv oder passiv auf die Grünen und verengten ihren politischen Horizont Zug um Zug auf die Teilhabe an der staatlichen Macht, andererseits wuchs die Chance, dass sich die Guerilla, die weitere radikale Linke und die Militanz sozialer Bewegung verbinden würden. Das wurde in den 80er Jahren von immer mehr Leuten aufgegriffen, die ihre eigene Praxis ebenfalls mit Gewalt verteidigten, in den Häuserkämpfen und dort, wo die Anti-Atombewegung, die Bewegung gegen die Startbahn-West und die Bewegung gegen die Aufrüstung auch und gerade durch ihre Militanz gesellschaftlich relevant wurden. Darin sahen wir Momente einer sich bildenden kämpfenden Klasse im fortgesetzten Bruch mit den herrschenden Verhältnissen, und hier fiel der Gewalt eine entscheidende Rolle zu, weil




sie die mögliche Gegenmacht exemplarisch zur Geltung brachte und die Vereinnahmung zurückwies.

Da ist meine historische Wahrnehmung etwas anders. Natürlich ist richtig, dass die Vereinnahmung großer Teile der Linken nach 1977 rasant voranschritt und sich die radikale Ablehnung des Bestehenden zunehmend auf die militante Linke beschränkte. Und trotzdem habe ich diese Zeit als die einer fortschreitenden Abkapselung des Linksradikalismus gegen die soziale Realität erfahren, als Prozess einer Selbstverhärtung der Guerilla, aber auch der Autonomen. Damit einher ging eine meinen politischen Intuitionen zuwiderlaufende Moralisierung des eigenen Handelns, die zur Selbstüberforderung und zugleich zur bigotten Verurteilung aller anderen führte. Das eine schlug beständig in das andere um, und die Gewalt schien mir dafür eher ein Katalysator zu sein, ein Reflex des Verlustes.

Das alles hat es gegeben, und es ist dabei zu furchtbaren Fehlern, auch zu Verrohung gekommen. Doch der zentrale Einwand, nach dem sich die Verfolgten und Unterdrückten durch ihre Gewalt den Verfolgern und Unterdrückern angleichen, trifft nie die soziale Praxis organisierter Gegengewalt als solche, sondern immer nur den einzelnen Fall, selbst wenn es sich dabei um viele „Fälle" handelt und es nicht nur um individuelle Fehler geht. Unsere Gewalt war immer minoritär und damit von der Gewalt des Staates unterschieden, in quantitativer Hinsicht und, was wichtiger ist, in qualitativer Hinsicht, weil sie keine soldatische Praxis war. Das zeigte sich auch und gerade in der Gefangenschaft, in die ich mit vielen anderen GenossInnen kam, wo man schließlich mit dem Rücken zur Zellenwand steht und vor sich nur noch die Gewalt des Apparats hat. Wir definierten selbst das Gefängnis als Kampfplatz, erst zusammen mit den sozialen Gefangenen, dann im Kampf gegen die Sonderbedingungen und schließlich in der Verbindung mit den Kämpfen, die draußen gegen das Gefängnis geführt wurden. Diese Auseinandersetzungen waren ein wichtiger Teil der Kämpfe, in denen Guerilla und soziale Militanz jedenfalls tendenziell eine Massenbasis gewinnen konnten, und der zentrale Punkt war immer, den Versuch des Staates zurückzuweisen, unserem Handeln die politische Dimension abzusprechen. Das führte bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein und markierte zugleich einen weiteren Bruch mit der Geschichte. Die kommunistische Linke definierte vor uns das Gefängnis als Ort, wo du „außerhalb" des Klassenkampfes bist. Wir haben das Gefängissystem selbst in Frage gestellt und diesen Kampf innen wie außen geführt, mit zunehmender Unterstützung von vielen tausend Menschen. Wir haben damit die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert.

Selbstbezüglichkeit und Verhärtung hatten dabei nur insofern mit unserer Gewalt zu tun, als uns deren Veränderung misslang. Um noch einmal auf die erste Hälfte der 80er Jahre zurückzukommen: Es gab damals eine Verbreiterung der militanten Linken in Verbindung mit Bewegungen, die sich radikalisierten, und gleichzeitig wurden die herrschenden Verhältnisses umfassend modernisiert. Zugleich gab es die imperialistische Offensive auf Weltebene, wo sich die Niederlage der Kämpfe im Süden und der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks bereits ankündigten. In dieser Situation – und das ist mein Punkt – wäre eine Neukonstituierung der antagonistischen Linken fällig gewesen, die diese drei Momente berücksichtigt hätte, ein Bruch, den wir, den die Autonomen, aber auch die sozialistischen, kommunistischen und sogar die reformistischen Linken hätten vollziehen müssen. Zu diesem Neuanfang ist es aber nicht gekommen, und daraus resultierte dann die Selbstverhärtung der Übriggebliebenen, aber auch die Korruption oder wenigstens Resignation zahlloser Linker. Wir reden hier ja schließlich von der Mehrheit der Generationen von 68 und 77.

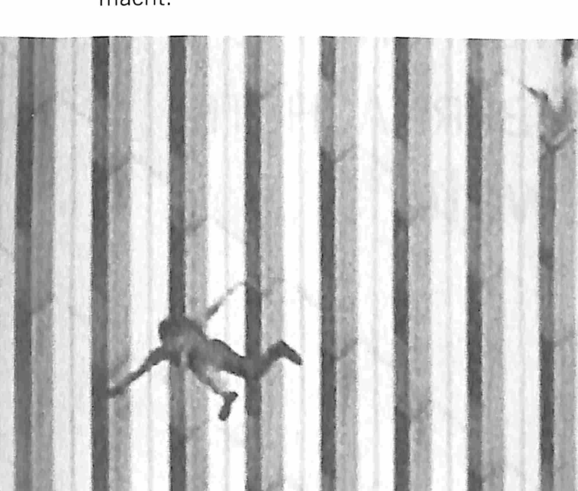
Wie hätte ein solcher Neuanfang denn aussehen können?

Unsere Überlegungen kreisten damals um die Frage, wie der sich anbahnende Zusammenhang von Guerilla, der weiteren Linken und radikalisierter sozialer Bewegung organisiert werden könnte. Uns war klar, dass das weder von der Guerilla, noch in Form einer Partei und auch nicht durch die autonome Szenepolitik zu leisten war, dass man diese Formen gerade überwinden müsste. Solange eine Lösung nicht gefunden war versuchten wir, irgendwie durchzuhalten, weiterzumachen,

Im Septemberheft 2001 des New Yorker Comic-Magazins Heavy Metal *erschien eine Episode der Yiu-Comics, in der die oberste Etage eines Hochhauses in einer Feuerwolke explodiert. Kopfüber stürzt Yiu, die Heldin, in die Straßenschlucht hinab. Textblasen notieren ihre letzten Gedanken im freien Fall. „Death is not on the agenda", „Not today", „Not so easily". Kurz darauf konnte man die bunte Bilderfolge neben die Teleobjektiv-Aufnahmen der Todesstürze aus dem brennenden Südturm des World Trade Centers legen. Jetzt fügten sich auch die Bilder des 11. September in die imaginären Katastrophen ein, mit denen uns die visuelle Medienkultur vertraut gemacht hat.*

stets im Blick auf den nötigen Neuanfang. Als der dann ausblieb, verselbstständigte sich das Durchhalten-Wollen, das war dann die Niederlage. Je länger man durchhielt, desto hohler wurde die eigene Position und auch die eigene Analyse.

Das endgültige Aus kam in dem Augenblick, als sich ausgerechnet 1989, im Durchmarsch der kapitalistischen Modernisierung und des Imperialismus und zu einer Zeit, als die soziale Bewegung gegen Null ging, die Einschätzung ausbreitete, es sei nun eine neue Offenheit eingetreten, man müsse Gewaltverzicht leisten und mit der Staatsmacht verhandeln, um die Gefangenen, die nicht freizukämpfen waren, auf diesem Wege rauszuholen. Das hat unseren Prozess erledigt. Und wenn du von Selbstverhärtung und Abkapselung sprichst, dann bestimmte die zur selben Zeit auch die übrige Linke. Nimm doch nur mal die „Nie wieder Deutschland!"-Demonstration in Frankfurt 1991. Was dort als Neubeginn verkauft wurde war doch eine Bankrotterklärung: man hatte nichts mehr vorzubringen und feierte sich gerade dafür. Das ist der springende Punkt, für uns und für alle anderen Linken. Wer zum Bruch mit den Verhältnissen und zum Bruch mit dem eigenen Scheitern nicht mehr in der Lage ist, verbarrikadiert sich in der eigenen Marginalisierung. Die Antideutschen haben das dann zum Beweis der eigenen Überlegenheit erhoben und paradoxerweise darin ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen gemacht.

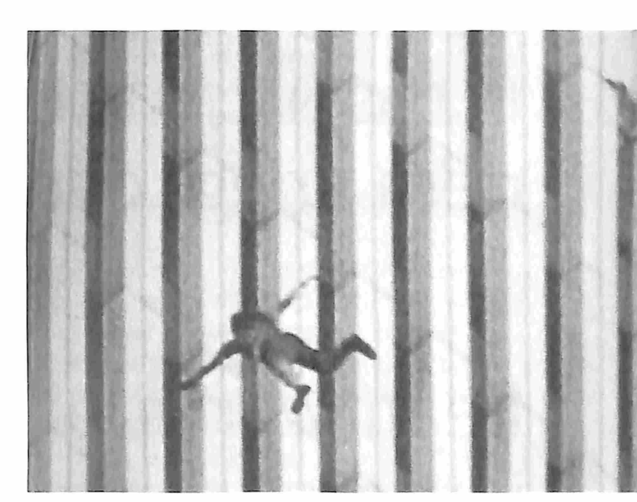


Damit sind wir mitten in der Gegenwart. Du hast vom imperialen Durchmarsch Ende der 80er Jahre gesprochen, heute steht die US-Armee in Bagdad, morgen vielleicht in Damaskus. Sich dieser Militärmaschinerie bewaffnet in den Weg stellen zu wollen ist offensichtlich ein hoffnungsloses Unterfangen. Und doch hat Al Qaida gezeigt, dass die USA angreifbar geblieben sind. Allerdings kann der Gewalt des 11. September kein emanzipatorischer Gehalt mehr zugeschrieben werden.

Schon im zweiten Golfkrieg, also bereits 1991, wurde klar, dass der „langandauernde Volkskrieg" und die reale Möglichkeit einer „Einkreisung der Städte durch die Dörfer" definitiv der Vergangenheit angehörten. Der irakische Überfall auf Kuwait war reaktionär wie das Regime selbst und kein antiimperialistischer Akt, sowenig wie Jahre zuvor der sowjetische Einmarsch in Afghanistan. Die Pulverisierung zigtausender irakischer Soldaten durch das US-Militär war dann der grauenhafte Beweis für die völlige Umwälzung der internationalen Macht- und Gewaltverhältnisse. Seither sind die Länder des Südens und Ostens zu Orten eines unaufhörlichen Gemetzels, nicht enden wollender Massaker geworden, denken wir an Ruanda, an Angola, an den Kongo, aber auch an Jugoslawien oder an Grosny. Auch das ist die Vorgeschichte des 11. September, der dann tatsächlich wieder einen Einschnitt markiert. An diesem Tag hat „der Süden" zwar erstmals wieder „den Norden" angegriffen, und tatsächlich demonstriert Al Qaida die Verwundbarkeit des Imperialismus. Aber das Szenario hat mit der Konstellation der „Dörfer" und der „Städte" nichts mehr zu tun. Diese Konstellation artikulierte eine bestimmte historische Form des globalen Klassenwiderspruchs, und der spielt für Al Qaida keine Rolle, das zeigt die Aktion des 11. September, die auch deshalb reaktionär war, weil sie sich unterschiedslos gegen einen sozial homogenisierten „Feind" richtete. Und das in einer Situation, in der gerade in den Metropolen erstmals wieder eine Bewegung entsteht, die den internationalen Zusammenhang denkt und nicht metropolenzentristisch handelt. Der globale Klassenwiderspruch ist also nicht erledigt, sondern bildet im Norden wie im Süden noch immer den Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik, in Fronten, die heute viel verschlungener sind als im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, weil wir jetzt den Süden im Norden und den Norden im Süden finden. Insofern geht es heute, wenn auch unter völlig veränderten Bedingungen, noch immer darum, den Klassenkampf freizukämpfen.

***Andreas-Thomas Vogel** lebt in Frankfurt/Main und arbeitet in der bundesweiten Initiative Libertad!, die u.a. 2001 die Online-Demonstration gegen die Lufthansa mit organisierte. Er war Mitglied der Bewegung 2. Juni und deswegen 10 Jahre in Isolationshaft. Innerhalb der Guerillaorganisation trat er für die Einheit der bewaffneten Linken und den Zusammenschluss von Bewegung 2. Juni und Rote Armee Fraktion 1980 ein.*

*Mit **Andreas-Thomas Vogel** sprach **Thomas Seibert**.*



kein krieg mehr, niemals und nirgends.

wer desertiert, verweigert sich
DEM BRAUCH EIN STÜCK EISEN ZU STECKEN
IN DAS NÄCHSTE FLEISCH ODER INS ÜBERNÄCHSTE.
dem krieg, der macht, der gewalt.

beantwortet eine frage:
WAS GEHT MICH DEINE LEICHE AN.

Den Krieg verweigern, um Würde kämpfen

Die Geschichte des Wehrmachts-Deserteurs Ludwig Baumann

Von Theo Bruns und Stefanie Graefe

„Wir wollen all diese lächerlichen Denkmäler für diejenigen, ‚die fürs Vaterland gefallen sind', die uns in jedem Ort anstarren, zerstören und an ihrer Stelle Denkmäler für die Deserteure errichten. Diese Monumente für die Deserteure werden auch an diejenigen erinnern, die im Krieg starben, denn jeder von ihnen verfluchte dabei den Krieg und beneidete die Deserteure um ihr Glück. Widerstand entsteht aus Desertion."

Mit diesen Worten zitieren Michael Hardt und Antonio Negri in *Empire* einen antifaschistischen Partisanen aus Venedig im Jahre 1943, und sie erklären später: „Die Desertion verfügt über keinen Ort; sie ist die Evakuierung der Orte der Macht." Anders gesagt: Im Akt der Desertion entzieht sich ein Subjekt der unterwerfenden Macht konsequent durch sein radikales „Dagegen-Sein". Gerade deshalb muss „der Deserteur" den vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Kriegstreiber-Eliten als besonders gefährlich erscheinen. Denn der desertierende Soldat verweigert nicht nur die unmittelbare Beteiligung am Krieg, sondern auch die Verkörperung von Männlichkeitsmodellen, die entlang der Qualitäten „furchtlos", „tapfer", „vaterlandstreu" oder „kameradschaftlich" entworfen werden und sich oft genug nahtlos in militärische Vernichtungslogik übersetzen lassen. Und umgekehrt ist „der Deserteur" mehr als eine konkrete Person in einem konkreten Moment: eine Lebensform, die weit über den Augenblick der Verweigerung hinausreicht und doch erst durch diesen verstanden werden kann.

Die Geschichte des Wehrmachts-Deserteurs Ludwig Baumann zeigt eben dies: dass Desertion ebenso ein einmaliger Akt radikaler Widerständigkeit wie eine Weise zu existieren sein kann; eine Existenzweise, von der man lernen und die man respektieren sollte – allerdings ohne sie romantisch zu verklären: Wenn der venezianische Partisan vom „Glück" der Deserteure spricht, dann war das Glück des Wehrmachts-Deserteurs Baumann vor allem das ungeheure Glück, überlebt zu haben. Denn die NS-Militärjustiz war der blutigste Teil des – justiziellen – Terrorregimes der Nazis: Während Volksgerichtshof und Sondergerichte zusammen ca. 16.000 Todesurteile fällten, waren es bei der Wehrmachtjustiz 30.000, und wenn man das zivile Gefolge mit einrechnet, sogar 50.000 Todesurteile. Mindestens 25.000 davon wurden vollstreckt.

„Ich wollte ja gar kein Soldat sein"

Ludwig Baumann ist 81 Jahre alt und seit 1990 Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz". Er wohnt in einer bescheidenen Reihenhaus-Siedlung in Bremen-Vegesack, begrüßt uns freundlich und erzählt uns bereitwillig seine Geschichte, wie er das inzwischen schon sicherlich hundert Mal getan hat: auf Veranstaltungen, Seminaren, Demonstrationen. Man merkt, dass jeder Satz gründlich überlegt und auf seine Stimmigkeit durchdacht wurde, bis er dann

„steht" – und ruhig wiederholt werden kann. Und doch spricht er von sich auch, als wäre es das erste Mal: nachdenklich, eingängig, schnörkellos.

Ludwig Baumann wird 1940 zur Marine eingezogen. Erst an die Kanalküste. Dann, als aus der geplanten Landung in England nichts wird, Verlegung zu einer neuen Hafenkompanie in Bordeaux. Ein ziemlich wüster Haufen sei das gewesen, aber gute Kumpel. Man schloss Freundschaft mit den französischen Hafenarbeitern, der Feuerwehr. Irgendwann kam der Gedanke zur Desertion auf. Warum? Die genaue Erinnerung nach über 60 Jahren ist schwierig, sagt Ludwig: „Wir wissen nicht so sehr, was wir früher gedacht haben; wir wissen, was wir hinterher darüber gedacht haben." Der Überfall auf die Sowjetunion spielte wohl eine Rolle. Die riesigen Kesselschlachten mit Hunderttausenden von Kriegsgefangenen. Was sollte aus denen im russischen Winter werden? Bei 35 Grad unter Null! „Obendrein wollte ich ja gar kein Soldat sein. Soldat-Sein hat immer zu tun mit Unfreiheit und Entwürdigung, ich glaube, das wusste ich damals schon."

Ludwig bricht gemeinsam mit Freund Kurt Oldenburg in die Waffenkammer ein; sie bewaffnen sich mit Pistolen und Munition. Nachts warten die Franzosen mit ihrem kleinen Lastwagen um die Ecke, geben ihnen Zivilzeug – „Baskenmützen und so". Im Morgengrauen wollen sie die innerfranzösische Grenze überqueren, rüber ins unbesetzte Vichy-Frankreich. Von dort nach Marokko und weiter nach Amerika – bloß da „bin ich nie hingekommen".

Sie haben Pech und laufen einer deutschen Zollstreife direkt in die Arme. Ja, sie hatten entsicherte Pistolen in der Tasche. Aber sie schießen nicht. „Ich will das nicht glorifizieren", sagt Ludwig. Die Konsequenzen sind ihnen sofort klar. „Ein Soldat *kann* sterben, ein Deserteur *muss* sterben", hatte Hitler gesagt. Auf der Wache fliegt alles auf. Kurz darauf verurteilt man sie in Bordeaux zum Tode; der Prozess dauert 40 Minuten. Weil sie ihre französischen Freunde nicht verraten, werden sie geschlagen und gefoltert, während der Vernehmung und in der Todeszelle. Das Urteil wird sieben Wochen später in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt, zu verbüßen nach Kriegsende, vorher KZ und Strafbataillon. Ein Freund des Vaters hatte Verbindungen zu Großadmiral Raeder. Sonst wäre das Urteil wohl vollstreckt worden. „Ich hab da nichts von erfahren. Ich war zehn Monate in der Todeszelle. Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt. Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich, jetzt holen sie mich."

Ludwig und sein Freund planen einen Ausbruch: Gemeinsam mit neunzig spanischen Geiseln, die mit ihnen zusammen inhaftiert sind. „Wir nannten die Rotspanier, die waren vor Franco geflüchtet." Der Plan wird verraten. Eines Tages bringt man die Angehörigen der Geiseln auf den Gefängnishof. Kurt Oldenburg und Ludwig Baumann müssen dabei sein. „Ich sah Frauen und Mütter, die ihre Männer und Kinder in die Arme nahmen und schrien und nicht loslassen wollten. Dann sah ich die Soldaten der Wehrmacht, die sie brutal auseinander rissen. Und die Geiseln wurden alle umgebracht, auch die Kinder."

Viel später erfährt Ludwig Baumann aus den Akten, dass er genau am 29. April 1943 dem Kommandanten vorgeführt wurde. Dieser teilte ihm mit, dass er bereits seit dem 20. August 1942 begnadigt ist. Jahrelang hatte Ludwig nach dem Krieg von „nur" vier Monaten in der Todeszelle gesprochen. „Ich hab sechs Monate Todeszelle aus meiner Erinnerung verdrängt! Aber das ist wohl so, dass wir die schlimmsten Erlebnisse verdrängen müssen, um überleben zu können."

„Mit unserem Leben den Rückzug decken"

Über das KZ Esterwegen, eins der berüchtigten Emslandlager, kommt Ludwig Baumann in die Festung Torgau, das zentrale Wehrmachtgefängnis. Bekommt Diphterie. Krankenrevier und Quarantäne. Viele Gefangene sterben an den unsäglichen hygienischen Verhältnissen in den überfüllten Zellen. Viele werden erschossen. Die, die Torgau überleben, werden als „Kanonenfutter" zu den Strafbataillonen an die Ostfront verlegt. „Un-







Die Terroranschläge des 11. September wurden oft genug mit der Katastrophenthematik dieser Bildkultur in Verbindung gebracht, so als habe diese die Ereignisse vorweggenommen oder als seien die Ereignisse nach ihren Handlungsmustern projektiert gewesen. Einen derartigen déjà vu-Effekt hatte man bisher bei keiner Katastrophe empfunden. Doch jetzt, in der visuellen Einheitskultur zeitgeschichtlicher Fiktionen, vermischen sich Kunst und Dokumentation ohne Beachtung der Chronologie, ohne Trennung von Ereignis und Reflex. Sie destabilisiert die Erwartung, in der gesellschaftlich produzierten Bildersphäre würde uns eine Wirklichkeit vermittelt, in der wir uns politisch orientieren könnten.

terernährt, schlecht bewaffnet, wurden wir da reingeschmissen, wo vorher mit der so genannten Politik der verbrannten Erde alles niedergemacht worden war, um mit unserem Leben den Rückzug zu decken. Fast alle sind umgekommen. Auch mein Freund Kurt Oldenburg." Ludwig wird verwundet, kommt nach Brünn ins Lazarett. Dort ist ein tschechischer Arzt dienstverpflichtet, der Ludwigs Verwundung so behandelt, dass sie nicht so rasch heilt, „so dass ich überlebt habe".

Der Krieg geht zu Ende, Hitler ist tot. Alles löst sich auf. Ludwig Baumann erlebt das Kriegsende in einem kleinen Dorf an der Grenze zu Schlesien. „Es war schönes Wetter, wie überall in Deutschland am 9. Mai 1945. Und da lagen im Tal ein paar Häuser, ein schönes Dorf, bunt gestrichen. Der Bäckermeister hat mich aufgenommen, ich bekam Klamotten von seinem vermissten Sohn." Ein Tross mit ein paar deutschen Unteroffizieren und allerhand Gerät kommt hinzu. Obwohl der Krieg schon zu Ende ist, werden, dem Befehl folgend, Kriegsgerät, Soldbücher und Geld aufgeschichtet und verbrannt. „Sie haben Geld verbrannt, und das waren Stapel, bestimmt siebzigtausend Mark, und das hätte man ja nun brauchen können. Hitler ist tot, der Krieg zu Ende, aber Gehorsam bis über den Tod, am besten vor jedem Briefkasten stramm stehen!" Ludwig, der diesen Gehorsam verweigert hatte, gerät in diesem Dorf noch einmal für einen kurzen, absurden Moment lang in Lebensgefahr: Ein russischer Offizier hält ihn für einen von Hitlers „Werwölfen" (1) und bohrt ihm den entsicherten Revolver in die Schläfe. Drückt dann doch nicht ab.

Am Ende des Krieges muss Ludwig Baumann nicht nur mit den traumatischen Erfahrungen in der Todeszelle, in Esterwegen, Torgau und im Strafbataillon fertig werden. Sondern auch mit der mehr oder minder unverhohlenen Verachtung, die ihm, dem Deserteur, entgegenschlägt: „Man wurde ja über Jahre als Feigling, Vaterlandsverräter und Drecksack beschimpft. Wo sollte da ein Gefühl der Würde herkommen?" Er fängt an zu trinken, versäuft im Laufe der Jahre das Erbe seines Vaters; heiratet, wird selber Vater, trinkt weiter. „Meine Frau war sehr unglücklich", sagt er. Bei der Geburt des sechsten Kindes stirbt sie. Ludwig muss jetzt die Verantwortung für die Kinder übernehmen. Letztlich kommt er auch dadurch „wieder auf die Beine", nimmt irgendwann Kontakt zur antimilitaristischen und zur Eine-Welt-Bewegung auf, tritt öffentlich auf, wird in Bremen bald zu einer bekannten Figur. Immer wieder postiert er sich auf den Bahnsteigen am Hauptbahnhof, passt Bundeswehr-Rekruten ab, diskutiert mit ihnen, fordert sie auf, sich der Beteiligung an Kriegen zu verweigern – bis er schließlich „Bahnhofsverbot" bekommt. Ende der 80er Jahre wird das bundesweit erste Denkmal „Für den unbekannten Deserteur" in Bremen eingeweiht. Der damalige Verteidigungsminister Wörner soll gegenüber dem Bremer Bürgermeister kommentiert haben: „Das Denkmal muss weg, sonst bekommt Bremen keine Rüstungsaufträge mehr." Ludwig bringt dieses Denkmal vor allem zu Bewusstsein, dass er mit seinem Schicksal nicht alleine ist.

Gefährliche Handlungsalternative

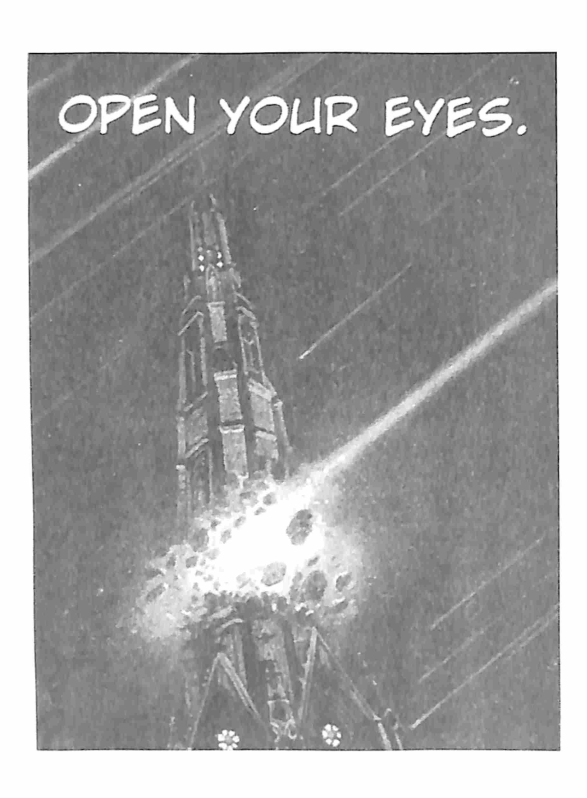
Im Oktober 1990 gründen „37 alte Männer" einen eigenständigen Verfolgtenverband in Bremen, die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz" Ludwig Baumann wird zum Vorsitzenden gewählt. Seitdem kämpft er mit der Bundesvereinigung für die Entschädigung und für die Rehabilitierung der Deserteure, der „Wehrkraftzersetzer" (2) und der aus sonstigen Gründen von der Wehrmachtjustiz Verurteilten. Ein langer Kampf, der ihn oft nicht schlafen lässt. Ludwig ist durch keinen Kompromiss zu korrumpieren, unbeirrbar und unermüdlich. Zwölf Jahre lang hat er keinen Urlaub gemacht, sagt er.

Deserteure sind vom 1969 ausgelaufenen Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen. 1997 wurde ihnen zwar eine einmalige Leistung von 7.500 DM zuerkannt – aber eben nur ihnen selbst, den wenigen Überlebenden. Anders als die Witwen der Soldaten von Wehrmacht und SS haben die Angehörigen der hingerichteten oder nach dem Krieg verstorbenen Deserteure nie eine Versorgungsrente bekommen. Sippenhaftung sei das, schreibt Ludwig Baumann dem Finanzminister Waigel. Es waren dann am Ende 400 Antragsteller, die die einmalige Entschädigung noch bekommen konnten.

Der Kampf um die politische Rehabilitierung von Deserteuren, die nicht zuletzt die Aufhebung der NS-Urteile beinhalten muss, geht über die Frage der Entschädigung hinaus und ist politisch aus Baumanns Sicht deshalb besonders wichtig. Ihm ist klar, warum es so lange ein so erfolgloser Kampf bleiben musste: „Die Richter, die uns verurteilt hatten – umso mörderischer sie verurteilt haben, umso sicherer haben sie ja nach dem Krieg Karriere gemacht. Sie sind Bundesrichter geworden und haben die Nachkriegsrechtsprechung entscheidend mitgeprägt. Hätten sie uns rehabilitiert, hätten sie sich selber als Mordgehilfen anklagen müssen." Erst als von diesen keiner mehr „Recht" sprechen konnte, stellt im November 1995 der Bundesgerichtshof fest, dass die Richter vom Volksgerichtshof, von den Sondergerichten und schließlich der Kriegsgerichte zu Recht „Blutrichter" genannt werden. Ludwig Baumann zitiert aus dem Urteil des BGH: „Sie waren Mörder in Richterrobe und hätten sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen verantworten müssen." Und fügt hinzu: „Aber nicht einer ist bestraft worden. Und das ist ein Grund, warum es so schwer war für uns." Der zweite Grund: Desertion als Handlungsalternative anerkennen – das ist für einen Staat, der auch zukünftig Kriege führen will, gefährlich, meint Ludwig: „Es wurde im Bundestag immer gesagt, wenn die Deserteure rehabilitiert werden, werden damit alle Soldaten der Wehrmacht – 18 Millionen – ins Unrecht gesetzt." Und er fügt hinzu: „Die ganze Staatsräson könnte ja durcheinander geraten, wenn Desertion als Menschenrecht anerkannt würde – zumindest fürchten das die Mächtigen."

Nach langen Jahren des Kampfes wird endlich ein Teilerfolg erreicht, den zu Anfang niemand für möglich gehalten hätte: Das „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsur-

teile“ (1998) rehabilitiert, wenn auch erst in seiner Ergänzung von 2002, die Deserteure der NS-Wehrmacht pauschal. Erst kurz zuvor, im Jahr 1997, hatte der Gesetzgeber festgestellt: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Für die meisten der 37 Gründungsmitglieder des Verbands kommt diese Anerkennung zu spät; nur noch sechs erleben die offizielle Rehabilitierung.



Leichen- vs. Aktenberge

Hat Ludwig Baumanns „Kampf um späte Würde“ am Ende also sein Ziel erreicht? Nur zum Teil. Denn noch immer von der Rehabilitierung ausgeschlossen bleibt der „Kriegsverrat“. Als Kriegsverrat galten während des Nationalsozialismus so genannte „Feindbegünstigungen“ oder die „Freundschaft mit Juden oder Bolschewisten“. Dass dieser „Ausnahmetatbestand“ bestehen bleibt, hat seine Gründe wohl auch in der Gegenwart: Wer Kriege führen will, muss Kriegsverrat verurteilen – selbst wenn es sich, wie der Gesetzgeber selbst feststellt, um einen „verbrecherischen Vernichtungskrieg“ gehandelt hat.

Die fehlende Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ lässt Ludwig Baumann keine Ruhe. Und noch etwas treibt ihn um: Torgau. Denn dort gibt es nach wie vor keine würdige Gedenkstätte für die Opfer der Wehrmachtsjustiz. Stattdessen gedenkt man dort heute der „nach 1945 Verurteilten“, unter ihnen viele SD- und SS-Angehörige. Die implizite Gleichsetzung des NS-Regimes mit der DDR empört Ludwig. Bei aller berechtigten Kritik an der DDR habe diese doch überwiegend Aktenberge und nicht Leichenberge angehäuft. Trotz aller Erfolge ist sein Kampf also immer noch nicht zu Ende.

Die Entscheidung zur Desertion in jenem Frühsommer 1942 hat Ludwig Baumanns ganzes Leben geprägt – eine spontane, unorganisierte, vielleicht sogar unbedachte Entscheidung. Doch sie entsprang einer Widerständigkeit, die bereit war, die ganze Person und Existenz gegen den Krieg ins Spiel zu bringen, um sich der herrschenden Macht zu verweigern – ein Leben lang. Und vielleicht ist es das, diese radikale Bereitschaft dazu, sich *nicht* zu unterwerfen, was der Partisan aus Venedig „Glück“ nannte.

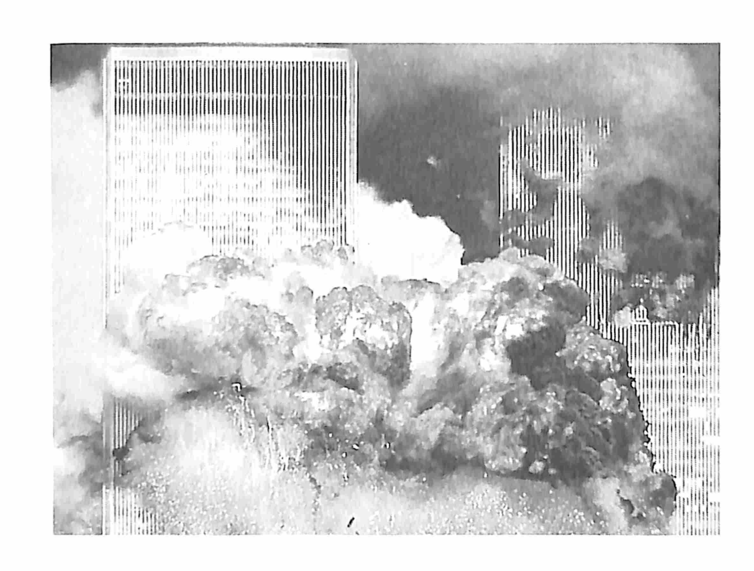
Anmerkungen:

1) „Werwölfe“ waren im März 1945 nach einem Plan Himmlers gebildete Gruppierungen, die im Rücken alliierter Truppen gegen diese und andere „Feinde des Vaterlandes“ auch nach Ende des Krieges als NS-“Partisanen“ weiterkämpfen sollten.

2) Als „Wehrkraftzersetzung“ galten u.a. wehrmachtskritische Äußerungen von Soldaten, z.B. in Feldpostbriefen. Der nationalsozialistische Straftatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ wurde mit Gefängnis, Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft.

***Theo Bruns lebt in Hamburg**, Verlag Assoziation A, war als Mitarbeiter der „Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg“ an der Gründung der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ beteiligt.*

***Stefanie Graefe** lebt in Hamburg und ist Redakteurin bei ak – analyse + kritik und bei Fantômas.*



Die zeitgeschichtliche Bildkultur stellt uns heute dringlicher denn je vor die Aufgabe, Realität und Fiktion voneinander zu unterscheiden. Auf der Titelseite des erwähnten Yiu-Comics steht: „Open your eyes“ – „Macht eure Augen auf“.

Die Hamletmaschine

Von Heiner Müller

1
FAMILIENALBUM

Ich war Hamlet. Ich stand an der Küste und redete mit der Brandung BLABLA, im Rücken die Ruinen von Europa. Die Glocken läuteten das Staatsbegräbnis ein, Mörder und Witwe ein Paar, im Stechschritt hinter dem Sarg des Hohen Kadavers die Räte, heulend in schlecht bezahlter Trauer WER IST DIE LEICH IM LEICHENWAGEN / UM WEN HÖRT MAN VIEL SCHREIN UND KLAGEN / DIE LEICH IST EINES GROSSEN / GEBERS VON ALMOSEN das Spalier der Bevölkerung, Werk seiner Staatskunst ER WAR EIN MANN NAHM ALLES NUR VON ALLEN. Ich stoppte den Leichenzug, stemmte den Sarg mit dem Schwert auf, dabei brach die Klinge, mit dem stumpfen Rest gelang es, und verteilte den toten Erzeuger FLEISCH UND FLEISCH GESELLT SICH GERN an die umstehenden Elendsgestalten. Die Trauer ging in Jubel über, der Jubel in Schmatzen, auf dem leeren Sarg besprang der Mörder die Witwe SOLL ICH DIR HINAUFHELFEN ONKEL MACH DIE BEINE AUF MAMA. Ich legte mich auf den Boden und hörte die Welt ihre Runden drehn im Gleichschritt der Verwesung.
I'M GOOD HAMLET GI'ME A CAUSE FOR GRIEF
AH THE WHOLE GLOBE FOR AREAL SORROW
RICHARD THE THIRD I THE PRINCEKILLING KING
OH MY PEOPLE WHAT HAVE I DONE UNTO THEE
WIE EINEN BUCKEL SCHLEPP ICH MEIN SCHWERES GEHIRN
ZWEITER CLOWN IM KOMMUNISTISCHEN FRÜHLING
SOMETHING IS ROTTEN IN THIS AGE OF HOPE
LETS DELVE IN EARTH AND BLOW HER AT THE MOON
Hier kommt das Gespenst das mich gemacht hat, das Beil noch im Schädel. Du kannst deinen Hut aufbehalten, ich weiß, daß du ein Loch zuviel hast. Ich wollte, meine Mutter hätte eines zu wenig gehabt, als du im Fleisch warst: ich wäre mir erspart geblieben. Man sollte die Weiber zunähn, eine Welt ohne Mütter. Wir könnten einander in Ruhe abschlachten, und mit einiger Zuversicht, wenn uns das Leben zu lang wird oder der Hals zu eng für unsre Schreie. Was willst du von mir. Hast du an einem Staatsbegräbnis nicht genug. Alter Schnorrer. Hast du kein Blut an den Schuhn. Was geht mich deine Leiche an. Sei froh, daß der Henkel heraussteht, vielleicht kommst du in den Himmel. Worauf wartest du. Die Hähne sind geschlachtet. Der Morgen findet nicht mehr statt.
SOLL ICH
WEILS BRAUCH IST EIN STÜCK EISEN STECKEN IN DAS NÄCHSTE FLEISCH ODER INS ÜBERNÄCHSTE
MICH DRAN ZU HALTEN WEIL DIE WELT SICH DREHT HERR BRICH MIR DAS GENICK IM STURZ VON EINER BIERBANK
Auftritt Horatio. Mitwisser meiner Gedanken, die voll Blut sind, seit der Morgen verhängt ist mit dem leeren Himmel.
DU KOMMST ZU SPÄT MEIN FREUND FÜR DEINE GAGE / KEIN PLATZ FÜR DICH IN MEINEM TRAUERSPIEL. Horatio, kennst du mich. Bist du mein Freund, Horatio. Wenn du mich kennst, wie kannst du mein Freund sein. Willst du den Polonius spielen, der bei seiner Tochter schlafen will, die reizende Ophelia, sie kommt auf ihr Stichwort, sieh wie sie den Hintern schwenkt, eine tragische Rolle. HoratioPolonius. Ich wußte, daß du ein Schauspieler bist. Ich bin es auch, ich spiele Hamlet. Dänemark ist ein Gefängnis, zwischen uns wächst eine Wand. Sieh was aus der Wand wächst. Exit Polonius. Meine Mutter die Braut. Ihre Brüste ein Rosenbeet, der Schoß die Schlangengrube. Hast du deinen Text verlernt, Mama. Ich souffliere WASCH DIR DEN MORD AUS DEM GESICHT MEIN PRINZ / UND MACH DEM NEUEN DÄNMARK SCHÖNE AUGEN. Ich werde dich wieder zur Jungfrau machen, Mutter, damit dein König eine blutige Hochzeit hat. DER MUTTERSCHOSS IST KEINE EINBAHNSTRASSE. Jetzt binde ich dir die Hände auf den Rücken, weil mich ekelt vor deiner Umarmung, mit deinem Brautschleier. Jetzt zerreiße ich das Brautkleid. Jetzt mußt du schreien. Jetzt beschmiere ich die Fetzen deines Brautkleids mit der Erde, die mein Vater geworden ist, mit den Fetzen dein Gesicht deinen Bauch deine Brüste. Jetzt nehme ich dich, meine Mutter, in seiner, meines Vaters, unsichtbaren Spur. Deinen Schrei ersticke ich mit meinen Lippen. Erkennst du die Frucht deines Leibes. Jetzt geh in deine Hochzeit, Hure, breit in der dänischen Sonne, die auf Lebendige und Tote scheint. Ich will die Leiche in den Abtritt stopfen, daß der Palast erstickt in königlicher Scheiße. Dann laß mich dein Herz essen, Ophelia, das meine Tränen weint.

2
DAS EUROPA DER FRAU

Enormous room. Ophelia. Ihr Herz ist eine Uhr:

OPHELIA (CHOR / HAMLET) Ich bin Ophelia. Die der Fluß nicht behalten hat.
Die Frau am Strick Die Frau mit den aufgeschnittenen Pulsadern Die Frau mit der Überdosis AUF DEN LIPPEN SCHNEE Die Frau mit dem Kopf im Gasherd. Gestern habe ich aufgehört mich zu töten. Ich bin allein mit meinen Brüsten meinen Schenkeln meinem Schoß. Ich zertrümmre die Werkzeuge meiner Gefangenschaft den Stuhl den Tisch das Bett. Ich zerstöre das Schlachtfeld das mein Heim war. Ich reiße die Türen auf, damit der Wind herein kann und der Schrei der Welt. Ich zerschlage das Fenster. Mit meinen blutenden Händen zerreiße ich die Fotografien der Männer die ich geliebt habe und die mich gebraucht haben auf dem Bett auf dem Tisch auf dem Stuhl auf dem Boden. Ich lege Feuer an mein Gefängnis. Ich werfe meine Kleider in das Feuer. Ich grabe die Uhr aus meiner Brust die mein Herz war. Ich gehe auf die Straße, gekleidet in mein Blut.

3
SCHERZO

Universität der Toten. Gewisper und Gemurmel. Von ihren Grabsteinen (Kathedern) aus werfen die toten Philosophen ihre Bücher auf Hamlet. Galerie (Ballett) der toten Frauen. Die Frau am Strick Die Frau mit den aufgeschnittenen Pulsadern usw. Hamlet betrachtet sie mit der Haltung eines Museums- (Theater-) Besuchers. Die toten Frauen reißen ihm die Kleider vom Leib. Aus einem aufrechtstehenden Sarg mit der Aufschrift HAMLET 1 treten Claudius und, als Hure gekleidet und geschminkt, Ophelia. Striptease von Ophelia.

OPHELIA Willst du mein Herz essen, Hamlet. *Lacht.*
HAMLET Hände vorm Gesicht: Ich will eine Frau sein.
Hamlet zieht Ophelias Kleider an, Ophelia schminkt ihm eine Hurenmaske, Claudius, jetzt Hamlets Vater lacht ohne Laut, Ophelia wirft Hamlet eine Kußhand zu und tritt mit Claudius / Hamlets Vater zurück in den Sarg. Hamlet in Hurenpose. Ein Engel, das Gesicht im Nacken: Horatio. Tanzt mit Hamlet.
STIMME(N) *aus dem Sarg:* Was du getötet hast sollst du auch lieben.
Der Tanz wird schneller und wilder: Gelächter aus dem Sarg. Auf einer Schaukel die Madonna mit dem Brustkrebs. Horatio spannt einen Regenschirm auf, umarmt Hamlet.
Erstarren in der Umarmung unter dem Regenschirm. Der Brustkrebs strahlt wie eine Sonne.

4
PEST IN BUDA SCHLACHT UM GRÖNLAND

Raum 2, von Ophelia zerstört. Leere Rüstung, Beil im Helm.

HAMLET Der Ofen blakt im friedlosen Oktober
A BAD COLD HE HAD OF IT JUST THE WORST TIME
JUST THE WORST TIME OF THE YEAR FOR A REVOLUTION
Durch die Vorstädte Zement in Blüte geht
Doktor Schiwago weint
Um seine Wölfe
IM WINTER MANCHMAL KAMEN SIE INS DORF ZERFLEISCHTEN EINEN BAUERN
Legt Maske und Kostüm ab.
HAMLETDARSTELLER Ich bin nicht Hamlet. Ich spiele
keine Rolle mehr. Meine Worte haben mir nichts mehr zu sagen. Meine Gedanken saugen den Bildern das Blut aus. Mein Drama findet nicht mehr statt. Hinter mir wird die Dekoration aufgebaut. Von Leuten, die mein Drama nicht interessiert, für Leute, die es nichts angeht. Mich interessiert es auch nicht mehr. Ich spiele nicht mehr mit.
Bühnenarbeiter stellen, vom Hamletdarsteller unbemerkt, einen Kühlschrank und drei Fernsehgeräte auf. Geräusch der Kühlanlage. Drei Programme ohne Ton.
Die Dekoration ist ein Denkmal. Es stellt in hundertfacher Vergrößerung einen Mann dar, der Geschichte gemacht hat. Die Versteinerung einer Hoffnung. Sein Name ist auswechselbar. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Das Denkmal liegt am Boden, geschleift drei Jahre nach dem Staatsbegräbnis des Gehaßten und Verehrten von seinen Nachfolgern in der Macht. Der Stein ist bewohnt. In den geräumigen Nasen- und Ohrlöchern, Haut- und Uniformfalten des zertrümmerten Standbilds haust die ärmere Bevölkerung der Metropole. Auf den Sturz des Denkmals folgt nach einer angemessenen Zeit der Aufstand. Mein Drama, wenn es noch stattfinden würde, fände in der Zeit des Aufstands statt. Der Aufstand beginnt als Spaziergang. Gegen die Verkehrsordnung während der Arbeitszeit. Die Straße gehört den Fußgängern. Hier und da wird ein Auto umgeworfen. Angsttraum eines Messerwerfers: Langsame Fahrt durch eine Einbahnstraße auf einen unwiderruflichen Parkplatz zu, der von bewaffneten Fußgängern umstellt ist. Polizisten, wenn sie im Weg stehn, werden an den Straßenrand gespült. Wenn der Zug sich dem Regierungsviertel nähert, kommt er an einem Polizeikordon zum Stehen. Gruppen bilden sich, aus denen Redner aufsteigen. Auf dem Balkon eines Regierungsgebäudes erscheint ein Mann mit schlecht sitzendem Frack und beginnt ebenfalls zu reden. Wenn ihn der erste Stein trifft, zieht auch er sich hinter die Flügeltür aus Panzerglas zurück. Aus dem Ruf nach mehr Freiheit wird der Schrei nach dem Sturz der Regierung. Man beginnt die Polizisten zu entwaffnen, stürmt zwei drei Gebäude, ein Gefängnis eine Polizeistation ein Büro der Geheimpolizei, hängt ein Dutzend Handlanger der Macht an den Füßen auf, die Regierung setzt Truppen ein, Panzer. Mein Platz, wenn mein Drama noch stattfinden würde, wäre auf beiden Seiten der Front, zwischen den Fronten, darüber. Ich stehe im Schweißgeruch der Menge und werfe Steine auf Polizisten Soldaten Panzer Panzerglas. Ich blicke durch die Flügeltür aus Panzerglas auf die andrängende Menge und rieche meinen Angstschweiß. Ich schüttle, von Brechreiz gewürgt, meine Faust gegen mich, der hinter dem Panzerglas steht. Ich sehe, geschüttelt von Furcht und Verachtung, in der andrängenden Menge mich, Schaum vor meinem Mund, meine Faust gegen mich schütteln. Ich hänge mein uniformiertes Fleisch an den Füßen auf. Ich bin der Soldat im Panzerturm, mein Kopf ist leer unter dem Helm, der erstickte Schrei unter den Ketten. Ich bin die Schreibmaschine. Ich knüpfe die Schlinge, wenn die Rädelsführer aufgehängt werden, ziehe den Schemel weg, breche mein Genick. Ich bin mein Gefangener. Ich füttere mit meinen Daten die Computer. Meine Rollen sind Speichel und Spucknapf Messer und Wunde Zahn und Gurgel Hals und Strick. Ich bin die Datenbank. Blutend in der Menge. Aufatmend hinter der Flügeltür. Wortschleim absondernd in meiner schalldichten Sprechblase über der Schlacht. Mein Drama hat nicht stattgefunden. Das Textbuch ist verlorengegangen. Die Schauspieler haben ihre Gesichter an den Nagel in der Garderobe gehängt. In seinem Kasten verfault der Souffleur. Die ausgestopften Pestleichen im Zuschauerraum bewegen keine Hand. Ich gehe nach Hause und schlage die Zeit tot, einig / Mit meinem ungeteilten Selbst.

Fernsehn Der tägliche Ekel Ekel
Am präparierten Geschwätz Am verordneten Frohsinn
Wie schreibt man GEMÜTLICHKEIT
Unsern Täglichen Mord gib uns heute
Denn Dein ist das Nichts Ekel
An den Lügen die geglaubt werden
Von den Lügnern und niemandem sonst Ekel
An den Lügen die geglaubt werden Ekel
An den Visagen der Macher gekerbt
Vom Kampf um die Posten Stimmen Bankkonten Ekel
Ein Sichelwagen der von Pointen blitzt
Geh ich durch Straßen Kaufhallen Gesichter
Mit den Narben der Konsumschlacht Armut
Ohne Würde Armut ohne die Würde
Des Messers des Schlagrings der Faust
Die erniedrigten Leiber der Frauen
Hoffnung der Generationen
In Blut Feigheit Dummheit erstickt
Gelächter aus toten Bäuchen
Heil COCA COLA
Ein Königreich
Für einen Mörder
ICH WAR MACBETH DER KÖNIG HATTE MIR SEIN DRITTES KEBSWEIB ANGEBOTEN ICH KANNTE JEDES MUTTERMAL AUF IHRER HÜFTE RASKOLNIKOW AM HERZEN UNTER DER EINZIGEN JACKE DAS BEIL FÜR DEN / EINZIGEN / SCHÄDEL DER PFANDLEIHERIN
In der Einsamkeit der Flughäfen
Atme ich auf Ich bin
Ein Privilegierter Mein Ekel
Ist ein Privileg
Beschirmt mit Mauer
Stacheldraht Gefängnis
Fotografie des Autors.
Ich will nicht mehr essen trinken atmen eine Frau lieben einen Mann ein Kindein Tier. Ich will nicht mehr sterben. Ich will nicht mehr töten.
Zerreißung der Fotografie des Autors.
Ich breche mein versiegeltes Fleisch auf. Ich will in meinen Adern wohnen, im Mark meiner Knochen, im Labyrinth meines Schädels. Ich ziehe mich zurück in meine Eingeweide. Ich nehme Platz in meiner Scheiße, meinem Blut. Irgendwo werden Leiber zerbrochen, damit ich wohnen kann in meiner Scheiße. Irgendwo werden Leiber geöffnet, damit ich allein sein kann mit meinem Blut. Meine Gedanken sind Wunden in meinem Gehirn. Mein Gehirn ist eine Narbe. Ich will eine Maschine sein. Arme zu greifen Beine zu gehn kein Schmerz kein Ge- danke.
Bildschirme schwarz. Blut aus dem Kühlschrank, Drei nackte Frauen: Marx Lenin Mao. Sprechen gleichzeitig jeder in seiner Sprache den Text ES GILT ALLE VERHÄLTNISSE UMZUWERFEN, IN DENEN DER MENSCH....Hamletdarsteller legt Kostüm und Maske an.

HAMLET DER DÄNE PRINZ UND WURMFRASS STOLPERND
VON LOCH ZU LOCH AUFS LETZTE LOCH ZU LUSTLOS
IM RÜCKEN DAS GESPENST DAS IHN GEMACHT HAT GRÜN WIE OPHELIAS FLEISCH IM WOCHENBETT UND KNAPP VORM DRITTEN HAHNENSCHREI ZERREISST
EIN NARR DAS SCHELLENKLEID DES PHILOSOPHEN KRIECHT EIN BELEIBTER BLUTHUND IN DEN PANZER
Tritt in die Rüstung, spaltet mit dem Beil die Köpfe von Marx Lenin Mao. Schnee. Eiszeit.

5
WILDHARREND / IN DER FURCHTBAREN RÜSTUNG /
JAHRTAUSENDE

Tiefsee. Ophelia im Rollstuhl. Fische Trümmer Leichen und Leichenteile treiben vorbei.

OPHELIA *während zwei Männer in Arztkitteln sie und den Rollstuhl von unten nach oben in Mullbinden schnüren:*
Hier spricht Elektra. Im Herzen der Finsternis. Unter der Sonne der Folter. An die Metropolen der Welt. Im Namen der Opfer. Ich stoße allen Samen aus, den ich empfangen habe. Ich verwandle die Milch meiner Brüste in tödliches Gift. Ich nehme die Welt zurück, die ich geboren habe. Ich ersticke die Welt, die ich geboren habe, zwischen meinen Schenkeln. Ich begrabe sie in meiner Scham. Nieder mit dem Glück der Unterwerfung. Es lebe der Haß, die Verachtung, der Aufstand, der Tod. Wenn sie mit Fleischermessern durch eure Schlafzimmer geht, werdet ihr die Wahrheit wissen.
Männer ab. Ophelia bleibt auf der Bühne, reglos in der weißen Verpackung.

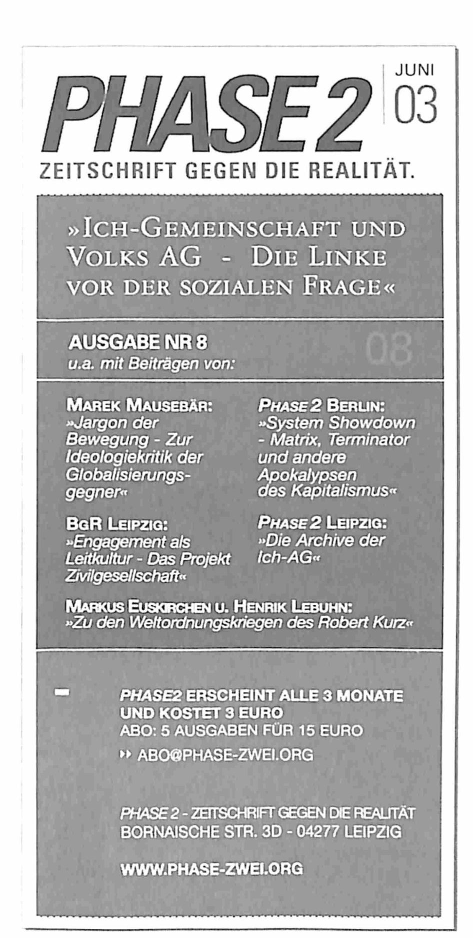
aus: Heiner Müller. Werke Band 4, Stücke 2 Suhrkamp, Frankfurt 2001



Die berühmte Aufnahme des Magnum-Fotografen Steve McCurry 1989 zeigt einen der damals von den USA unterstützten antikommunistischen Aufständischen in Afghanistan, wie er den abgeschnittenen Kopf eines Soldaten der Regierungstruppen vor die Kamera hält. Ein anderer steht mit einer erbeuteten sowjetischen Maschinenpistole in triumphaler Pose daneben. Das Bild erinnert an das antike Mythologem der Medusa. Wer ihr Antlitz erblickte, erstarrte auf der Stelle zu Stein. In einem Streit mit seinem Zwillingsbruder verpflichtete sich der Heros Perseus, dem verfeindeten Bruder den Kopf der Medusa zu bringen. Mit List vollbrachte er die eigentlich unmögliche Tat, barg das abgeschnittene Haupt in einem Sack und stürmte davon, den Blick hinter sich auf die kopflose Leiche gerichtet. Denn noch in diesem Zustand behielt der Kopf seine versteinernde Macht: Geschützt war nur, wer sich ihrem Blick entzog. Heute kann der Mythos als Metapher für die Wechselwirkung zwischen operativer und informativer Bildersphäre verstanden werden. Auf der einen Seite steht die videoelektronische Bildtechnologie gesellschaftlicher Manipulation und Kriegführung, deren subjektlose Sehvorgänge die Wirklichkeit bestimmen, verändern, ja zerstören. Diese Sphäre bleibt geheim, dem Blick entzogen. Auf der anderen Seite steht eine Bildkultur, die in steigendem Maße zu dem Zweck erzeugt wird, den Blick auf die schreckliche Wirklichkeit zu bannen, indem sie kompensatorische, symbolische Fiktionen an die Stelle visueller Informationen setzt. So kommt es zu dem gesteigerten Wechselverhältnis zwischen Bildproduktion und gesellschaftlicher Wirklichkeit, das heute den Zivilisationsprozess bestimmt. Dies nenne ich den „Medusa-Effekt". Der Begriff soll kein mythisches Erklärungsmuster für historische Sachverhalte liefern, schon gar nicht in einer Phase radikaler Umbrüche. Vielmehr schließt das Bild seine fortschreitende Aufhebung ein. In diesem Sinne können wir uns den leichtfüßigen Perseus, der zugleich zurückblickt und voranstürmt, zum Vorbild einer zeitgeschichtlichen Selbstvergewisserung, wenn nicht Selbstbestimmung nehmen, die es zu erarbeiten gilt.

Otto Karl Werckmeister *ist Kunsthistoriker und lebt nach langjähriger Lehrtätigkeit in Los Angeles und Evanston/Illinois wieder in Berlin. Zuletzt erschien von ihm „Linke Ikonen", München 1997. Im kommenden Oktober erscheint:*

„Der Medusa-Effekt. Politische Bildstrategien seit dem 11. September 2001". 300 Seiten, 96 Abbildungen. ISBN 3-935053-3, ca. 39,90 €. Bestellungen an: form+zweck, Dorotheenstr. 4, 12557 Berlin. www.formundzweck.com; (mailto: petruschat@t-online.de)


PHASE 2
JUNI 03
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
»ICH-GEMEINSCHAFT UND VOLKS AG - DIE LINKE VOR DER SOZIALEN FRAGE«
AUSGABE NR 8
u.a. mit Beiträgen von:
MAREK MAUSEBÄR: »Jargon der Bewegung - Zur Ideologiekritik der Globalisierungsgegner«
PHASE 2 BERLIN: »System Showdown - Matrix, Terminator und andere Apokalypsen des Kapitalismus«
BGR LEIPZIG: »Engagement als Leitkultur - Das Projekt Zivilgesellschaft«
PHASE 2 LEIPZIG: »Die Archive der Ich-AG«
MARKUS EUSKIRCHEN U. HENRIK LEBUHN: »Zu den Weltordnungskriegen des Robert Kurz«
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 3 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 15 EURO
ABO@PHASE-ZWEI.ORG
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG


AKTUELLES HEFT
immer wieder
noch nicht
nie wieder
diskus 2.02 * für 2,50 Euro
über * diskus * Mertonstr.
26-28 * 60325 Frankfurt *
www.copyriot.com/diskus


Für eine linke Strömung arranca!
Ich tausche nicht mehr – ich will mein Leben zurück!
Überleben im Knast
Was ihr wollt, das kotzt mich an – Bulimie als weibliche Überlebensstrategie
Queere Strategien
Q – Geschichte wird gemacht
Interview mit Bernadette La Hengst
Nummer 26 erscheint im März
Abo 16 Euro für vier Nummern inkl. Porto arranca! erscheint 3-4x im Jahr Erhältlich in jedem guten Buchladen. Bestellungen und Infos Arranca!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
arranca@lists.nadir.org, www.nadir.org/arranca

BUKO (Hg.)

radikal global

Bausteine für eine internationalistische Linke

ISBN 3-935936-18-4
272 Seiten, 16 €

Mit den Protesten gegen die Gipfeltreffen in Seattle, Prag, Genua etc. und den Europäischen und Welt-Sozialforen zeichnet sich wieder eine internationale außerparlamentarische Opposition am Horizont ab. Der Diskussionsband unternimmt eine kritische Zwischenbilanz der Protestbewegung und bezieht in den verschiedenen Debattenfeldern Position: Globalisierungskritik, Krieg und Frieden in der Neuen Weltordnung, Antirassismus und Migration, der Israel-Palästinakonflikt und die deutsche Linke.
Er ist ein entschiedenes Plädoyer für eine »Globalisierung von unten« und ein Beleg für den »Gebrauchswert radikaler Kritik«.



Dario Azzellini und Boris Kanzleiter (Hg.)

Das Unternehmen Krieg

Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung

ISBN 3-935936-17-6 216 Seiten 14 €

Im Neoliberalismus werden nicht nur Staatsbetriebe privatisiert, sondern auch die Kriegführung. »Das Unternehmen Krieg« geht ihren neuen Formen nach. Statt »Staatszerfall« und »Chaos«, wie oft beschworen, zeichnen sich die Konturen einer »Neuen Kriegsordnung« ab. In ihr werden private militärische Akteure von Eliten eingesetzt, um Herrschaft zu sichern.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus

Detlef Hartmann
Dirk Vogelskamp

Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg

Nachkriegsstrategien der US-Regierung und ihrer Think Tanks

ISBN 3-935936-21-4
88 Seiten, 8 €

Das Buch analysiert die strategische Planung des Irakkriegs als weit greifenden Versuch einer Neuordnung des Nahen Ostens und als Ausdruck eines umfassenden sozialen Antagonismus.

ASSOZIATION A
10961 Berlin | Gneisenaustr. 2a

Verlag
Westfälisches Dampfboot

Albrecht Scharenberg/
Oliver Schmidtke (Hrsg.)
Das Ende der Politik?
Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen
2003 - ca. 300 S.
ca. € 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-538-X
Erscheinen: Mai 2003



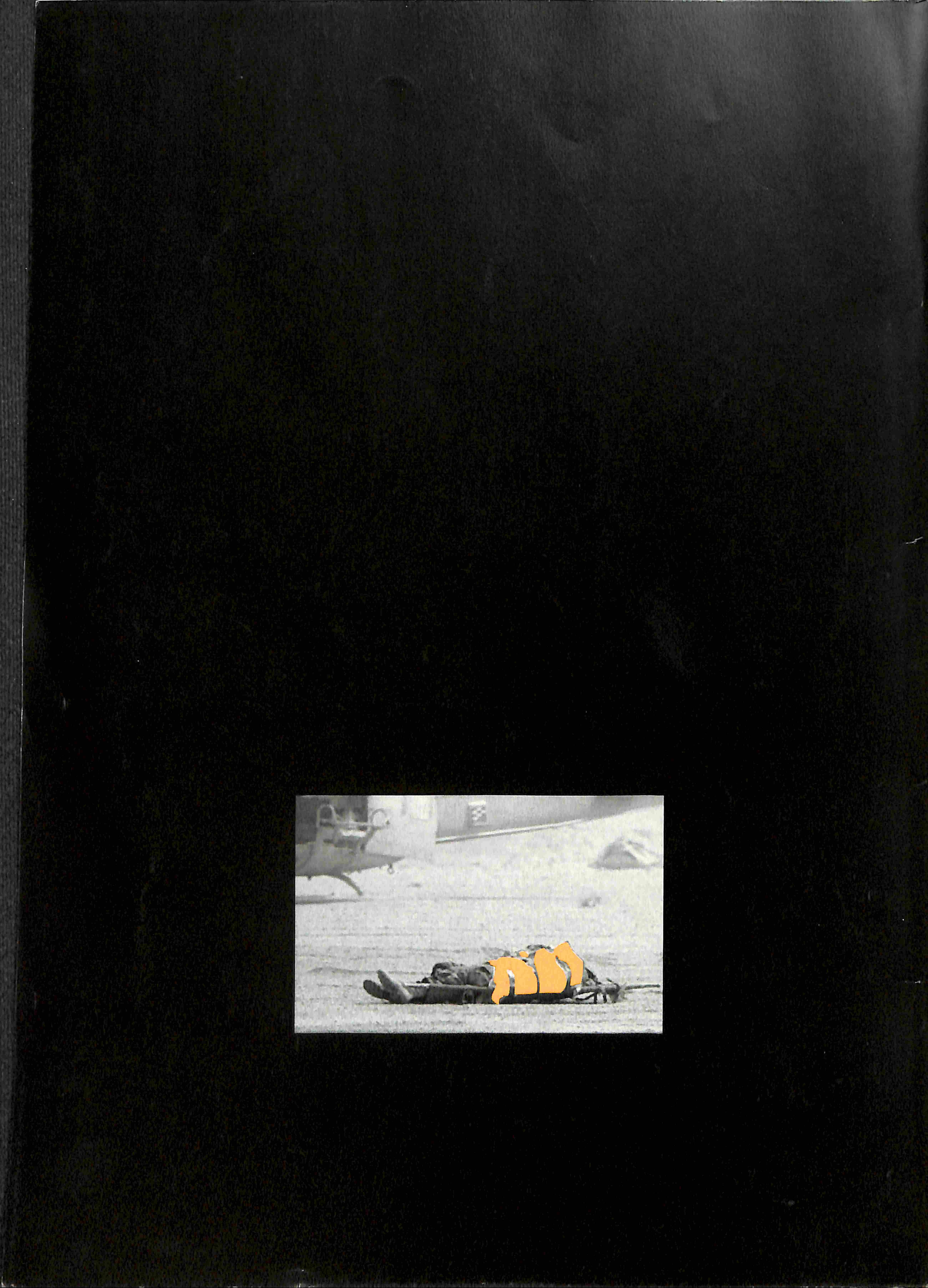
John Holloway
Die Welt verändern, ohne die Macht übernehmen
übersetzt von Lars Stubbe
in Kooperation mit dem Instituto de Ciencias Sociales y Humanidades, Mexiko
2002 - 255 S.
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-514-2

Alex Demirović/
Manuela Bojadžijev (Hrsg.)
Konjunkturen des Rassismus
2002 - 333 S.
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-516-9

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Globalisierung der Unsicherheit
Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik
2002 - Gebunden 393 S.
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-513-4

Dorotheenstr. 26a - 48145 Münster
Tel.: 0251/60 860 80 Fax: 0251/60 860 20
www.dampfboot-verlag.de email: info@dampfboot-verlag.de





Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73
Fax: 040-401 701 75
E-Mail: fantomas@akweb.de
Internet: www.akweb.de

Redaktion: Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wißmeier

V.i.S.d.P.: G. Wißmeier, Verlagsanschrift

Fantômas erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.500
Die nächste Ausgabe von *Fantômas* erscheint Mitte November 2003. Anzeigenschluss: 23. Oktober
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €. Sozialabo jährlich 37 €. (Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.)

Nachdruck von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
Nachdruck aus *Fantômas*, *ak*-magazin für linke debatte und praxis, Nr. xxx, Jahr.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20,
Kt.-Nr. 788 836-202

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

+++ **dank an** +++ gabi bauer +++ gisbert broggini +++ elke
+++ Martin Glasenapp +++ ib.+++ norbert +++ re.+++
jürgen rettig +++ bettina rudhof +++ th.+++
und an die *ak*-Redaktion.